

IHS Political Science Series
Working Paper 35
June 1996

Die Konstruktion der Ausländerfrage in Österreich: Eine Analyse des öffentlichen Diskurses 1990

Peter Zuser





INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

Impressum

Author(s):

Peter Zuser

Title:

Die Konstruktion der Ausländerfrage in Österreich: Eine Analyse des öffentlichen Diskurses 1990

ISSN: Unspecified

1996 Institut für Höhere Studien - Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

E-Mail: office@ihs.ac.at

Web: www.ihs.ac.at

All IHS Working Papers are available online:

http://irihs.ihs.ac.at/view/ihs_series/

This paper is available for download without charge at:

<https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/916/>

**Institut für Höhere Studien (IHS), Wien
Institute for Advanced Studies, Vienna**

Reihe Politikwissenschaft / Political Science Series

No. 35

**Die Konstruktion der Ausländerfrage
in Österreich**

Eine Analyse des öffentlichen Diskurses 1990

Peter Zuser

Die Konstruktion der Ausländerfrage in Österreich

Eine Analyse des öffentlichen Diskurses 1990

Peter Zuser

Reihe Politikwissenschaft / Political Science Series No. 35

Juni 1996

Institut für Höhere Studien
Stumpergasse 56, A -1060 Wien
Fax: +43/1/597 06 35

Peter Zuser
Phone: +43/1/599 91-187
e-mail: zuser@ihssv.wsr.ac.at

**Institut für Höhere Studien (IHS), Wien
Institute for Advanced Studies, Vienna**

Die **Reihe Politikwissenschaft** wird von der Abteilung Politologie des Instituts für Höhere Studien (IHS) in Wien herausgegeben. Ziel dieser Publikationsreihe ist, abteilungsinterne Arbeitspapiere einer breiteren fachinternen Öffentlichkeit und Diskussion zugänglich zu machen. Die inhaltliche Verantwortung für die veröffentlichten Beiträge liegt bei den AutorInnen. Gastbeiträge werden als solche gekennzeichnet.

Alle Rechte vorbehalten

Abstract

In Austria, until 1990 public debates about migration policy were rare events. In March 1990, however, the search for accommodations for Rumanian asylum seekers in a small provincial town created the perception of an immigration problem ("Ausländerproblem") from one day to another. From that time onwards, immigration and policies towards foreigners have become one of the most salient issues in Austrian politics.

Many observers explain the rise of the immigration issue by the breakdown of the Iron Curtain and/or the xenophobic campaign waged by the Austrian Freedom Party. This paper puts these common interpretations into question. It argues, first, that the problems resulting from the open borders were different from the concerns that dominated the public debate. And, second, it claims that it was the Social Democratic Party and its Minister of Internal Affairs (and not the Freedom Party) who put the immigration issue on the political agenda, also shaping its concrete form and expression.

Zusammenfassung

Bis 1990 entwickelte sich in Österreich nur sporadisch eine öffentliche Diskussion über Migrationspolitik. Die Unterbringung rumänischer Asylwerber in einem kleinen Ort schuf im März 1990 schlagartig eine »Ausländerfrage«, die für die nächsten Jahre zu einem der wichtigsten Themen des öffentlichen Diskurses wurde.

Im Gegensatz zur verbreiteten Interpretation, die das Entstehen der »Ausländerfrage« mit dem Abbruch des Eisernen Vorhangs und/oder der xenophoben Stimmungsmache der FPÖ erklären will, argumentiert dieses Papier, daß erstens das im öffentlichen Diskurs sich artikulierende Problembewußtsein von Parteien und Medien und die realen, durch die Grenzöffnung im Osten entstandenen neuen Problemlagen weit auseinanderklafften, und es zweitens vor allem die SPÖ bzw. der von der SPÖ gestellte Innenminister waren, die die »Ausländerfrage« forcierten und für ihre spezielle Form entwarfen.

Keywords

Schlagwörter

Bemerkungen

Hier können allgemeine Bemerkungen eingefügt werden. Falls das nicht gemacht wird, muß hier eine leere Seite stehen (damit das Inhaltsverzeichnis auf einer ungeraden Seite beginnt).

Inhalt

- 1. Einleitung 1**
 - 1.1 Theorien über Ausländerfeindlichkeit 4**
 - 1.2 Diskurse über Fremde 6**
 - 1.3 Analytische Kategorien 8**

- 2. Kaisersteinbruch als Wende 14**

- 3. Bedrohungsbilder 23**
 - 3.1 Die Flut 23**
 - 3.2 Der Schmarotzer 27**
 - 3.3 Die Grenze 33**
 - 3.4 Die Kriminalität 33**

- 4. Zur Codierung von Ausländerfeindlichkeit 41**
 - 4.1 Der offen fremdenfeindliche Diskurs 42**
 - 4.2 Der ausländerfeindliche Rechtfertigungsdiskurs 49**
 - 4.3 Der ökonomistische Begründungsdiskurs 53**
 - 4.4 Ausländerfeindlichkeit unter umgekehrten Vorzeichen: der Mitleidsdiskurs 55**
 - 4.5 Gegendiskurse 56**

- 5. Protagonisten von Ausländerdiskursen 57**
 - 5.1 Die Zeitungen 57**
 - 5.2 Die Parteien 64**

- 6. Zusammenfassung 68**

- Tabellenanhang 71**

- Literatur 84**

1. Einleitung

Die politischen, ökonomischen und kulturellen Auswirkungen dessen, was im Herbst/Winter 1989 in Osteuropa passierte, waren eine Revolution mit globalen Auswirkungen. Man sollte nun annehmen, daß Ereignisse einer solchen Dimension für ein direkt angrenzendes Land, das mit dieser Region jahrhundertlang durch mehr als eine gemeinsame Herrscherfamilie verbunden war und das sich in jüngerer Geschichte als neutraler Mittler zwischen Ost und West sah, in besonderer Weise reflektiert wurden. Doch das war (und ist) kaum der Fall. Die österreichischen Interessen waren durch die Beitrittsbemühungen zur EU fast ausschließlich nach Westen ausgerichtet und sind es nach dem 1995 erfolgten Beitritt erst recht.

Österreich zog gegenüber Osteuropa die Vorhänge zu und thematisierte von den Vorgängen in der ehemaligen sowjetischen Hemisphäre nur die negativen Auswirkungen oder genauer gesagt Vorgänge, deren Effekte ambivalent waren, wurden ausschließlich negativ bewertet. Nirgendwo wird dies deutlicher als im 1990 einsetzenden öffentlichen Diskurs über Ausländer. Migration war vor 1989 in einem Kontinent, in dem Ost-West Wanderungen aus politischen und Nord-Süd Wanderungen aus räumlichen Gründen erschwert waren, kein Thema. Einwanderung war »vorrangig kein problemerzeugender, sondern ein problemlösender Faktor«¹. Migranten waren zwar auch zuvor rechtlich und sozial diskriminiert und Objekt privater, ausländerfeindlicher Diskurse. Politisch relevant waren Ausländer jedoch nicht: eine »Ausländerfrage« existierte nicht. Versuche, wie etwa der FPÖ im Wiener Gemeinderatswahlkampf 1987, mit ausländerfeindlichen Parolen erfolgreich zu sein, scheiterten. Ausländer waren kein politisches Thema und Ausländerfeindlichkeit war im öffentlichen Raum tabuisiert.

1990 wurde dies alles anders. Im März dieses Jahres sorgte die Unterbringung von 800 rumänischen Asylwerbern in Kaisersteinbruch aus heiterem Himmel zum Entstehen einer »Ausländerfrage«, die zum Thema von Wahlkämpfen und Volksbegehren wurde und indirekt zur Gründung einer neuen Partei führte. Sie bescherte den österreichischen Parlamentariern vermehrten Arbeitsaufwand, und dem österreichischen Bundesheer einen zusätzlichen Existenzgrund. Sie machte den Innenminister zu jenem Regierungsmitglied, dessen Arbeit am kontroversiellsten diskutiert wurde. Die Auseinandersetzung um die »Ausländerfrage« ging über den öffentlichen Diskurs hinaus: sie animierte hunderttausende Menschen, abends mit Fackeln gegen Ausländerfeindlichkeit zu demonstrieren, aber auch rassistische Bombenbastler, Anschläge auf das Leben und die Gesundheit von Minderheiten und Ausländern durchzuführen, die gegen die restriktiven Ausländergesetze auftraten oder Ausländern halfen.

In liberalen Demokratien gehört es zum Alltag der Politik, ihre Entscheidungen vor dem Volk legitimieren zu müssen. Wird einem Feld von der Bevölkerung eine besondere Bedeutung beigemessen, gleichzeitig aber sehr kontrovers diskutiert, tendiert die Politik meist dazu, ihre

1 Hoffmann, 1994, 253.

Handlungen mit »Sachzwängen« oder dem »Willen des Volkes« zu legitimieren. Es kann daher nicht verwundern, daß im Diskurs der Politiker und Parteien technokratische wie populistische Argumente zur Erklärung ihrer Ausländerpolitik im Vordergrund standen:

1. Die seit Mitte der 80er Jahre ansteigende Migration, sei es Flüchtlings- oder Gastarbeitereinwanderung, habe eine Reaktion der Politik notwendig gemacht, die Einwanderung zu kontrollieren und zu beschränken.
2. Die Instabilität, die der Umbau der realsozialistischen Planwirtschaften zu kapitalistischen Ökonomien mit sich brachte, habe zu einem Stimmungswandel in weiten Teilen der österreichischen Bevölkerung geführt, an dem die Politik nicht vorbeigehen konnte.

Von den österreichischen Zeitungen wurden zwei weitere Erklärungsansätze hinzugefügt, die von den österreichischen Politikern verständlicherweise kaum benutzt wurden:

3. Mit der FPÖ sei ein neuer politischer Akteur aufgetreten, dem es gelang, das Ausländerthema auf die politische Agenda zu setzen und so die anderen Parteien zu einer Positionierung in dieser Frage zwang.
4. Die österreichische Ausländerpolitik befände sich in auffälliger Harmonie mit den Änderungen der Ausländerpolitik der EG; eine Art vorausseilender Gehorsam sei nicht zu übersehen.

Jedes dieser vier Erklärungsmodelle ist auf unterschiedlichen Erklärungsebenen angesiedelt und lädt zu einem bestimmten Untersuchungsdesign ein. Die erste, problemorientierte Variante läßt sich wohl am besten mit den Instrumentarien und Techniken der policy-Analyse überprüfen. Für die zweite Variante bieten sich die Methoden der quantitativen Sozialforschung an. Für die dritte Erklärungshypothese scheint ein intentionalistischer, akteurskonzentrierter Ansatz am geeignetsten und die letzte scheint ein Fall für die vergleichende policy-Analyse bzw. für Rechtsvergleiche zu sein.

Bei der Erklärung des Entstehens einer »Ausländerfrage« im Jahr 1990, versagen meines Erachtens jedoch alle vier Ansätze, da ein lediglich auf die Klärung der ad-hoc Hypothesen abgestimmtes Forschungsdesign zu kurz greift. Eine Analyse des öffentlichen Diskurses, wie es in dieser Arbeit versucht wird, eröffnet die Möglichkeit die innere Dynamik des Diskurses nachzuzeichnen, die (politischen) Akteure zu benennen, die den Diskurs zu steuern versuchen und ihre Motive und Strategien zu analysieren, die dazu führte, daß sich ein bestimmtes Klima in der Gesellschaft ausbreiten konnte.

Zwei Ereignisse scheinen für das Aufkommen der »Ausländerfrage« von entscheidender Bedeutung zu sein: im März 1990 »Kaisersteinbruch« und die Nationalratswahlen von

7. Oktober 1990. Eine zeitliche Begrenzung auf diese Zeit, ergänzt um Jänner und Februar als Kontrastmittel, bietet sich daher beinahe von selbst an. Da prinzipiell jede öffentlich gemachte Äußerung Bestand des öffentlichen Diskurses ist, muß, um die Fülle des Datenmaterials bewältigen zu können, eine Reduktion und Selektion der Quellen vorgenommen werden, weshalb sich die Analyse auf drei Zeitungen (Kronen Zeitung, Kurier und Standard) beschränkte, die jeweils einem bestimmten Qualitätssegment (Boulevard, gehobener Boulevard, Qualitätszeitung) zuordbar sind.

In der Dekonstruktion von Diskursen besteht immer die Gefahr, die »Realität« aufzulösen. Die in Diskursanalysen oft zu findende Neigung soziale, institutionelle und politische Probleme zu übergehen bzw. sie als reine Konstrukte anzusehen, führt oft dazu, blind für geänderte politische oder ökonomische »Realitäten« zu sein. Die Aussagen der Protagonisten des öffentlichen Diskurses konstruieren Kontexte, Sinn, Identitäten, Wichtigkeit etc. und können die soziale Wahrnehmung und Interpretation verändern. Öffentliche Diskurse sind damit immer auch ein Kampf um die Hegemonie, um die Durchsetzung von Interessen und Ideologien. Obwohl die Wahrheit kein konstitutives Moment von Diskursen darstellt, sind Diskurse, wenngleich oft inadäquate Reaktionen auf eine geänderte Umwelt, die vom Alltagsdiskurs reflektiert wird. Medien wie Politik haben u.a. die Funktion die Alltagsdiskurse zu strukturieren und zu interpretieren. Gerade für die Analyse der Entstehung einer Ausländerfrage in Österreich scheint mir daher, angesichts der zu dieser Zeit gerade stattfindenden historischen Umwälzungen, ein rein symbolisch-interaktionistischer Ansatz nicht auszureichen.

Diese Arbeit leugnet grundsätzlich nicht die oben zitierten ad-hoc Hypothesen, schlägt jedoch zum Verständnis des Entstehens der Ausländerfrage eine strukturalistische Erklärung vor, die zu folgenden Ergebnissen führen wird:

Es gab 1990 weder einen Akteur, der aus Gründen prinzipieller Ausländerfeindlichkeit ein Interesse daran hatte, ein Ausländerproblem zu thematisieren und zu puschen, noch stellt der ausländerfeindliche Diskurs des Jahres 1990 eine Reaktion auf vorhandene oder vorgestellte Problemlagen dar. Dies trifft gerade dann zu, wenn man die im Diskurs entworfenen Probleme als Definitionskriterien heranzieht. Der öffentliche Ausländerdiskurs entzündete sich auf Grund einer Initiative der staatlichen Bürokratie, er wurde weitergetrieben durch die Interessen der Wirtschaft und geriet schließlich in den Schatten der Oktober 1990 abgehaltenen Nationalratswahlen, womit er weitgehend zum Objekt parteipolitischer Taktik und Strategie wurde. Nun wurde er vornehmlich von der SPÖ dazu benutzt, ihre Kernwählerschichten in Wien für die Nationalratswahl wieder enger an die Partei zu binden. Die Boulevardzeitungen mit der Kronen Zeitung als Avantgarde, spielten bei der Thematisierung und Verstärkung der »Ausländerfrage« eine herausragende Rolle.

Nicht die aus der Grenzöffnung resultierenden Probleme, nicht der öffentliche Druck oder die von der FPÖ forcierte Ausländerfeindlichkeit machten die »Ausländerfrage« ab 1990 zu einem

dominanten innenpolitischen Thema, sondern die unterschiedlichen, einander teilweise widersprechenden Interessen und Handlungen von politischen, staatlichen oder zivilgesellschaftlichen Akteuren, die, was deren Motive betraf, in den meisten Fällen nicht ausländerfeindliche waren, jedoch zur Durchsetzung ihrer Interessen bereitwillig auf fremdenfeindliche Stereotypen zurückgriffen.

1.1 Theorien über Ausländerfeindlichkeit

Bis 1990 hatten es die politische Parteien – bis auf einige wenige Ausnahmen – unterlassen, einen Ausländerdiskurs zu führen. Öffentliche Ausländerdiskurse waren bis zu diesem Zeitpunkt ein selbst auferlegtes Tabu der politischen Elite, wenngleich sich die Politiker bewußt waren, damit im Gegensatz zur Bevölkerungsmehrheit zu stehen. Eine These baut nun darauf auf, daß Fremdenfeindlichkeit (oder Antisemitismus) in der »österreichischen Seele« immer latent waren und nur durch die »elitäre Demokratie« daran gehindert wurden, im öffentlichen Raum in Erscheinung zu treten, womit es 1990 vorbei war.²

Im Gegensatz zur weit verbreiteten Meinung, daß Ausländerfeindlichkeit auf Vorurteilen und Einstellungen beruhe, weisen Hoffmann/Even im Anschluß an Alfred Schütz jedoch darauf hin, daß Ausländerfeindlichkeit im »Gesellschaftsbild« verankert ist. Das Gesellschaftsbild von Schütz definiert als »the world taken for granted by the in-group is a world of a common situation within which common problems emerge within a common horizon, problems requiring typical solutions by typical means for bringing about typical ends,«³ muß nicht abgeleitet oder begründet werden, sondern wird als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt und stellt einen sinngebenden Interpretationsrahmen dar. Für Hoffmann/Even ist ein Gesellschaftsbild dann ausländerfeindlich, wenn Nichtmitgliedern nicht die selben Rechte wie Mitgliedern zugestanden werden⁴. Ausländerfeindliche Gesellschaftsbilder stehen immer in Konkurrenz zu anderen, etwa universalistischen Gesellschaftsbildern, die von der prinzipiellen Gleichheit aller Menschen ausgehen.

Die Fremdenfeindlichkeit des Gesellschaftsbildes ausschließlich an rechtlichen Kriterien festzumachen, ist prekär. Zwar nähert sich in allen liberalen Demokratien (wenn auch nicht im selben Ausmaß und Tempo)⁵ der rechtliche Status des Ausländers mit zunehmender Aufenthaltsdauer dem des Inländers an, während gleichzeitig in vielen Fällen eine Annäherung des Ausländers an die Kultur des Einwanderungslandes unterbleibt. »Gerade in dieser Phase der überwiegend Instrumental betriebenen sozialen Anpassung, muß sich das Individuum der Zuverlässigkeit und Kontinuität seiner Identität als eines notwendigen Rückhalts vergewissern. Da die soziale Situation des Wanderers fast ausschließlich im Kontext der nationalen

2 vgl. Pelinka, 1990, 84–90.

3 Schütz, 1971, 236.

4 Der Weite ihres Begriffs der Ausländerfeindlichkeit sind sie sich durchaus bewußt, da keine Gemeinschaft Nichtmitgliedern die selben Rechte wie Mitgliedern zugesteht.

5 vgl. Cinar/Hofinger/Waldrauch, 1995.

Unterschiede zwischen ihm und dem Aufnahmeland definiert wird, wird die Ich-Identität des Wanderers unausweichlich auf seine nationale Herkunft verweisen.⁶ Die in Europa meist fehlende Bereitschaft des Aufnahmelandes zu einer über die rechtliche Gleichstellung hinausgehenden Akzeptanz des Ausländers bringt Beharrung und Verstärkung der ursprünglichen Identität auf der Seite des Einwanderers mit sich. Gerade die unterbliebene soziale Anpassung des Ausländers dient dem ausländerfeindlichen Diskurs als Rechtfertigung, die rechtliche Angleichung zu verzögern. Ausländerfeindlichkeit ist also Folge und Ursache der Rückbesinnung auf die Identität des Herkunftslandes seitens des Migranten. Diese »werden zögern, den Zugang zu einer Kultur anzustreben, in der sie der Verachtung sicher sein können, genauer: in der sie *auf Dauer* nichts als Verachtung zu erwarten haben.«⁷

Die Ausländerfeindlichkeit des Gesellschaftsbildes bleibt latent, solange die Diskrepanz zwischen Gesellschaftsbild und Realität noch nicht auffällig geworden ist, durch individualistische Erklärungsmuster überbrückt werden kann oder andere, entgegengesetzte Gesellschaftsbilder dominant sind. Nimmt die Spannung zwischen Gesellschaftsbild und Realität jedoch kollektive Formen an, etwa wenn deutlich geworden ist, daß die Selbstsicht Österreichs als Nicht-Einwanderungsland durch die Einwanderung von Ausländern ad absurdum geführt wird, kommt es zur »Krise des Gesellschaftsbildes«. Das Gesellschaftsbild wird nun problematisiert und zum »Thema« gemacht. Da die vertrauten Erfahrungen nicht mehr stimmen, brechen auch die darauf aufbauenden Erwartungen zusammen. Die Krise des Gesellschaftsbildes führt zu seiner Diskussion, und in weiterer Folge zur Modifizierung oder Beharrung. Der Anpassung des Gesellschaftsbildes an die Realität, was etwa über den Begriff der multikulturellen Gesellschaft versucht wird, steht der Versuch gegenüber, so auf die gesellschaftliche Realität einzuwirken, daß sie wieder mit dem Gesellschaftsbild übereinstimmt. Dort, wo die Realität jedoch die Anpassung verweigert, wird die Verteidigung des Gesellschaftsbildes fast zwangsweise Züge von Gewalt annehmen. Die Übergänge zwischen Ausländerfeindlichkeit, Ausländerhaß und Ausländerpogrom sind demnach fließend.⁸

Die Erklärung von Ausländerfeindlichkeit als »Krise des Gesellschaftsbildes« macht deutlich, daß es neben der üblichen »latenten Ausländerfeindlichkeit« Phasen gibt, in denen sie manifest wird und zur hegemonialen ideologischen Kraft aufsteigen kann.

Was die soziologische Theorie von Hoffmann/Even nicht reflektiert, ist die diskursive Dimension. Der Vorgang, der zur Infragestellung des bisherigen Gesellschaftsbildes führt, wird in ihrer Theorie wenig beachtet. Man hat den Eindruck, daß sie sich diesen Prozeß als quasi objektiven, von Strukturen bestimmten Prozeß denken, in dem handelnde Akteure eine untergeordnete Rolle spielen. Demgegenüber haben Diskursanalytiker herausgearbeitet, daß die politische Elite durch ihren privilegierten Zugang zu den Massenmedien nicht nur die Diskurse

6 Hoffmann/Even, 1984, 122–123.

7 Gellner, 1995, 73.

8 vgl. Hoffmann/Even, 1984, 44–49.

einflußreich initiieren, steuern und bis zu einem gewissen Grad auch kontrollieren, sondern auch die private Meinungsbildung bestimmen und verändern können.⁹ Diskurse über Ausländer stellen keine harmlosen, sprachlichen Fehlleistungen dar, sondern haben »Einfluß auf das soziale Wissen der Mitglieder der herrschenden Gruppe ..., das heißt, auf den Erwerb, die Festigung und die Normierung von Ansichten, Einstellungen und Ideologien, die sich hinter den sozialen Wahrnehmungen, Handlungen und Strukturen verbergen.«¹⁰

1.2 Diskurse über Fremde

Bei Hoffmann/Even ist bereits angeklungen, daß Ausländerfeindlichkeit und -integration u.a. rechtliche, soziale und kulturelle Dimensionen beinhalten. Anstatt die unterschiedlichen Ausprägungen der Diskurse stärker herauszuarbeiten, tendiert ein Ast der gegenwärtigen Forschung dahin, allem den Rassismusbegriff überzustülpen und die »Differenzierung der Faszination moralischer Selbstberuhigung und Selbststeigerung«¹¹ zu opfern. Die Ungenauigkeit des Rassismusbegriffes versuchen die Autoren dann mit Präfixen (»Neo-Rassismus«) oder vorangestellten Attributen (z.B. »kultureller Rassismus«) wieder wettzumachen. Im Gegensatz zur entdifferenzierenden Sichtweise möchte ich zwischen rassistischen, ethnozentristischen, nativistischen und ausländerfeindlichen Diskursen unterscheiden.

Rassistische Diskurse gehen – gentechnische Entwicklungen negierend – vom Begriff der Rasse als unveränderlicher biologischer Konstante aus. Für Rassisten ist eine Assimilation nicht nur unmöglich, sondern gefährlich, weil dadurch die leicht sichtbaren kulturellen Unterschiede zum Verschwinden gebracht werden. Das »rassistische Paradox«¹² besteht darin, daß Rassisten Assimilation für unmöglich ansehen und sie nicht akzeptieren, sie jedoch verlangen. Die primär auf die innere Differenz abzielenden rassistischen Diskurse können völlig ohne Ausländer auskommen. Sie wenden sich vor allem gegen Mitglieder der eigenen Gesellschaft (z.B. Juden, Schwarze, etc.). Die double-bind Situation in der sich Juden nach dem Umschlagen des religiösen in einen biologisch-rassistischen Antisemitismus befanden, lag darin, daß den weitgehend assimilierten Juden ihre Ununterscheidbarkeit, und den neu zugewanderten traditionalistischen Ostjuden ihr Anderssein vorgeworfen wurde.¹³ Die politische Emanzipation der Juden war nach ihrer erfolgreichen Assimilation nur mehr rückgängig zu machen, indem für die assimilierten Juden »unsichtbare« biologische Kriterien gefunden wurden, die eine absolute Differenz garantieren sollten. Dem Rassismus standen daher auch nur zwei Lösungen für das »Judenproblem« offen: Deportation oder Vernichtung.

9 vgl. van Dijk, 1992, 291–293.

10 ebd. 290.

11 Heitmeyer, 1992, 677.

12 Bauböck, 1994b, 73.

13 vgl. Bauman, 1995, 163–195.

Ethnozentristische Diskurse stellen die eigene Nation oder Kultur als anderen überlegen dar. Sie bauen auf der angenommenen Überlegenheit des europäischen Zivilisationsmodell auf. In ihnen »spricht sich das Selbstbewußtsein von Völkern aus, ... die seit langem über ihre Grenzen hinaus expandieren und jenseits ihrer kolonisieren.«¹⁴ Die von ethnozentristischen Diskursen aufgebauten Kulturhierarchien halten Assimilation nicht nur für möglich, sondern sie fordern sie ausdrücklich. Die als überlegen angesehene eigene Kultur muß als solche anerkannt und übernommen werden – angeborene Eigenschaften stehen einer erfolgreichen Assimilation dabei nicht im Wege. Eine bloß formale Übernahme der Staatsbürgerschaft genügt ethnozentristischen Vorstellungen zur sozialen Akzeptanz jedoch nicht.

Nativistische Diskurse stellen insofern eine eigene Diskursform dar, als sie wie ethnozentristische Diskurse Zuwanderer kollektiv abwerten, jedoch primär die Konkurrenz zwischen Eingewohnten und Neuankömmlingen widerspiegeln. Da nativistische Diskurse vor allem die Sprache als Kriterium der Distinktion heranziehen, ist meist nur die erste Migrantengeneration das Opfer. Sprachliche Unterschiede verschwinden erfahrungsgemäß meist mit der zweiten Generation.

Ausländerfeindliche Diskurse sind Diskurse, die sich über die Staatsbürgerschaft definieren. Der Begriff des Ausländers ist ein rechtlicher und kein kultureller. Nationalstaaten teilen Menschen in Mitglieder und Nichtmitglieder, in Staatsbürger und Ausländer ein. Den Nichtmitgliedern eines Nationalstaates wird (zeitweilig) der Zugang zu Rechten, Gütern etc. verwehrt oder zumindest erschwert. Ausländerfeindliche Diskurse sehen die rechtliche und soziale Diskriminierung der Ausländer als legitim an.

Alle vier Diskurse sind Differenzdiskurse, d.h. sie entwerfen das Bild zweier Gruppen, die durch eine konstruierte Grenze voneinander getrennt sind. Die Grenzziehung zwischen den Gruppen ist jedoch jeweils eine andere. Es macht für den Betroffenen einen bedeutsamen Unterschied aus, ob die Hautfarbe oder die Sprache als Differenzkriterium herangezogen wird. Für Hannah Arendt etwa ist dies die Wurzel der andauernden Diskriminierung der Schwarzen in den USA: »Während Hörbarkeit jedoch ein temporäres Phänomen ist, das selten eine Generation überdauert, ist die Sichtbarkeit der Neger unveränderbar und von Dauer. Dies ist keineswegs eine Trivialität. Im öffentlichen Raum, wo nichts zählt was nicht die Blicke oder das Gehör auf sich lenken kann, sind Sichtbarkeit und Hörbarkeit von äußerster Wichtigkeit.«¹⁵

Zusammenfassend lassen sich die vier Syndrome hinsichtlich ihrer argumentativen Schwerpunktsetzung, der syndromimmanenten Lösungsmöglichkeiten und der fokussierten Zielgruppe unterscheiden.

14 Elias, 1988 I, 4.

15 Arendt, 1989, 98.

Schaubild 1: Fremdenfeindliche Diskurse

Syndrom	Grenzziehung	Lösung	Zielgruppe
Rassismus	biologisch	Deportation, Vernichtung	Interne Minderheit
Ethnozentrismus	kulturell	Assimilation	Ethnisch Andere
Nativismus	zeitlich	Sprachbeherr- schung	Neuankömmlinge
Ausländerfeindlichkeit	rechtlich	Einbürgerung	Ausländer

1.3 Analytische Kategorien

Zur Analyse der Ausländerdiskurse in den Medien sind die vier Syndrome jedoch zu grob. Der Diskursanalyse liegen Kategorien zu Grunde, die in einem Pre-Test gewonnen wurden. Unterschieden wurde in »ausländische Akteure«¹⁶ und »Problemfelder«¹⁷, die mit Ausländern in Verbindung gebracht wurden. Die Analyse umfaßt sämtliche Artikel, die auch eine Zählbarkeit darstellten, von Jänner bis September 1990 im Politik-, Wirtschafts- und Chronikteil von Kronen Zeitung, Kurier und Standard, die sich mit dem »Ausländerthema« auseinandersetzten. Reportagen, die Aussagen aus dem privaten Diskurs wiedergeben, wurden nicht berücksichtigt. Ausgeblendet wurden weiters – da Bestandteil des privaten Diskurses – Leserbriefe an Zeitungen.

Die von den Medien vorgenommene Begriffswahl stellt auch eine gewisse Vorentscheidung dar, welche Problemsicht und damit auch welche Lösungsmöglichkeit gewählt wird. Die Konstruktion der Kategorien von Fremden erfolgt eben nach herrschaftlichen Kriterien (hinsichtlich ihrer Einsetzbarkeit und Verwaltbarkeit). Dies ist notwendig, um sie mit Rechten und Pflichten zu versehen, und um von ihnen bestimmte Leistungen und Verhaltensweisen zu erwarten.¹⁸

16 Zu allgemeine Bezeichnungen wie »Ausländer« oder »Fremde« wurden nicht erfaßt.

17 Auf eine genauere Codierung wurde nach einem Pre-Test verzichtet. Die Einteilung in ausländerfreundliche, neutrale und ausländerfeindliche Verwendung, hätte nicht nur den Rahmen der zur Verfügung stehenden Zeit gesprengt, sondern wäre auch der komplexen Struktur ausländerfeindlicher Diskurse nicht gerecht geworden.

18 vgl. Steinert, 1993, 75–77.

»Akteure«

»Flüchtling«

Flüchtlinge oder Asylwerber sind nach nicht unumstrittener völkerrechtlicher Definition Menschen,

»die sich ... aus wohlbegründeter (gegenwärtiger und unerträglich gewordener) Furcht vor Verfolgung aus Gründen der Rasse, der Religion, der Nationalität, der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Gesinnung außerhalb des Heimatlandes (befinden) und nicht in der Lage bzw. aus Angst nicht gewillt (sind), sich des Schutzes ihres Heimatstaates zu bedienen.«¹⁹

Die Kategorie des »Flüchtlings« umfaßt Begriffe wie »Asylsuchender«, »Asylant«²⁰, »Asylwerber« etc. Der Flüchtlingsbegriff, wie er in den Printmedien verwendet wird, blendet meist aus, ob diese Bedingungen auch erfüllt werden; dafür wurde im Diskurs die Unterscheidung zwischen »Politischer Flüchtling« und »Wirtschaftsflüchtling« erfunden. Wird der Flüchtlingsbegriff in Zweifel gezogen, etwa durch die Verwendung von Anführungszeichen²¹ oder Bezeichnungen wie »sogenannte Flüchtlinge«, so fanden diese Aufnahme unter der Kategorie »Wirtschaftsflüchtlinge«.

»Politischer Flüchtling« und »Wirtschaftsflüchtling«

Die Aufspaltung des Flüchtlingsbegriffs in »politischer Flüchtling« und »Wirtschaftsflüchtling«, ist ein relativ junges Phänomen. Bis in die 80er Jahre hinein war es in Österreich unüblich, eine solche Unterscheidung vorzunehmen. Erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre, als nach der Aufhebung der Visumpflicht für Polen und Reiserleichterungen für ungarische Staatsbürger die Zahl der Asylantragsteller aus beiden Staaten anstieg, fand diese Differenzierung Eingang in den öffentlichen Diskurs. Die Trennung in »politische« und »Wirtschaftsflüchtlinge« blendet aus, daß zwischen dem Asylsuchenden, auf den in seiner Heimat die Hinrichtungskommandos warten und dem sich als Flüchtling ausweisenden Einwanderer ein Kontinuum existiert. Beide Begriffe werden überdies als Zuschreibung für Gruppen verwendet, obwohl die Definition des Flüchtlingsbegriffs ausdrücklich auf Individuen abstellt, dessen Status von Fall zu Fall zu prüfen ist.

19 Coulon, 1991, 51.

20 Im Gegensatz zur BRD, wo der Begriff des »Asylanten« eindeutig an ein rassistisches Vorstellungsbild gekoppelt ist, besitzt er in Österreich eine eher neutrale Bedeutung. Vgl. Link, 1992b, 337.

21 Daß im Rahmen dieser Arbeit die einzelnen Kategorien ebenfalls zwischen »Gänsefüßchen« gesetzt und *kursiv* gedruckt wurden, stellt keine Relativierung, sondern eine bessere Kennzeichnung dar.

»Einwanderer«²²

Im Selbstverständnis des Staates und seiner Bevölkerung ist Österreich kein Einwanderungsland, woran auch eine dazu querliegende Realität lange Zeit nur wenig zu ändern vermochte.²³ Dies zeigt sich nicht nur daran, daß sich die Politik bis heute nicht getraute, einem Einwanderungsgesetz auch diesen Namen zu geben, sondern auch daran, daß die Zeitungen anstelle von »Einwanderer« öfters die unverbindlicher klingenden Begriffe »Zuwanderer« oder »Auswanderer« verwenden.

»Gastarbeiter«

Anders als beim Begriff des »Flüchtlings« differenzieren die Medien beim »Gastarbeiter« nicht. Lediglich der »Saisonier«, also der Gastarbeiter, der befristet in Österreich arbeitet und anschließend ohne einen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung wieder in sein Heimatland zurückzukehren hat, kann als Sonderform angesehen werden. Der »Saisonier« stellt eigentlich den Prototyp des »Gastarbeiters« dar; so stellte man sich vor rund 30 Jahren das Idealmodell eines »Gastarbeiters« vor; zur Serienreife taugte es jedoch nicht. Doch während die Prototypen der Automobilbranche heute nur mehr in Museen zu besichtigen sind, erlebte der Prototyp des »Gastarbeiters« um 1990 eine zeitweilige Renaissance.

»Illegaler«

Menschen, die sich illegal in Österreich aufhalten, können dies auf Grund der österreichischen Gesetzeslage in vielfältigster Art und Weise tun.²⁴ Grundsätzlich sind fünf Gruppen von »Illegalen« möglich:²⁵

- a) die Gruppe der illegal in Österreich Wohnenden und Arbeitenden
- b) die Gruppe der unangemeldet in Österreich Wohnenden aber nicht Arbeitenden (das sind z.B. Personen, die über die Ablauffrist ihres Touristenvisums in Österreich bleiben).
- c) die Gruppe der unangemeldet in Österreich Arbeitenden, aber nicht in Österreich Wohnenden (z.B. schwarzarbeitende Pendler in den Grenzgebieten)
- d) die Gruppe der unangemeldet in Österreich Arbeitenden, aber legal in Österreich Wohnenden (z.B. Ehefrauen von Ausländern, die nebenbei als Putzfrauen arbeiten)

22 Der Begriff »Zuwanderer« schließt die in den Zeitungen ebenfalls verwendeten Begriffe »Migrationwilliger«, »Einwanderer«, »Auswanderer« etc., mit ein.

23 vgl. Gächter, 1991, 351–35.

24 Die wichtigsten Möglichkeiten, sich illegal in Österreich aufzuhalten, sind: illegale Einreise über ordentliche Grenzübergänge oder über die »grüne Grenze«, Aufenthalt trotz Aufenthaltsverbot, Aufenthalt nach Ablauf des Sichtvermerks, Aufenthalt nach Ablauf des Sichtvermerks etc. Vgl. Coulon, 1991, 57.

25 vgl. Wils/Faßman, 1994, 344. kommen auf vier.

e) die Gruppe der Durchreisenden, die sich nur kurzfristig illegal in Österreich aufhalten (z.B. von Schlepperorganisationen durch Österreich durchgeschleuste Ausländer).

Die Medienberichterstattung bezieht den Begriff »*Illegale*« beinahe ausschließlich auf die Gruppen (a) und (e). Für erstere wird im Mediendiskurs meist die Bezeichnung »*Schwarzarbeiter*« verwendet, während zweitere unter dem Chiffre »Schlepperunwesen« abgehandelt werden. Kaum mediale Aufmerksamkeit erfuhren hingegen die möglicherweise nicht seltener vorkommenden Gruppen (c) und (d).

»*Schwarzarbeiter*«

Der »*Schwarzarbeiter*« stellt eine Sonderform des »*Illegalen*« dar. Offiziell fast immer als Touristen ins Land gekommen, suchen sie, da ihnen durch staatliche Maßnahmen der legale Arbeitsmarkt verbaut ist, ihr Glück in illegaler Arbeit. Die naturgemäß schwierig zu quantifizierende Zahl der Schwarzarbeiter dürfte sich nach Schätzungen auf rund 80.000 – 100.000 belaufen, was etwa 3% des gesamten Arbeitskräfteangebots ausmacht.²⁶

Die meist an frühkapitalistische Ausbeutung erinnernden Lohn-, Arbeits- und Wohnverhältnisse der »*Schwarzarbeiter*« machen die eigentliche Attraktivität der Schwarzarbeit für den Arbeitgeber aus. Illegale Beschäftigung bedeutet für ihn nicht nur Wegfall von Sozialleistungen, sondern auch weitgehende Freiheit in der Lohn- und Arbeitszeitgestaltung, gegen die sich der illegale »*Schwarzarbeiter*« kaum zur Wehr setzen kann.²⁷

»*Osttourist*«

Im Gegensatz zum »normalen« Touristen aus den reichen westlichen Ländern, trägt die Mehrzahl der Touristen aus Osteuropa den Makel eingeschränkter finanzieller Möglichkeiten.

»**Problemfelder**«

»*Menge/Masse*«

Hier wurde alles gesammelt, was sich auf die Zahl der in Österreich lebenden bzw. nach Österreich kommenden Ausländer bezieht, wobei neben konkreten Zahlen auch abstrakte Formulierungen aufgenommen wurden (»Invasion«, »Ansturm«, »Flut« etc.).

»*Kosten*«

In dieses Feld wurden Aussagen über die finanziellen Aspekte der Anwesenheit von Ausländern in Österreich eingeordnet, also alles, was durch die Anwesenheit von ausländischen Staatsbürgern an direkten und indirekten Kosten für den sprichwörtlichen »braven

26 vgl. Pichelmann, 1995, 67.

27 vgl. Hofer, 1993.

österreichischen Steuerzahler« anfallen sollte (z.B. Bundesbetreuung von »Flüchtlingen«, Sozialleistungen an »Gastarbeiter« etc.).

»Wirtschaft«

Wann auch immer vom Bedarf der österreichischen Wirtschaft nach ausländischen Arbeitskräften die Rede war, wurde es in diesem Feld erfaßt.

»Arbeit«

Sinngemäß stellt diese Kategorie das Gegenteil zur vorherigen dar. In diesem Feld wurde gesammelt, was Bezug nimmt auf die vermuteten oder realen, negativen Folgen ausländischer Arbeitskräfte auf den österreichischen Arbeitsmarkt (z.B. steigende Arbeitslosigkeit, Absenken der Löhne etc.).

»Nutzen«

In Abgrenzung zur Kategorie »Wirtschaft« und als Gegenstück zum Feld »Arbeit«, die die Bedürfnisse der österreichischen Betriebe an ausländischer Arbeitskraft sammelt, wurden hier Aussagen zusammengefaßt, die die Wichtigkeit der Zuwanderung für die gesamte österreichische Bevölkerung heraustreichen; d.h. hier wurden im wesentlichen die demographischen Argumente (Absicherung des Pensionsystems) zusammengefaßt.

»Unterbringung/Aufteilung«

Dieses Feld bezieht sich ausschließlich auf die Kategorie »Flüchtlinge« und deren Aufenthalt in der Bundesbetreuung durch das Innenministerium bzw. deren quotenmäßige Aufteilung auf die einzelnen Bundesländer.

»Schwarzmarkt«

Illegale »Schwarzmärkte« entstehen dort, wo sich Marktteilnehmer durch das Umgehen von staatlichen Regulierungen Vorteile erwarten können, ohne daß für sie das Risiko staatlicher Sanktionen zu groß würde.

»Kriminalität«

Die Assoziierung von Kriminalität mit Ausländern fand in dieser Rubrik Aufnahme, wobei auf eine genauere Differenzierung verzichtet wurde. Berichte über konkrete Verbrechen wurden nicht aufgenommen.

»Schule«

Was an Berichten über den Schulbesuch ausländischer Kinder in den Zeitungen geschrieben wurde, wurde hier untergebracht.

»Wohnen«

Was das Feld »Arbeit« für den Arbeitsmarkt, ist das Feld »Wohnen« für den Wohnungsmarkt. Es sammelt die Ängste und Befürchtungen, die für die Verknappung und Verteuerung der Wohnungen die verstärkte Migration verantwortlich machen.

»Humanitäre Verpflichtung«

Dieses Feld verzeichnet Artikel und Wortmeldungen, die an die moralische Verpflichtung erinnern, »Flüchtlinge« aufzunehmen, die Visumpflicht für »Osttouristen« abzuschaffen.

Die im Anhang im einzelnen nachzulesenden quantitativen Ergebnisse der Zeitungsanalysen lassen sich im wesentlichen zu folgenden Thesen zusammenfassen:

1. Ausländer waren zu Beginn des Jahres kein Thema des öffentlichen Diskurses. Mit März 1990 setzte schlagartig der Ausländerdiskurs ein, der jedoch in der Folge konjunkturellen Schwankungen unterlag. Nach dem Höhepunkt im März, ebte der Diskurs langsam ab, um während der Sommermonate fast vollständig zu verstummen. Nach Ende der Urlaubszeit, die gleichbedeutend war mit der Phase des Intensivwahlkampfes, präsentierte sich das Ausländerthema wiederum in alter Frische.²⁸
2. Der Ausländerdiskurs war in erster Linie ein Flüchtlingsdiskurs; genauer: es war ein Diskurs über »Menge« und »Kosten« der »Flüchtlinge«. »Flüchtling« allein wurde öfter genannt als die drei nächsthäufigsten Kategorien zusammen, obwohl die absolute Zahl der Flüchtlinge in Österreich deutlich unter der der »Gastarbeiter« liegt. Kamen 1990 auf einen Asylwerber zehn ausländische Arbeitsmigranten, so lag das Verhältnis der Nennungen von Asylwerbern und Gastarbeitern bei 4,5:1.²⁹
3. Die Dominanz des »Flüchtlings-Unterbringungs-Diskurses« erklärt auch die geringe Bedeutung von Feldern wie »Wohnen«, »Schule« oder »Nutzen«. Werden Ausländer vor allem als Flüchtlinge definiert, d.h. als Personen, deren Anwesenheit in Österreich mit hoher Wahrscheinlichkeit nur vorübergehend und kurzfristig sein wird, wird die Frage nach der momentanen Unterbringung im Vordergrund stehen. Geht man jedoch von einer längeren Aufenthaltsdauer aus, werden sich eher Fragen der sozialen und rechtlichen Integration aufdrängen. Der Flüchtlingsdiskurs von 1990 war die Vorstufe zum anschließenden »Gastarbeiter-Integrations-Diskurs«, der im berühmten-berühmten »Hammelbraten im Hinterhof« seinen symbolischen Ausdruck fand.
4. Die Differenzierung zwischen »Politischen Flüchtlingen« und »Wirtschaftsflüchtlingen« wurde im Diskurs kaum vorgenommen.³⁰ Dies ist umso überraschender, als sich diese Unterscheidung erst wenige Jahre zuvor im öffentlichen Diskurs etabliert hatte. Wenn man

28 vgl. Tabelle 9 (Anhang)

29 vgl. Tabellen 1 und 5 (Anhang)

30 vgl. Tabelle 9 (Anhang)

1990 an dieser Differenzierung kaum Interesse hatte, so läßt das den vorläufigen Schluß zu, daß der Diskurs weniger die ökonomische Dimension der Flüchtlingsmigration reflektierte.

5. Ein Dauerthema des Ausländerdiskurses war die »Kriminalität«. Während die starken Schwankungen bei anderen Themen (»Schwarzmarkt«, »Kosten«, »Wirtschaft«, »Arbeit«) auf eine anlaßbezogene Diskussion hinweisen, deutet die geringe Varianz beim Problemfeld »Kriminalität« auf die grundsätzliche Wichtigkeit des Sicherheitsdiskurses hin.³¹
6. Die starken Schwankungen der ökonomischen Dimension des Ausländerthemas (»Wirtschaft«, »Schwarzmarkt«) sind ein erster Hinweis darauf, daß es bestimmten Akteuren gelang, den Diskurs zu steuern. Besonders erstaunlich ist das abrupte Abbrechen des Diskurses über das Feld »Wirtschaft« ab Juli. Trotz des unverminderten Bedarfes der Wirtschaft an ausländischen Arbeitskräften,³² auch nach dem Monat Juli, unterließen es die Unternehmerverbände ihre Interessen öffentlich zu artikulieren. Dies war auch nicht notwendig, denn die jahrzehntelang zwischen den Sozialpartnern und dem Sozialministerium ausgehandelten Zahl der auszustellenden Beschäftigungsbewilligungen wurde, wie gehabt, unbeachtet von der Öffentlichkeit intern verhandelt.

2. Kaisersteinbruch als Wende

Der Beginn des Jahres 1990 war gekennzeichnet von einer euphorischen Stimmung über das Ende des Ost-West Gegensatzes,³³ der sich auch die NKZ nicht entziehen konnte: *»Österreich ist in diesen dramatischen Tagen welthistorischer Ereignisse das Ziel hunderttausender Besucher aus den Oststaaten, die bei uns mit staunenden Augen alles bewundern, was ein freies Land zu bieten hat«* (»Staberl«, NKZ, 6.1.1990).

Der kurze Ausschnitt eines »Staberl«-Kommentars läßt einige Gründe für die Hochstimmung der österreichischen Bevölkerung erahnen: ein Gefühl der eigenen Wichtigkeit und Zeuge eines »historischen Ereignisses« sowie der Glaube »erfolgreich« und »der Sieger« gewesen zu sein. Dies ließ sich leicht in Einklang bringen mit den traditionellen Überlegenheitsgefühlen der Österreicher gegenüber ihren osteuropäischen Nachbarn.

31 vgl. Tabelle 10 (Anhang)

32 Der Vorteil von »Gastarbeitern« für die Wirtschaft in ihrer »Rechtlosigkeit«. Erst die durch staatliche Gesetze sanktionierte Diskriminierung macht die Attraktivität von Ausländern aus. Staatliche Sondergesetze ermöglichen die leichte Selektion der ausländischen Arbeitskräfte, sie schränken die Bewegungsfreiheit des Migranten ein und sorgen dafür, daß Arbeitsmigranten in permanenter existentieller Unsicherheit leben müssen. Ausländische Arbeitskräfte sind daher nicht nur billiger als einheimische, sie sind flexibler einsetz- und abbaubar als Inländer und außerdem wegen der Rechtsunsicherheit gezwungen, sich disziplinierter als ihre inländischen Kollegen zu verhalten.

33 vgl. Plasser/Ullram, 1991, 312–313.

In dieser ersten Phase, unmittelbar nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs, die bezeichnenderweise von einer weitgehenden Medienabsenz der FPÖ gekennzeichnet war, stand Rumänien, das sich rund um die Weihnachtsfeiertage 1989 in einer blutigen »Palastrevolution« des Ceaucescu-Regimes entledigt hatte, im Mittelpunkt des Medieninteresses. Die von außen diagnostizierte Armut und wirtschaftliche Rückständigkeit des Landes führten zu einer Vielzahl von privaten Hilfsaktionen, denen im ORF und in den Boulevardzeitungen viel Platz eingeräumt wurde.³⁴

Die positive Berichterstattung brach Mitte März schlagartig ab, und an seine Stelle trat die Problematisierung der nach Österreich kommenden Flüchtlinge. Die Unterbringung von rumänischen Asylwerbern in Kaisersteinbruch war der auslösende Moment für xenophobe Diskurse.

Flüchtlinge stellten für Österreich keine neue Erfahrung dar. Seit 1945 war Österreich in unregelmäßigen Abständen mit Migrationswellen aus Osteuropa konfrontiert. In der ersten Nachkriegszeit wurden rund 400.000 Volksdeutsche bzw. Vertriebene aufgenommen und integriert. Interne Krisen des Warschauer Paktes führten 1956, 1968 und 1980 zu weiteren Migrationsschüben. 1956 stellten von den mehreren Hunderttausend Ungarn rund 180.000 einen Asylantrag. 1968/69 kamen 160.000 Tschechoslowaken nach Österreich, wovon rund 12.000 dauerhaft hierblieben. 1981/82 hielten sich zeitweilig bis zu 150.000 Polen in Österreich auf, wovon etwa 32.000 Asylanträge stellten.³⁵

Österreich stellte für die meisten Flüchtlinge eher ein Transit- als ein Einwanderungsland dar,³⁶ was die humanitäre Flüchtlingspolitik Österreichs in einem anderen Licht erscheinen läßt.³⁷

Bis 1989 war es in Österreich üblich, auf die liberale österreichische Flüchtlingspolitik stolz zu sein,³⁸ umso mehr als gerade die großen Flüchtlingswellen als »ideologische Gewinne«³⁹ verbucht werden konnten. Diese Haltung änderte sich auch nicht als ab Mitte der 80er Jahre die Zahl der Asylansuchen deutlich anstieg: zwischen 1987 und 1990 verdoppelte sie sich von 11.000 auf rund 22.000. Das Innenministerium geriet Ende der 80er Jahre nicht nur durch diese Entwicklung unter Druck. Geändert hatten sich nicht nur die Zahl, sondern auch die Absichten der Flüchtlinge, die Österreich nicht mehr in diesem Maße als Transitland, sondern als

34 vgl. Wodak/Matouschek/Januschek, 1993, 127–131.

35 vgl. Tabelle 1 (Anhang)

36 vgl. Faßmann/Münz, 1994, 304–305.

37 Der frühere Innenminister K. Blecha hatte wohl nicht unrecht, wenn er 1987 meinte: »Österreich nimmt Flüchtlinge deshalb so gern mit offenen Armen auf, weil wir ja wissen, daß 80% von ihnen gar nicht dableiben wollen.« Zit. nach Standard, 17.5.1990.

38 »Die öffentliche Meinung ist positiv gegenüber Flüchtlingen. Das ist deswegen gut, weil der Staat, der ja im Sinne der Genfer Konvention Flüchtlingspolitik machen will, einen gesellschaftlichen Konsens braucht. Die Kronenzeitungschlagzeile – »600.000 Österreicher waren einmal Flüchtlinge« hilft uns sehr viel, wenn's um budgetäre Mittel für Flüchtlingspolitik geht.« (M. Matzka, Monatszeitung, 10/89).

39 Hoffmann, 1994, 253.

zukünftige Heimat betrachteten. Hinzu kam, daß die BRD daranging, illegal eingereiste Ausländer nach Österreich zurückzustellen, wo das Innenministerium für sie verantwortlich war. Das Ministerium beabsichtigte, auf diese Veränderungen mit einer Beschleunigung des Asylverfahrens zu reagieren. Eine schnellere Abwicklung bedeutet jedoch angesichts der Vollziehungspraxis eine Bedrohung des Asylrechts.

»Ich habe es immer für einen unerhörten Wert der österreichischen Anerkennungspraxis gehalten, daß sie verantwortungslos schlampig war. ... Es gibt nur zwei Möglichkeiten mit dem österreichischen Flüchtlingsrecht umzugehen ... nämlich ein korrektes Asylverfahren mit rechtsstaatlichen Grundsätzen. Wenn das nicht geht ... ist die schlampige Lösung die beste: nämlich jahrelang nicht erledigte Asylverfahren nach dem Motto, laß den Antrag liegen, es passiert eh nix. ... Und das hat sich zum Vorteil der wirklichen Flüchtlinge bestens bewährt. ... Wie, bitte, soll es denn mit den derzeitigen Mitteln des österreichischen Asylverfahrens gelingen, auch nur mit einer gewissen Treffsicherheit jene Antragsteller herauszufinden, die wirklich einen Kopf kürzer gemacht werden, wenn sie abgeschoben werden.«⁴⁰

Das beschleunigte Asylverfahren war Teil der Neuordnung der österreichischen Asylpolitik. Im Jänner 1990, als sich die österreichische Öffentlichkeit noch an den offenen Grenzen erfreute, trat Innenminister Löschnak am 13.1.1990 in der »Pressestunde« des ORF für die Einführung der Visumpflicht für türkische Staatsbürger ein. Löschnak wollte damit Stimmung für die vorgesehene Visumpflicht machen, die kurz darauf (16.1.) beschlossen wurde. Löschnak begründete seine Forderung mit dem überhandnehmenden »Schlepperunwesen«, das einen »Strom von Türken« nach Österreich führe. Die kurz zuvor erfolgte Entlassung von türkischen Asylwerbern aus der Bundesbetreuung, rechtfertigte Löschnak mit dem »dramatischen Anstieg« der Asylfälle und damit, daß dies eine »freiwillige Leistung sei. Darauf habe niemand Anspruch« (Standard, 10.1.90). Die Möglichkeiten des Innenministeriums zur Unterbringung von Asylsuchenden seien bereits ausgeschöpft,⁴¹ oder, wie es der Kabinettschef des Innenministers M.Matzka wenig später formulierte, »das Boot ist mehr als voll« (Standard, 12.1.90). Es dauerte nur drei Tage, bis Jörg Haider beim Neujahrstreffen der FPÖ nun ebenfalls die Einführung der Visumpflicht für Türken forderte. Laut Haider sei die Visumpflicht »keine Diskriminierung, da Türken vor Schleppern geschützt werden«. Die Generalsekretärin Schmidt forderte die »Einwanderung zu limitieren, um offen zu sein für politische Flüchtlinge« (Kurier, 15.1.90).

Das »Schlepperunwesen«, wenn es sich nicht auf jene illegal über Österreich nach Deutschland geschmuggelten Ausländer bezieht, stellt nichts anderes dar, als die Kriminali-

40 So der Anwalt von Amnesty International, Gabriel Lansky (Monatszeitung 10/89).

41 Die Republik Österreich übernahm – bis Ende Juli 1990 ohne gesetzliche Verpflichtung, aber auch ohne Rechtsanspruch des Asylwerbers – die Kosten für Unterbringung, Verpflegung und Krankenhilfe von Asylwerbern. Zu einem geringeren Teil wurden die Asylwerber dabei in staatlichen Flüchtlingslagern (Traiskirchen, Mödling, Reichenau etc.), zum anderen Teil in privaten Gasthäusern einquartiert. – Vgl. Coulon, 1991, 53.

sierung einer jahrelang geübten Praxis. Seit den 70er Jahren war es üblich, daß Arbeitsmigranten, meist Verwandte oder Bekannte von bereits in Österreich lebenden Ausländern, mit Touristenvisa einreisten und sich über informelle Kanäle einen Arbeitsplatz organisierten (Kettenmigration), wobei der Arbeitgeber für die notwendigen Genehmigungen sorgte. Die Höhe der Ausländerkontingente wurde alljährlich vom Sozialministerium mit den Sozialpartnern ausgehandelt, wobei das Innenministerium völlig übergangen wurde.⁴²

Eine Woche nach dem Auftritt des Innenministers in der Pressestunde, sorgte sich SPÖ-Zentralsekretär Cap, daß der Arbeitsmarkt durch den »Schwarzarbeitertourismus« unterminiert würde, wogegen entsprechende Maßnahmen zu setzen seien (Standard, 20.1.90). Im Gegensatz zu den Ausführungen des Innenministers blieb die Aussage von Cap politisch folgenlos. Wiederum erfolgte die Reaktion der FPÖ postwendend. Bei der nächsten Sitzung des Nationalrats beantragte die FPÖ die Einführung der Visumpflicht für polnische Staatsbürger, die jedoch mit den Stimmen der Regierungsparteien abgelehnt wurde.

Obwohl in beiden Fällen der Diskurs nur kurz dauerte, lassen sich gewisse Erkenntnisse ableiten:

1. Es waren die SPÖ bzw. der sozialdemokratische Innenminister, die im Jahr 1990 damit begannen, die Anwesenheit von Ausländern in Österreich zu problematisieren.
2. Die Begriffe, die die beiden sozialdemokratischen Spitzenpolitiker verwendeten, stammen weder aus einem Wörterbuch, noch sind sie aus der Alltagssprache entlehnt. Die von Löschnak und Cap kreierte Hauptwortkonstruktionen ermöglichten durch ihre Allgemeinheit und Offenheit, Assoziationen in verschiedenste Richtungen.⁴³ Der von der SPÖ gestellte Innenminister, wie auch der SPÖ-Zentralsekretär, verließen damit den Boden der sachlichen Argumentation und wechselten über zu populistischen Diskursformen.
3. Die FPÖ agierte nicht als Vorreiter, sondern als Nachzieher. Weder unterschied sich die Wortwahl der freiheitlichen Spitzenpolitiker von der SPÖ, noch gingen die Forderungen der FPÖ inhaltlich über die der SPÖ hinaus.

Die vom Innenministerium ergriffenen Maßnahmen (Beschleunigung des Asylverfahrens, Entlassung türkischer Flüchtlinge aus der Bundesbetreuung, Einführung der Visumpflicht für Türken) waren Teil einer grundsätzlichen Änderung der österreichischen Asylpolitik⁴⁴ und in weiterer Folge der Ausländerpolitik insgesamt.

42 vgl. Parneiter, 1993, 116–125.

43 Zu Assoziationen und Anspielungen als Stilmittel des populistischen Diskurses vgl. Januschek, 1994, 298–301.

44 Zum 1991 in Kraft getretenen Asylrecht, vgl. die kritische Analyse von Rohrböck, 1992.

Nach Wolfsgruber⁴⁵ gedachte das Innenministerium auf die durch die Öffnung des »Eisernen Vorhangs« entstandenen neuen »Probleme« mittels »Dekretismus«⁴⁶, also mit Gesetzen und Verordnungen zu reagieren, die auf Verschärfung zuungunsten der in Österreich lebenden Ausländer hinausliefen. Diese von der policy-Analyse bekannte Sicht, Problemdefinition, Lösungssuche und Implementierung übersieht, daß sowohl Problemdefinition als auch die Auswahl der Lösungen Vorgänge sind, die von politischen und sozialen Machtverhältnissen abhängig sind. Seit Marx wissen wir, daß die herrschenden Ideen die Ideen der Herrschenden sind. Politische Eliten haben durch ihren bevorzugten Zugang zu den Massenmedien die Möglichkeit, den öffentlichen Diskurs zu steuern und damit zu definieren, was als »Problem« gilt und was nicht.⁴⁷ Ob ein »Problem« vom Publikum als solches akzeptiert wird oder nicht, hängt kaum vom Wahrheitsgehalt ab. Viel eher darf vermutet werden, daß die in einem Problem verborgenen ideologischen Prämissen für die Akzeptanz eines Problems entscheidend sind.⁴⁸ Eine noch wichtigere Stellung besitzen die politischen Eliten bei der Auswahl der Lösungen. Die Verbindung von Problem und Lösung ist in fast allen Fällen wiederum ein Konstrukt, das Ideologie und Interessen in scheinbar rationale, objektiv zwingende Handlungsanleitungen transformiert. Politischen Eliten steht überdies die Möglichkeit offen, die chronologische Reihenfolge von »Problem« und »Lösung« zu vertauschen oder anders ausgedrückt, sie können eine »Lösung« haben für etwas, was (noch) kein allgemeines Problem darstellt. Dies scheint mir in diesem Fall vorzuliegen.

1. Das Problem von dem Löschnak sprach, war der »*dramatische Anstieg*« der Asylwerber auf 22.000 (1989, 1990), wovon sich im März 1990 exakt 19.505 in der Bundesbetreuung befanden: 3.067 waren in Flüchtlingslagern und 19.438 in privaten Gasthöfen untergebracht.⁴⁹ Von diesen 22.000 wurden 1989 insgesamt 19% als Flüchtlinge anerkannt (1990: 8%).⁵⁰ Für die Republik Österreich bedeutete dies (nimmt man die Daten der Volkszählung 1991 zur Hand) eine durch die Asylwerber 1990 hervorgerufene Vermehrung der österreichischen Bevölkerung um exakt 0.0225.
2. 1990 standen den 22.789 Asylantragstellern 103.395 vom Sozialministerium neu erteilte Arbeitsbewilligungen für Ausländer gegenüber. Umgerechnet kamen auf einen Asylantrag 4.5 neu erteilte Arbeitsbewilligungen. Diese Diskrepanz setzte sich auch in den folgenden Jahren fort. Während das Innenministerium durch seine restriktive Flüchtlingspolitik die Zahl der jährlichen Asylanträge auf unter 5.000 (1994) absenken konnte, lag die Zahl der erstmals erteilten Arbeitsbewilligungen bis 1992 bei rund 60.000.

45 Wolfsgruber, 1994, 304.

46 vgl. Gerlich, 1991, 459.

47 vgl. van Dijk, 1992, 291–292.

48 vgl. Edelman, 1988, 181.

49 vgl. Coulon, 1992, 53.

50 vgl. Tabelle 2

Die Zahlen allein machen es schwer, an ein für Österreich existierendes Flüchtlingsproblem zu glauben. Für das Innenministerium stellte sich diese Frage jedoch nicht. Als ein »funktional ausdifferenziertes Subsystem« (Luhman) orientierte es sich am »Normalismus«, d.h. am binären Code von »normal/anormal«. ⁵¹ Für eine normalistische Kultur ist das Funktionieren eines Subsystems dann gegeben, wenn »auf statistischer Basis ... die empirische Verteilung und der Durchschnitt und anschließend im Zeitvergleich der dynamische Durchschnitt (Wachstumsrate)« ⁵² nicht bestimmte Grenzwerte überschreiten. Ist diese Toleranzbreite überschritten, signalisiert dies dem Subsystem »Normalisierungsbedarf«. Für das Innenministerium lag das Problem in der Anormalität der Steigerungsraten, sodaß es daran ging, mit einer technokratischen Politik wieder die statistische »Normalität« zu erreichen.

Das plötzlich erwachte Interesse des österreichischen Innenministeriums an der Ausländerpolitik fällt in eine Zeit, in der die damalige EG daran ging, ihr Ausländerrecht zu harmonisieren. Diese meist unter dem Stichwort »Schengen« zusammengefaßten Bemühungen resultieren aus den Integrationsbestrebungen der Mitgliedsstaaten, die im Binnenverkehr die Polizei- und Zollformalitäten abschaffen und an deren Stelle eine koordinierte Kontrolle der Außengrenzen einsetzen wollen. Kennzeichnend für das Modell von Schengen ist dabei die enge Verbindung von Ausländerpolitik und Sicherheitspolitik. ⁵³ Österreich, als damaliges Nicht-EG-Land, war seit 1987 Mitglied einer »Konsultationsrunde«, die sich dem »Informationsaustausch« widmen sollte. Das Innenministerium war damit über die neueste EG-Politik im Bereich der inneren Sicherheit informiert und ließ diese Kenntnis auch in die 1990 beginnende Welle von Gesetzesänderungen im Ausländerrecht einfließen. So wurde etwa das »Schlepperunwesen« im 1990 verabschiedeten Fremdenpolizeirecht analog dem Schengener Abkommen geregelt. Auch die später wieder abgeschaffte Regelung, daß der Asylantrag an der Grenze zu stellen sei, wurde von der EG übernommen. ⁵⁴

Das grundsätzliche Recht von Staaten, ihre Grenzen zu sichern und die Einwanderung zu regulieren, soll keineswegs bestritten werden, ⁵⁵ auch wenn es gute (theoretische) Gründe gibt, für eine Politik der offenen Grenzen einzutreten. ⁵⁶ Es gehört jedoch zum Prinzip einer liberalen Demokratie, politisch Verfolgten Asyl zu gewährleisten. Bereits die vom Innenministerium angestrebte Verkürzung der Asylverfahren mußte angesichts der »hoffnungslosen Überlastung der Behörden ... der mangelnden fachlichen Qualifikation der Organwalter«, ⁵⁷ zu einer massiven Verschlechterung der Situation der Asylwerber führen. Das dies Absicht und Teil einer bewußten Abschreckungspolitik war, wurde vom Innenminister zugegeben: »Wenn du

51 vgl. Link, 1992a.

52 Link, 1992a, 715.

53 vgl. Grussmann, 1992, 65–66.

54 vgl. ebd. 70–71.

55 vgl. Walzer, 1993, 65–70. – Bauböck, 1994.

56 vgl. Carens, 1995.

57 Rohrböck, 1992, 84.

integrierst, spricht sich das wie ein Lauffeuer herum. Im nächsten Jahr hast Du die dreifache Zahl im Land« (F.Löschnak, Standard, 17.5.90).

Die ÖVP dürfte mit dem Abgehen von einer liberalen Asylpolitik einverstanden gewesen sein, zumindest finden sich kaum widersprechende Aussagen. Der ÖVP-Sozialsprecher Feuerstein verteidigte die Sicht des Innenministeriums: *»Die derzeit bei 20% liegende Anerkennungsquote werde sicher nicht so hoch bleiben können«* (Standard, 16.1.90). Im Gegensatz zu Feuerstein hatte sich zuvor der Sicherheitssprecher der ÖVP, Ettmayer, geäußert: *»Bevölkerungsschwund soll durch Einwanderung von Wirtschaftsflüchtlingen aufgefangen werden«* (Standard, 18.1.90).

Die Aussage Ettmayers gibt auch jene damals verbreitete Sicht wieder, die die Asylpolitik als Mittel der Migrationssteuerung betrachtete. Diese Meinung geht, ebenso wie die Kritik daran,⁵⁸ an den Realitäten vorbei. Ob Teile der Regierungsparteien die Asylpolitik als Mittel der Einwanderungspolitik angesehen haben mögen oder nicht, ist irrelevant, denn sie war es nicht. Die Kontrolle der Einwanderung war nicht im Innenministerium angesiedelt, sondern sie fand unter der Ägide des Sozialministeriums und der Sozialpartner statt. Das Paradoxon der österreichischen Ausländerpolitik bestand 1990 eben darin, daß nur in jenen Bereichen restriktive Gesetzesänderungen stattfanden,⁵⁹ die in die Kompetenz des Innenministeriums fielen, wobei davon quantitativ deutlich weniger Menschen als von der weiterhin liberalen Ausländerbeschäftigungspolitik des Sozialministeriums betroffen waren.

Das Innenministerium ging weiterhin in beinahe regelmäßigen Abständen in die Öffentlichkeit, um auf seine Probleme hinzuweisen. Knapp vor dem Eskalieren von »Kaisersteinbruch« erhielt es auch verbale Unterstützung vom Bundeskanzler:

»Unsere Lager und Pensionen sind wirklich voll. Das Boot ist mehr als voll« (M.Matzka, Standard, 12.1.90).

»Müssen die Auswüchse dieser Völkerwanderung in den Griff bekommen« (F.Löschnak, Standard, 18.1.90).

»Meine Behörden sind überfordert« (F.Löschnak, Standard, 10.2.90).

»Müssen die Bürger der CSFR zurückschicken« (F.Löschnak, Standard, 16.2.90).

»Wenn der Zustrom nicht aufhört, werden wir die Asylanten aus der Bundesbetreuung nehmen« (Vranitzky, Standard, 7.3.90).

»Wir haben keine Unterbringungsmöglichkeiten mehr und können die gute Absicht daher nicht in die gute Tat umsetzen« (Vranitzky, Kurier, 7.3.90).

Die Versuche des Innenministeriums, in der Öffentlichkeit Verständnis für die eigenen Probleme zu erzeugen, waren wenig erfolgreich. Vor allem manchen Medien konnten die

58 so Rohrböck, 1992, 97.

59 vgl. Grussmann, 1992, 70–72.

Schwierigkeiten des Ministeriums kaum nahegebracht werden, weshalb auch von der rein technokratischen Argumentation abgerückt wurde und sich das Innenministerium etwa bei der Entlassung der CSFR-Bürger aus der Bundesbetreuung auf den Willen des Volkes berief, oder wie es der Löschnak-Sekretär Matzka formulierte: man habe »in einer Demokratie auf das zu hören ..., was das Volk will« (Standard, 16.2.90).

Bis Anfang März war es dem Innenministerium nicht gelungen, ein Ausländerproblem von oben zu kreieren. Erst der Plan des Ministeriums, 800 rumänische Asylwerber in einer kleinen burgenländischen Gemeinde unterzubringen, schuf das öffentliche Bewußtsein für ein »Ausländerproblem«. Die quantitative Analyse machte bereits deutlich, daß im März 1990 plötzlich ein sprunghafter Anstieg der Artikel über Asylwerber festzustellen war. Der Mitleidsdiskurs über Rumänien⁶⁰ ging fast vollständig zurück und machte vor allem in Ostösterreich Platz für eine breite ausländerfeindliche Grundstimmung.⁶¹ Da der Diskurs um Kaisersteinbruch bereits ausführlich dokumentiert und analysiert wurde⁶², kann ich mich hier damit begnügen, eine Zusammenfassung zu bieten:

Kaisersteinbruch, ein kleiner nordburgenländischer Ort mit 200 Einwohnern, gelangte zu österreichweiter Berühmtheit, als das Innenministerium im März 1990 800 rumänische Asylwerber in der außerhalb des Ortes gelegenen Bundesheerkaserne einquartieren wollte. Daran entzündeten sich Proteste der Bevölkerung, die u.a. die Straßen des Ortes sperrten (6.3.1990). Auf Grund des Widerstands der Bevölkerung rückte das Innenministerium, nachdem es die Proteste zunächst ignoriert hatte, vom ursprünglichen Plan ab, die Flüchtlinge zentral an einem Ort unterzubringen. Dies sollte nun dezentral geschehen. Die (erfolgreichen) Proteste der Kaisersteinbrucher riefen die Bewohner von Traiskirchen auf den Plan, wo sich das größte Flüchtlingslager Österreichs befindet, die nun ebenfalls eine Verringerung der Belegung ihres Lagers forderten, was von der Regierung wiederum zugesagt wurde. In weiterer Folge führte die Bundesregierung mit 15.3.1990 die Visumpflicht für Rumänen ein. Rumänische Staatsbürger wurden nur nach Österreich gelassen, wenn sie 5000.– ÖS oder den Gegenwert in ausländischer Währung bei sich hatten (15.3.).

In der Medienberichterstattung wurde vor allem das Innenministerium für die Eskalation von Kaisersteinbruch verantwortlich gemacht. Der Beschluß des Innenministers, in einem kleinen Ort 800 (männliche) Asylwerber unterzubringen, wurde als eine schwere Fehleinschätzung der Situation betrachtet: es hätte dem Innenministerium klar sein müssen, daß in einem 200–Seelen Ort, der überdies eine Pendlergemeinde darstellt, mit Protesten seitens der Bewohner zu rechnen sei, wenn 800 Männer einquartiert werden würden.

60 vgl. dazu Kapitel »Mitleidsdiskurs«

61 vgl. Plasser/Ullram, 1991, 314.

62 Wodak/Matuschek/Januschek, 1993.

Es drängt sich jedoch die Frage auf, ob das Krisenmanagement des Innenministeriums tatsächlich versagt hatte oder ob für das Ministerium »Kaisersteinbruch« nicht vielmehr einen Erfolg darstellte. Zwar bedeutete »Kaisersteinbruch« einen Imageverlust für das Ministerium, doch konnte sich das Innenministerium nun der breiten Unterstützung der Öffentlichkeit sicher sein, wenn es daran ging, seine Abschreckungspolitik in die Tat umzusetzen. Jede Ausländer in Österreich weiter diskriminierende Maßnahme, die die Meinungsforscher abfragten, fand 1990 breite Zustimmung in der Bevölkerung.⁶³ Vom Endresultat her bedeutete »Kaisersteinbruch« für das Innenministerium einen Erfolg, das den kurzfristigen Schaden an Renommee bei weitem übertraf.

Dies beantwortet jedoch nicht die Frage, ob »Kaisersteinbruch« vom Innenministerium bewußt provoziert worden war oder ob man nur zum Nutznießer eigener Fehler geworden war. Angesichts des Verhältnisses zwischen Einwohnern und Flüchtlingen mußte einer im Umgang mit Problemen der Flüchtlingsunterbringung erfahrenen Behörde klar gewesen sein, daß hier ein Konflikt vorprogrammiert war. Dies gilt umso mehr, als das Ministerium (bzw. der Sekretär des Innenministers), wie bereits zweimal gezeigt wurde, ansonst durchaus die öffentliche Meinung in die eigenen Überlegungen miteinbezog. Was weiters für die Inszenierung von »Kaisersteinbruch« spricht, war die Haltung des Ministeriums gegenüber der protestierenden Bevölkerung von Kaisersteinbruch. Zu einem Zeitpunkt, als deren Protest noch ohne größeres mediales Echo hätte kanalisiert werden können, verhielt sich das Ministerium taub und provokant. Nachdem jedoch »Kaisersteinbruch« zum innenpolitischen Tagesthema avanciert war, gab das Innenministerium nicht nur nach, sondern der Innenminister war sogar höchstpersönlich bereit, den empörten Kaisersteinbruchern Rede und Antwort zu stehen, obwohl kein eigentlicher Anlaß dazu bestand. Ein bloßes Nachgeben gegenüber den Forderungen hätte die Situation wohl ebenfalls entspannt. In solch unangenehme Situationen, wie es das Auftreten vor aufgebrachtten Demonstranten zweifellos darstellt, begeben sich Politiker normalerweise nur, wenn sie diese als Kulisse benützen wollen, um ihren Anliegen größeres Gewicht zu verleihen. Der Innenminister rechtfertigte auch in Kaisersteinbruch die Entscheidung seiner Behörde mit dem bekannten Argument, daß alle sonstigen Aufnahmekapazitäten erschöpft wären. Der Effekt ist jedoch ein anderer, wenn dabei wütende Demonstranten als Hintergrund zur Verfügung stehen. Dieser Unterschied war dem Innenminister offenbar eine Reise nach Kaisersteinbruch wert.

Ab »Kaisersteinbruch« änderte sich der Charakter der Ausländerberichterstattung. Buchstäblich von einem Tag zum anderen gab es ein »Ausländerproblem«. War die Anwesenheit rumänischer Flüchtlinge in Österreich zuvor kein Medienthema, so waren von zehn Schlagzeilen der Titelseite der Neuen Kronen Zeitung vom 8.3. – 17.3.1990 fünf dem »Ausländer-« bzw. »Flüchtlingsthema« gewidmet:

63 vgl. Plasser/Ullram, 1991, 316.

Schlagzeilen der Titelseite der NKZ 8.3. – 17.3.1990

- 8.3. »Flüchtlingsproblem bringt Regierung in Zwickmühle«
- 9.3. »Beim Steuergeld für Flüchtlinge wird gespart«
- 10.3. »Österreich darf nicht das Flüchtlingslager für ganz Europa werden«
- 15.3. »Riesige Flutwelle von Auswanderern nach Österreich«
- 17.3. »Jetzt droht gewaltige Flüchtlingsinvasion aus der CSR.«

3. Bedrohungsbilder

Mit »Kaisersteinbruch« wurden der Ausländerfeindlichkeit die Schleusen geöffnet. Was zuvor noch tabuisiert gewesen war, konnte nun öffentlich vorgebracht werden; der öffentliche Diskurs näherte sich dem privaten Diskurs an. Parteien und Politiker machten diesen Wandel weitgehend mit; zwar gab es immer wieder Stimmen aus SPÖ und ÖVP, die an die humanitären Verpflichtungen und Traditionen Österreichs als Asylland appellierten, doch blieben diese angesichts der herrschenden Stimmung im Land in der Minderheit und in der Defensive.

3.1 Die Flut

Während des abschließenden Höhepunkts der »Hysterie« (Kurier, 18.3.90) um rumänische Asylwerber, bemerkte P.Gnam in der NKZ offenbar in der Absicht, die Sprache der Medien als exaktes Abbild der Realität darzustellen: »Fast wie Kriegsberichterstattung hören sich die Meldungen über die Flutwelle rumänischer Auswanderer nach Österreich an« (NKZ, 15.3.19). Ist dies von der Intension her falsch, trifft die Beschreibung inhaltlich zu. Die Journalisten griffen tief ins Vokabular der Kriegsberichterstattung: Rumänen fuhren nicht an die österreichische Grenze, sie »stürmen« sie (Presse, 15.3.), lediglich die AZ ließ sie höflich »anklopfen« (AZ, 15.3.) – vielleicht weil sie im Gegensatz zum Standard, der meinte: »40.000 Rumänen drängen nach Österreich« – die von der APA verbreitete Phantasiezahl nicht ernst nahm. Egal, ob Ansturm oder Anklopfen, jedenfalls »Ein Dorf macht dicht« (Profil, 12.3.). Nach Einführung der Visumpflicht kam es zu einer »leichten Entspannung« (Kurier, 16.3) und »Ruhe nach dem ausgebliebenen Sturm« (Standard, 16.3.) kehrte wieder ein im Lande. Doch wer glaubte, daß nun der Krieg vorbei sei, der täuschte sich wie einstens die Trojaner; der Krieg ging weiter. Der Presse fiel dabei die Rolle der Cassandra zu: »Österreichs Mission in Bukarest belagert« (Presse, 16.3.).

Nach Kaisersteinbruch war der Ausländerdiskurs zu einem dominanten Diskurs geworden, obwohl er nie mehr jene Dichte der Märztage erreichte. Die Relevanz dieses Themas läßt sich u.a. an den über das Jahr verstreuten Schlagzeilen der NKZ zeigen:

»Die Ausländer kommen« – Schlagzeilen der NKZ

- 15.3. »Riesige Flutwelle von Auswanderern nach Österreich« (Titel)
- 17.3. »Jetzt droht gewaltige Flüchtlingsinvasion aus der CSSR« (Titel)
- 7.6. »Im Sommer droht eine gewaltige Invasion von arbeitslosen Polen« (S.3)
- 23.6. »Drei Millionen Russen auf Arbeitssuche in den Westen« (Titel)
- 27.6. »13.000 Araber auf dem Sprung nach Österreich« (S.3)
- 5.7. »Ausreise für 15.000 Albaner« (S.2)
- 10.7. »Eine Million Bulgaren im Kommen« (S.3)
- 27.9. »Acht Millionen Russen kommen« (Titel).

Die Schlagzeilen machen die Beliebigkeit der Zahlen und Austauschbarkeit der Nationalität deutlich. Es wäre nun ein Leichtes, dies und die offensichtliche Falschheit der Schlagzeilen bloßzustellen. Doch war es gerade die Unbestimmtheit der Schlagzeilen, die den eigentlichen Sinn dieser Botschaften ausmachte: die beliebig gewählten Zahlen sind Symbole für die »unüberschaubaren Massen« auswanderungswilliger Osteuropäer.⁶⁴ Da die »Grenze« der Belastbarkeit ohnehin als erreicht angesehen wurde, waren konkrete und korrekte Zahlen unerheblich.⁶⁵ Grenzziehungen leisten gute Dienste, den Diskurs zu objektivieren und zu rationalisieren. Sie unterstellen, daß es einen Moment gebe, wo die Belastbarkeit nicht mehr zu ertragen sei. Die Zahl der Ausländer hat eine Grenze überschritten, wenn »Stabilität«, »Ordnung«, »Ruhe« etc. des »Wohnungsmarktes«, »Arbeitsmarktes«, »Schulbetriebs« etc. bedroht und gefährdet sei. Die Scheinobjektivität des Grenzbegriffs berücksichtigt nicht, daß »Grenzen« Symbole sind. Dies läßt sich unschwer daran erkennen, daß die »Grenzen« keine konkreten ökonomischen oder quantitativen Größen darstellen, sondern auf diffusen Vorstellungen und persönlichen Wertungen basieren. So argumentierte der oberösterreichische Landeshauptmannstellvertreter Grüner (SPÖ), daß »10% Flüchtlingsanteil für Österreich nicht verkraftbar« (Standard, 13.3.90) seien, ohne dies weiter zu begründen. Der subjektive Charakter wird oft durch emotionale Wörter wie Bedrohung, Empfindung etc. noch deutlicher ausgedrückt.

Dennoch entwickelte sich um die Grenze ein Diskurs, der ausländerfeindliches Denken nicht nur legitimierte, sondern ausländerfeindliche Politik als Gegenmittel einforderte, um der Ausländerfeindlichkeit entgegenzuwirken (z.B.: »Gesetze statt Hetze«). Aus Angst vor einem back-lash wurden die subjektiven »Grenzen der Belastbarkeit« nicht nur anerkannt, sondern als quasi objektive Indikatoren angesehen, bei deren Überschreitung Ausländerfeindlichkeit zur normalen Reaktion wird.⁶⁶

64 Das Damoklesschwert einer riesigen Flüchtlingswelle aus Osteuropa schien über Österreich zu schweben. Anders ist es kaum erklärlich, daß eine unscheinbare Agenturmeldung, wonach die russische Regierung nun an ihre Bürger Reisepässe ausstelle, genügte, um die Fantasie von Journalisten und Politiker – in diesem Fall war es der Wiener Bürgermeister Zilk – zu beflügeln, die prompt den massenhaften Ansturm russischer Flüchtlinge prognostizierten.

65 vgl. Link, 1992b, 338–339.

66 vgl. Hoffmann/Even, 1984, 49–52.

Dabei handelt es sich um die klassische Umkehrung von Ursache und Wirkung. Ausländerfeindlichkeit ist kein Ergebnis einer zu groß gewordenen Belastung, sondern das Gefühl der Belastung resultiert aus den im Gesellschaftsbild fußenden ausländerfeindlichen Einstellungen. Hat man jedoch dieses Denken einmal zu seinem handlungsreisenden Programm erhoben, so ergeben sich die weiteren Schritte beinahe von selbst. Der Ausländerfeindlichkeit kann nur mehr eine zwiespältige Haltung entgegengebracht werden. Einerseits wird sie zwar verurteilt, gleichzeitig bringt man ihr jedoch Verständnis entgegen. Das Dilemma dieser Logik besteht darin, daß zur Verringerung der Fremdenfeindlichkeit eine fremdenfeindliche Politik eingesetzt werden muß, die für die Einhaltung der »Grenzen« sorgt. Das politische, juristische und administrative Arsenal, das dem Staat zur Diskriminierung der Ausländer zur Verfügung steht, muß daher scheinbar emotionslos und kurzfristig als Instrument eingesetzt werden, um längerfristig die Ausländerfeindlichkeit zu bekämpfen. Die Ausländerfeindlichkeit des Staates fungiert quasi als Prophylaxe, um der Ausländerfeindlichkeit der Gesellschaft vorzubeugen. Allerdings wird übersehen, daß Fremdenfeindlichkeit in der Öffentlichkeit immer noch negativ bewertet wird und getarnt oder gerechtfertigt werden muß. Sind die staatliche Politik und der Diskurs der politischen Eliten nun selbst ausländerfeindlich, wird damit nicht nur eine zusätzliche Möglichkeit der Rechtfertigung angeboten, sondern darüber hinaus ist zu befürchten, daß durch den emotionalen Charakter des Themas eine Spirale in Gang gebracht wird. Zur Ruhigstellung des Patienten würden dann immer höhere Dosen an Ausländerfeindlichkeit benötigt werden.

»Kaisersteinbruch« förderte neue Ansichten über Flüchtlinge zutage. Stand die Bevölkerung Flüchtlingen zuvor durchaus positiv gegenüber und unterschied bestenfalls zwischen »echten« und »unechten«, zwischen »Wirtschaftsflüchtlingen« und »politischen Flüchtlingen«, so zeigte schon das geringe Score der beiden Kategorien in der quantitativen Analyse, daß der Flüchtlingsdiskurs offenbar nicht an dieser Differenzierung interessiert war. Der »Flüchtling« wurde 1990 nicht als jemand gesehen, der wegen der ökonomischen Verbesserung, die ihm Österreich zu bieten hatte, ins Land kam. Im »Kaisersteinbruch«-Diskurs stand erstmals der Sicherheitsaspekt im Vordergrund. Flüchtlinge wurden als Bedrohung angesehen. Während die Einteilung in Wirtschafts- und politische Flüchtlinge eine zwar fragwürdige, aber immer noch rationale ist, rückt im Sicherheitsdiskurs das Angstmotiv in den Vordergrund. Angst ist als irrationale Kraft schwer verhandelbar. Der Ängstliche wird nach vollständigen Lösungen suchen. Er wird für interne Differenzierungen wenig zugänglich sein, und sich meist nicht damit zufrieden geben, weniger Angst zu haben. Sein Interesse wird darin bestehen, die Angst bzw. die »Gründe« dafür, vollständig zum Verschwinden zu bringen.

Dies zeigt sich auch anhand der Schwierigkeiten des Innenministeriums, die angestrebte Neuordnung der Flüchtlingsunterbringung durchzusetzen. Nachdem im Gefolge von Kaisersteinbruch auch die unhaltbaren Zustände im Flüchtlingslager Traiskirchen thematisiert worden waren, (Traiskirchen war nicht nur überbelegt, sondern es herrschten auch katastrophale sanitäre Zustände), vollzog das Innenministerium in seiner Unterbringungs politik

eine Kehrtwendung. An die Stelle der bisher geübten Praxis, eine größere Anzahl von Flüchtlingen zusammengezogen an einen Ort in Flüchtlingslagern in Niederösterreich unterzubringen, erwartete man sich durch die quotenmäßige Aufteilung der Asylwerber auf alle Bundesländer ein Abklingen der Proteste. Hinter dieser Vorgehensweise stand wiederum die Idee, daß Flüchtlinge nur bis zu einem Grenzwert hin von der Bevölkerung akzeptiert würden.

Entsprechend der Bevölkerungszahl eines Bundeslandes sollten die Asylwerber quotenmäßig auf alle Bundesländer aufgeteilt werden. Das erste Verhandlungsergebnis zwischen den Landeshauptleuten und dem Ministerium, das am 24.4. der Öffentlichkeit präsentiert wurde, blieb bedeutungslos. Die Länder, deren Flüchtlingskontingente erhöht worden wären, weigerten sich in der Folge, das Ergebnis umzusetzen. Der Wiener Bürgermeister argumentierte etwa, daß die Quote inakzeptabel sei, da Wien ohnehin den höchsten Ausländeranteil besaß. So trat ein zweiter, modifizierter Schlüssel – die Gastarbeiterzahlen wurden nun in die Berechnung miteinbezogen – als Verordnung des Innenministeriums in Kraft. Die Diskussion über die Asylwerberunterbringung war ein interner Konflikt der politischen Elite, in dem die Medien und die Öffentlichkeit eine passive Rolle spielten. Obwohl das Prinzip der Aufteilung der Flüchtlingszahlen nach der Bevölkerungszahl eines Bundeslandes de facto vorgegeben, und der Bund bereit war, die Kosten zu tragen, dauerte es mehrere Monate bis zur endgültigen Lösung. Die Landeshauptleute der Bundesländer, deren Kontingente erhöht worden wären, verhinderten durch ihr Beharren auf dem status quo eine rasche Einigung. Die konsequenteste Haltung in dieser Frage nahm Jörg Haider ein, der sich in seiner Funktion als Kärntner Landeshauptmann weigerte, Flüchtlinge aufzunehmen und einen generellen Einwanderungsstopp forderte.

Die Landeshauptleute beriefen sich bei ihrer Weigerung, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, auf den »Willen des Volkes«. Am bekanntesten wurde die Version des oberösterreichischen Landeshauptmannes Ratzenböck, der in einem Brief das Innenministerium aufforderte, Flüchtlinge, »denen man die Abstammung ansieht,« (Standard, 10.3.90) aus der Fremdenverkehrsgemeinde Franking zu entfernen, da ansonsten Ertragseinbußen im Fremdenverkehr zu befürchten wären.

Die sich über mehrere Wochen hinziehenden Diskussionen – erst Ende Mai wurde eine endgültige Lösung beschlossen – wären kürzer gewesen, wenn es nur darum gegangen wäre, in einer Art negativen Verteilungskampf die Flüchtlinge quotenmäßig auf die einzelnen Bundesländer aufzuteilen. Wären nur rational auszuhandelnde Zahlen im Zentrum gestanden, wäre es wohl rascher zu einer Lösung gekommen. Auch die Opposition Haiders wäre zu verkräften gewesen, denn der Kärntner Landeshauptmann verweigerte wegen 72 Flüchtlingen seine Zustimmung (NKZ, 18.5.90). Hinter der Haltung Haiders stand zwar ein antipolitischer Populismus, gleichzeitig ist ihm zu attestieren, daß er lediglich der konsequenteste war, denn zwischen allen Landeshauptleuten bestand grundsätzliche Einigkeit darüber, keine weiteren Flüchtlinge mehr aufzunehmen. Es ging in den Verhandlungen nicht um ein »mehr« oder

»weniger«, sondern jeder war dagegen, zusätzliche Flüchtling aufzunehmen. Es ist kein Zufall, daß die endgültige Regelung als Verordnung des Innenministeriums in Kraft trat und nicht wie zuvor als Beschluß der Landeshauptleutekonferenz. Der Quotendiskurs hatte nicht den Charakter von Kollektivvertragsverhandlungen, er besaß mehr Ähnlichkeit mit Auseinandersetzungen über den Standort von Müllverbrennungsanlagen, Flußkraftwerken, Autobahnen etc. Ausländer waren zu einem grundsätzlichen Übel geworden, das man nicht in der eigenen Nähe haben wollte.

Die Landeshauptleute traten als Mittler des Willens der Bevölkerung auf (hier endet die Analogie mit Müllverbrennungsanlagen). Zu einer Zeit, als der Stimmungsumschwung der Bevölkerung gerade erst eingesetzt hatte,⁶⁷ bestätigten ihn die Landeshauptleute. Die Landesväter traten den diffusen Ängsten ihrer Landeskinder mit derselben Diffusität entgegen.⁶⁸ Wie diffus die Ängste waren, läßt sich exemplarisch an der oben erwähnten Gemeinde Franking verdeutlichen. Ein halbes Jahr nachdem sich Landeshauptmann Ratzenböck für die Frankinger verwendet hatte, traten diese mit der Bitte an das Innenministerium heran, die Flüchtlinge nun doch im Ort zu belassen. Grund für den Meinungsumschwung war diesmal die Angst, bei der bevorstehenden Volkszählung zu wenige Einwohner aufweisen zu können, und damit Millionen an staatlichen Förderungen zu verlieren.⁶⁹

Zum Diskurs über die Aufteilung der Flüchtlinge lassen sich noch einige Randbemerkungen machen. Dieser Diskurs bestätigte das Fehlen von internen Differenzierungen innerhalb der Ausländerkategorie. Der Wiener Bürgermeister Zilk wollte die Flüchtlingsquote mit der Gastarbeiterzahl in Zusammenhang bringen, obwohl damit zwei Gruppen, die aus unterschiedlichen Motiven nach Österreich gekommen waren, zusammengeworfen wurden. Jörg Haider wiederum verband Einwanderer mit Asylwerbern. Das war insofern neu für die FPÖ, als sie Einwanderung zwar immer abgelehnt hatte, das Asylrecht jedoch zuvor nicht bestritten hatte. Signifikant scheint mir auch die Art des Gegendiskurses zu sein. Wenn in den Medien Kritik an dieser Posse aufkam, dann nicht wegen der Ausländerfeindlichkeit des Diskurses (nur die Aussage Ratzenböcks wurde scharf zurückgewiesen), sondern wegen der mangelnden Kompromißbereitschaft der Landeshauptleute: »*Wenn ein gesamtstaatliches Problem auftaucht, hören sich die Kleinfürstentümer auf*« (H.Rauscher, Kurier, 5.5.1990).

3.2 Der Schmarotzer

Zeitgleich mit den Bemühungen des Innenministeriums, eine gleichmäßigere Aufteilung der Asylwerber auf die einzelnen Bundesländer zu erreichen, setzte im Frühjahr 1990 ein Diskurs ein, der sich rational, ökonomisch und am Staatswohl interessiert, gab. Die Medien, deren

67 vgl. Plasser/Ullram, 1991, 314.

68 Um in diesem Bild zu bleiben: die gleiche fürsorgliche Logik würden Eltern ihren Kindern gegenüber anwenden, wenn sie ihnen die Ängste beim Einschlafen mit dem Argument nehmen wollten: »Es gibt Gespenster, aber wir sind doch auch noch da.«

69 vgl. Standard, 12.9.1990.

Engagement in der Frage der Aufteilung der Flüchtlinge nicht über die Aufforderung, die Angelegenheit doch endlich abzuschließen, gegangen war, erwiesen sich bei diesem Diskurs als engagiert und parteiisch.

Das Bemühen der österreichischen Wirtschaft, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu bewahren, konzentrierte sich im wesentlichen darauf, eine Nivellierung der Arbeitsplätze in Bezahlung und Flexibilität nach unten vorzunehmen, weshalb ein Bedarf an billigen und flexibel einsetzbaren Arbeitskräften entstand. Diesem Anforderungsprofil entsprechen (neben inländischen Frauen) primär ausländische Arbeitsmigranten.

Die Geschichte der Arbeitsmigration nach Österreich beginnt in den 60er Jahren. Als das österreichische Arbeitskräftepotential nahezu ausgeschöpft war, wurde von staatlicher Seite, nach vorhergehender sozialpartnerschaftlicher Einigung,⁷⁰ gezielt versucht, ausländische Arbeitskräfte anzuwerben, um auch jene Jobs zu besetzen, die Österreicher auf Grund schwieriger Arbeitsbedingungen, gesundheitlicher Risiken und schlechter Bezahlung nicht auszuüben bereit waren.⁷¹ Diese »Gastarbeiter« sind auch heute vor allem als Hilfsarbeiter und angelernte Arbeiter beschäftigt.⁷² Die Zahl der ausländischen Arbeitsmigranten erreichte 1973 mit rund 230.000 ihren Höchststand und sank im Zuge der ökonomischen Rezession bis Mitte der 80er Jahre. Im Gegensatz zu simplen ökonomischen push-pull Modellen, die davon ausgehen, daß Arbeitslosigkeit und Armut in den südosteuropäischen Ländern automatisch dazu führen müßte, daß die dort entwurzelten Menschen in die reichen Metropolen Europas strömten, waren konkrete Schritte zu ihrer Anwerbung notwendig. Es ist kein Zufall, daß das Gros der in Österreich arbeitenden Ausländer aus der Türkei und dem früheren Jugoslawien stammt,⁷³ bemühte sich doch die Bundeswirtschaftskammer über ihre Außenhandelsbüros vor Ort um die Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte, während wegen des Fehlens solcher Initiativen ein 1962 mit Spanien abgeschlossenes Anwerbeabkommen unbedeutend blieb. Erst die zunehmende Destabilisierung der südosteuropäischen Ökonomien seit Beginn der 70er Jahre, machte gezielte Anwerbestrategien überflüssig, weil der Anteil der Migrationswilligen einerseits durch die ökonomische Krise anstieg und andererseits die bereits in Österreich arbeitenden Migranten, Verwandte und Bekannte zur Abwanderung nach Österreich ermunterten (»Kettenmigration«).⁷⁴

Damit wurde auch deutlich, daß das »Gastarbeitermodell« gescheitert war, da die Arbeitsmigranten nicht nach einer bestimmten Frist in ihre Heimatstaaten zurückkehrten, sondern in Österreich blieben. Nicht nur in den Zeiten von Arbeitskräfteknappheit zeigte die Wirtschaft wenig Interesse, bewährte Arbeitskräfte wieder abzugeben. Die Kosten der

70 vgl. Matuschek, 1986, 161–167. – Wimmer, 1986, 6–9.

71 vgl. Gächter, 1991, 352–353.

72 vgl. Faßmann, 1992, 104–107.

73 vgl. Tabelle 6

74 vgl. Parneiter, 1993, 116–125.

Ausbildung sowie die Beeinträchtigung des Betriebsklimas sprachen ebenso gegen die Rotation wie die für liberale Demokratien nicht zu rechtfertigende, massenweise Ausweisung von nicht mehr benötigten Migranten. Der Nachzug von Familienmitgliedern, vornehmlich Frauen, kam nicht nur den Wünschen der Arbeitsmigranten, sondern auch dem Bedarf der österreichischen Ökonomie an billigen Arbeitskräften im Dienstleistungsbereich entgegen,⁷⁵ wodurch der Ausländeranteil in Österreich anstieg.⁷⁶

Die sich im Begriff des «Gastarbeiters» manifestierende Idee besteht für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft darin, bei kurzfristigem Arbeitskräftemangel auf ein jederzeit nutzbares Reservoir an Arbeitskräften zurückgreifen zu können und es beim Rückgang der Arbeitskräftenachfrage problemlos in die Herkunftsstaaten rückerstellen zu können. Die Anwesenheit von ausländischen Arbeitskräften wurde rein funktionalistisch interpretiert und das Verhältnis zwischen Gastarbeitern und Österreich als eine kurzfristige Geschäftsbeziehung verstanden. «Die Präsenz ausländischer Staatsbürger im österreichischen Arbeitsmarkt wurde zwar als permanent, die des einzelnen Ausländers jedoch als temporär betrachtet.»⁷⁷ Mag zunächst auch bei den ausländischen Arbeitskräften die Option einer baldigen Rückkehr in ihr Heimatland vorherrschend gewesen sein, so zeigte sich bald, daß diese Sicht wenig realistisch war. Betrug 1966 die durchschnittliche Aufenthaltsdauer eines ausländischen Arbeiters rund ein Jahr, so stieg sie 1982 auf über fünf Jahre an.⁷⁸ Aus «Gastarbeitern» wurden so de facto-Emigranten, die ein Zentrum ihres Lebens in Österreich sahen, ihre Familien nachholten bzw. welche in Österreich gründeten.

Seit 1985 ist ein zunächst geringer, ab dem Jahr 1989 deutlicher Anstieg von ausländischen Arbeitsmigranten festzustellen, wobei sich die Ausländerbeschäftigung von Arbeitslosigkeit und Wirtschaftswachstum abkoppelte.⁷⁹ Bis 1985 verringerte ein rückläufiges Wirtschaftswachstum auch die Gastarbeiterzahl. Seit 1985 jedoch wachsen Arbeitslosigkeit und Ausländerbeschäftigung gleichzeitig. Die Gründe für dieses Paradoxon dürften in der Ausdifferenzierung des Arbeitsmarktes liegen. Während Betriebe mit vielen Ausländern ihre Beschäftigtenzahlen erhöhten, sanken sie bei Firmen, deren Arbeitnehmer primär Inländer waren. Viel spricht dafür, daß in bestimmten Branchen der Eisen-, Metall-, Papier- und Glasindustrie nach einem Prozeß der «Gesundschumpfung» teurere inländische Arbeitskräfte durch billigere und flexiblere ausländische Arbeitskräfte ersetzt wurden. Dies heißt nicht, daß österreichische Arbeitnehmer durch ausländische ersetzt wurden, sondern daß sich die Verteilung der Beschäftigtenzahlen zu Gunsten »ausländerorientierter« und zu Ungunsten »inländerorientierter« Firmen verschob.⁸⁰

75 vgl. ebd. 66–67.

76 vgl. Tabellen 3 und 4 (Anhang)

77 Gächter, 1992, 351.

78 vgl. Biffi, 1986, 48–50.

79 vgl. Tabelle 8 (Anhang)

80 vgl. Parnreiter, 1994, 290.

Obwohl oft die Öffnung des Eisernen Vorhangs für den Anstieg von ausländischen Arbeitskräften in Österreich verantwortlich gemacht wird, machen Migranten aus den ehemaligen Ostblockstaaten nur ein Drittel der Steigerung der Ausländerbeschäftigung seit 1988 aus, weniger als ein Viertel der gesamten Ausländerbeschäftigung, und ihr Anteil an der gesamten unselbständigen Beschäftigung liegt unter 2,5%. Der »Angebotsschock« nach dem Fall des Eisernen Vorhangs kann also trotz aller migrationsmobilisierender Faktoren in den osteuropäischen Staaten nicht für die Steigerung ausländischer Arbeitskräfte in Österreich verantwortlich gemacht werden.⁸¹ 1990 stellten türkische und jugoslawische Gastarbeiter immer noch rund 75% der Arbeitsmigranten; mittlerweile hat sich der Anteil bei etwa 70% eingependelt. Türkische und jugoslawische Staatsbürger machten auch knapp 60% des Zuwachses ausländischer Arbeitskräfte zwischen 1989 und 1993 aus.

Mit der Zunahme ausländischer Arbeitskräfte in Österreich seit 1989/90, stieg die Beschäftigen- wie auch die Arbeitslosenzahl gleichzeitig an. Diese Entwicklung betraf Inländer wie Ausländer, sodaß sich die Vermutung aufdrängt, daß ältere, weniger qualifizierte inländische Arbeitskräfte, ebenso wie schon längere Zeit in Österreich lebende Gastarbeiter, durch billigere und besser gebildete ausländische Arbeitskräfte vom Arbeitsmarkt verdrängt wurden.⁸²

Für den 1990 einsetzenden Ausländerdiskurs stellen die Spezifika der österreichischen Arbeitsmigrationspolitik nicht unwesentliche Voraussetzungen dar. Ausländerpolitik war ausschließlich Sache des Sozialministeriums und der Sozialpartner, was sich u.a. an der völligen Ausblendung der Ausländerpolitik in den Regierungserklärungen zeigt.⁸³ Die Sozialpartner verhandelten die jährlichen Kontingente und bereiteten die Gesetze vor. Migrationspolitik war ein Teil der Arbeitsmarktpolitik, was u.a. dazu führte, daß das »Gastarbeiterproblem« als ein ökonomisches gesehen und darüber hinausgehende Maßnahmen zur Integration konsequent ausgeblendet wurden.

Dies führte dazu, daß Gastarbeiter nicht nur kein Thema waren, sondern auch als Subjekte nicht wahrgenommen wurden: weder als Individuen, noch als Gruppe und schon gar nicht als intern differenzierte Gruppe. Gastarbeiter waren Zuschreibungen wehrlos ausgeliefert; erst dadurch, daß sich Ausländer nicht selbst artikulieren konnten und es auch niemanden gab, der sich in differenzierter Art und Weise ihrer Interessen annahm, konnte das »Ausländerproblem« derart diffus aufbereitet werden.

Was April 1990 einsetzte war ein Diskurs, in dessen Zentrum die Frage nach der Erteilung von Arbeitsbewilligungen für Flüchtlinge stand. Darüber hinaus forderten die Wirtschaftsverbände die Einführung des Saisoniermodells, das ausländischen Arbeitskräften eine befristete

81 vgl. Altzinger, 1992, 112–114.

82 vgl. Pichelmann, 1995, 66.

83 vgl. Matuschek, 1986, 180–182.

Arbeitsmöglichkeit eingeräumt hätte. Nach Ablauf dieser Frist hätten die Saisoniers wieder unverzüglich in ihre Heimatländer zurückkehren müssen.

Das Interesse der Wirtschaft an billigen Arbeitskräften allein erklärt nicht die Intensität dieses Diskurses, denn das alte sozialpartnerschaftliche Einwanderungsregime war weiterhin in Kraft und führte weiterhin Arbeitsmigranten dem österreichischen Arbeitsmarkt zu. SPÖ und ÖGB lehnten sowohl die Einführung des Saisonierstatus wie auch die Zulassung von Asylwerbern zum Arbeitsmarkt ab. Der damalige Sozialminister Geppert etwa meinte, daß »Saisoniers ... eine Lückenbüßerfunktion (hätten) und ... dem hire und fire der Wirtschaft völlig ausgeliefert (wären)« (Standard, 27.3.). Hinter dieser Ablehnung stand die Angst vor Lohndumping und der Ersetzung von österreichischen Arbeitskräften durch ausländische. Auch die unverzügliche Zulassung von Asylwerbern, so argumentierte der ÖGB, beruhe nicht auf einer realen Notwendigkeit und untermauerte dies mit konkreten Zahlen.⁸⁴

Gewerkschaft und SPÖ befanden sich mit ihrer Argumentation in der Defensive. Im Juni 1990 waren 84% der Österreicher für die Einführung zeitlich befristeter Arbeitsgenehmigungen für ausländische Saisonkräfte und 82% für die Schaffung von legalen Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge, die um Asyl ansuchen.⁸⁵ Während es dem ÖGB gelang, die Einführung des Saisoniermodells abzuwehren, wurde im April Flüchtlingen, die vor einem bestimmten Stichtag in Österreich waren eine Arbeitserlaubnis erteilt, später hinzukommende waren von dieser Regelung ausgenommen.

Die Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylwerber dürfte zum Anstieg des Arbeitskräftepotentials geführt haben. Wegen des Fehlens von statistischen Daten sind darüber nur Vermutungen möglich: da Flüchtlinge meist in strukturschwachen Regionen untergebracht sind und meist auch nur Qualifikationen aufweisen, an denen ohnehin ein Überangebot besteht, (Hilfsarbeitertätigkeit) sind Zweifel an der Wichtigkeit des Übereinkommens angebracht.⁸⁶

Nicht nur deshalb drängt sich der Verdacht auf, daß nicht so sehr ökonomische Interessen ausschlaggebend für die Intensität des Diskurses waren. Alle drei untersuchten Zeitungen sprachen sich für eine rasche und möglichst unbürokratische Zulassung der Asylwerber zum österreichischen Arbeitsmarkt aus und widmeten diesem Thema auch breitem Raum. Der Chefredakteur des Kurier, F.F.Wolf, faßte die Argumente der Befürworter einer Öffnung zusammen:

»Die Situation ist absurd. Die Wirtschaft stöhnt unter einem Mangel an Arbeitskräften und gleichzeitig werden tausende Ausländer beschäftigungslos in der Bundesbetreuung gehalten. ... Noch immer benötigen Fremde eine Arbeitsgenehmigung, deren bürokratische Abwicklung

⁸⁴ vgl. Standard vom 25.4.90

⁸⁵ vgl. Plasser/Ullram, 1991, 316.

⁸⁶ vgl. Novotny, 1991, 59–60.

durchschnittlich sechs Wochen dauert. In dieser Zeit dürfen Ausländer natürlich nicht arbeiten. Die Folge: Schwarzarbeit, illegale Geschäfte und eine ungeheure Belastung des Budgets« (Kurier, 28.4.90).

Der Kurier führt hier neben den Interessen der Wirtschaft an Arbeitskräften (davon, daß die Arbeitskräfte billig sein sollen, ist bei ihm jedoch nicht die Rede) noch zwei weitere Argumente an: die Kosten der Unterbringung der Flüchtlinge, ihre Untätigkeit und die daraus resultierende Kriminalität.

Während des Diskurses um »Kaisersteinbruch« war das Kostenargument, d.h. die für den österreichischen Staat aus der Bundesbetreuung der Asylwerber anfallenden Beträge, einer der wichtigsten Aspekte. Da laut Bundesbetreuungsgesetz Asylwerber, die in der Lage sind für ihren Lebensunterhalt selbst aufzukommen, nicht in die Bundesbetreuung aufgenommen werden, hätte deren Zulassung zum Arbeitsmarkt für den Staat Einsparungen bedeutet.

Das Freizeitargument geht davon aus, daß Flüchtlinge keiner sinnvollen und produktiven Tätigkeit nachgehen würden: »Die Flüchtlinge können sich schon in aller Herrgottsfrüh an den Strand legen, weil sie ja nicht arbeiten können und dürfen« (Klubobmannstellvertreter der ÖVP–ÖÖ Scheuba, Standard, 17.5.1990). Dieses Argument wird fortgesetzt durch die Behauptung, daß die ohne sinnvolle Beschäftigung in Flüchtlingslagern lebenden Asylwerbern quasi automatisch zu Gewalt, Kriminalität etc. getrieben würden. Beispielhaft kam dies in einer Aussage des ÖVP-Abgeordneten Graff zum Ausdruck, der behauptete, daß die Weigerung des Sozialministers, Flüchtlingen Arbeit zu geben, »die Kriminalität züchte« (Standard, 12.6.90).

Nun bauen zumindest die drei Argumente nicht automatisch einen Vorurteilsdiskurs auf, doch gerade darin besteht der Vorteil dieser argumentativen Strategien. Mit dem Kosten-, Freizeit- und Kriminalitätsargument ist es einfach, sich gegen den Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit zu immunisieren. Ebenso einfach lassen sie sich in Vorurteilsdiskursen auflösen: Kosten- und Freizeitargument können im »Sozialschmarotzerdiskurs« zusammengeführt werden, Freizeit- und Kriminalitätsargument im »Sicherheitsdiskurs«. Beide Diskurse müssen nicht extra für Ausländer generiert werden, beide laufen auch ohne Ausländer, und können mit geringen Modifikationen für Ausländer adaptiert werden.

Im Windschatten des sich vordergründig an den Interessen der österreichischen Wirtschaft orientierenden Diskurses wurde der Sicherheitsdiskurs endgültig zum dominanten Thema. Die NKZ teilte dies bereits Anfang Mai ihren Lesern mit: »Ausländerkriminalität nun Thema Nr.1 im Nationalratswahlkampf« (NKZ, 4.5.1990), hieß es in einer Schlagzeile. Unterstrichen wurde dies mit einer Karikatur, in der ein kleiner Österreicher von zwei überdimensionalen Ratten, wovon eine die Aufschrift »Ausländerkriminalität« trug, bedroht wurde ...

3.3 Die Grenze

Über die Sommermonate schien auch der öffentliche Ausländerdiskurs auf Urlaub gegangen zu sein. Ins Land geholt wurde er wieder von der SPÖ. Ende August 1990 stellte Innenminister Löschnak fest: »Die Grenzsicherung entspricht nicht mehr dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung« (Kurier, 25.8.1990), weshalb das österreichische Bundesheer zur Sicherung der österreichischen Ostgrenze vor einströmenden Flüchtlingen abkommandiert wurde. Der Assistenzeinsatz des Bundesheeres kostete seither pro Jahr rund eine Milliarde Schilling. Bis Ende 1993 wurden etwa 19.000 Illegale von den Bundesheereinheiten aufgegriffen und wieder nach Ungarn zurückgewiesen. Setzt man beide Zahlen zueinander in Relation, so kostete ein abgefangener Flüchtling 150.000.– Schilling.⁸⁷

Mit dem Assistenzeinsatz des Bundesheeres beschloß der Ministerrat auch die Einführung der Visumpflicht für Polen. Die zeitliche Nähe beider Maßnahmen zur Nationalratswahl war kein Zufall. Wissenschaftsminister Busek strich den Zusammenhang unverblümt heraus: »Wenn nicht Wahlkampf wäre, hätte er nicht zugestimmt« (Standard, 5.9.1990). Assistenzeinsatz und Visumpflicht waren populär und wurden von über 80% der Wahlberechtigten befürwortet.⁸⁸ Gerade die SPÖ versuchte kurz vor den Wahlen noch einmal, potentiellen Wählern ihre harte Haltung in der »Ausländerfrage« vor Augen zu führen, während die Volkspartei eher gleichgültig im Ministerrat die Verordnungen mitbeschloß. Das Interesse der ÖVP lag vor allem darin, die Grenzsicherung vom österreichischen Bundesheer besorgen zu lassen. Mit dem Ende des Kalten Krieges hatte das Bundesheer mit einem Schlag seinen äußeren Feind verloren, wodurch zwangsweise die Frage nach der Sinnhaftigkeit des österreichischen Bundesheeres auf die Agenda gesetzt wurde. Zum zweiten war Verteidigungsminister Lichal durch eine undurchsichtige Provisionsaffäre ins Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik geraten. Die Sicherung der österreichischen Staatsgrenze vor ausländischen Einwanderern schien ein geeignetes Instrument zu sein, das Vertrauen der Bevölkerung in das Bundesheer wieder zu erhöhen und die Existenz eines Milizheeres als sinnvoll und nützlich darzustellen.

3.4 Die Kriminalität

Mit der 1988 erfolgten Aufhebung der wechselseitigen Visumpflicht zwischen Österreich, Polen und Ungarn setzte ein in beide Richtungen laufender Einkaufs- und Besichtigungstourismus ein. Mit der Öffnung des Eisernen Vorhangs standen diese Möglichkeiten auch den Bürgern der anderen Oststaaten offen.

Im Gegensatz zu den Westtouristen, leisteten die Osttouristen nur einen geringeren Beitrag zum österreichischen Bruttosozialprodukt, was Anfang 1990 noch nicht negativ bewertet wurde. Die NKZ etwa meinte, daß »es ... eine wunderbare Chance (ist), die Österreich da hat.

⁸⁷ vgl. Parnreiter, 1994, 175.

⁸⁸ vgl. Plasser/Ullram, 1991, 317.

Den Menschen ›Land und Leute‹ nahe zu bringen, zu zeigen, wie Freiheit ein Land erblühen läßt – und echt gastfreundlich sein« (NKZ, 12.2.90). Diese Stimmung änderte sich mit »Kaisersteinbruch«. Mit den Osttouristen wurde der Ausländerdiskurs auf eine neue Gruppe von Ausländern ausgedehnt. Im Gegensatz zum Flüchtlingsdiskurs, der in ganz Österreich geführt wurde, konzentrierte sich der Osttouristendiskurs auf die östlichen Bundesländer. Das Faktum, daß die Osttouristen in Österreich Waren und Dienstleistungen kauften, schützte sie nicht davor, wie zuvor die Flüchtlinge, abgewertet und kriminalisiert zu werden. Dabei wurden im Prinzip dieselben Stereotypen verwendet wie sie schon im Flüchtlingsdiskurs zu finden waren, allerdings waren sie anders codiert: die Zahl der Osttouristen wurde vornehmlich unter »Verkehrsproblemen« abgehandelt; als »Kriminaltouristen« und »Illegale« wurden sie kriminalisiert und Wohlfahrtschauvinisten fanden ihre Ängste im »Schwarzarbeiterdiskurs« bestätigt.

Als Einstieg in den Osttouristendiskurs fungierte allerdings der »Schwarzmarkt«. Der Diskurs um den »Polenschwarzmarkt« in Wien, der sich seit 1988 am Wiener Mexikoplatz etabliert hatte,⁸⁹ stellte den unmittelbaren Nachfolger des abklingenden »Kaisersteinbruch-Diskurses« dar. Er entstand zunächst als Produkt einer Achse Innenministerium – NKZ – Wiener Bürgermeister, an die sich der Kurier anschloß, während der Standard das Thema völlig negierte.

Auslösender Moment war ein Zitat des Kabinettschefs des Innenministers, Matzka, der die Befürchtung äußerte, daß »wir bald 500.000 Ausländer bei uns haben« (NKZ, 23.3.90) werden. Wiens Bürgermeister Zilk bezog diese Zahl auf Osttouristen und argumentierte, daß die Einführung der Visumpflicht für Polen die letzte mögliche Maßnahme gegen den Schwarzmarkt sei, der eine »arge Belastung der Bevölkerung« darstelle (NKZ, 23.3.90). Am selben Tag setzte sich die NKZ in einem Artikel im Chronikteil mit den »unhaltbaren Zuständen« am Wiener Mexikoplatz auseinander. Die Reaktion der Polizei erfolgte prompt. Die Kontrollen wurden verstärkt und der bislang am Mexikoplatz angesiedelte Schwarzmarkt wich in eine Gegend aus, wo mit geringeren Anrainerprotesten zu rechnen war. Das pragmatische Vorgehen der Polizei und des Marktamtes, die den Schwarzmarkt danach nur mehr sporadisch kontrollierten, erscheint angesichts des geringen volkswirtschaftlichen Schadens und der hohen Personalkosten (Überstunden, Wochendzulagen etc.) durchaus angemessen. In Interviews gaben Kontrolleure des Marktamtes und Polizisten an, daß sie wegen der Armut der Händler und wegen der geringen Erfolgsquoten am liebsten Großzügigkeit walten lassen würden, daß der Druck von Medien und Anrainer sie jedoch dazu zwingen würde, die Rechtsnormen durchzusetzen.⁹⁰ Nach der Absiedelung des Schwarzmarktes ließen es NKZ und Kurier dabei bewenden.⁹¹

89 vgl. Wodak/Matouschek/Januschek, 1993, 47.

90 vgl. Karazman-Morawetz/Pilgram, 1993, 151–152.

91 vgl. Tabellen 11 und 12

Exakt 131 Tage vor der Nationalratswahl fachte die SPÖ den Schwarzmarktdiskurs erneut an. SPÖ-Zentralsekretär Cap forderte ein »*Einreisevisum für Polen und Tschechen*« (Standard, 1.6.90), um den Schwarzmarkt in Wien auszutrocknen. Wenig später sah es Bundeskanzler Vranitzky als nicht mehr vertretbar an, mit der Einführung der Visumpflicht bis November zu warten (Standard, 6.6.90). Tags darauf brachte die FPÖ einen Fristsetzungsantrag zur Einführung der Visumpflicht für Polen im Parlament ein. Auch der Bundeskanzler meldete sich in dieser Causa noch einmal zu Wort und stellte fest, daß »*wir ... keine Salami-, Schnaps- und Zigarettenhändler auf unseren Straßen (brauchen)*« (Standard, 12.6.1990). Direkter Ausfluß des Diskurses war, wie schon im März, das Anwerfen der Polizeimaschinerie; mit der Visumpflicht für Polen wurde jedoch bis zum 5. September 1990 zugewartet. Die Visumpflicht hätte nicht nur beim bevorstehenden Staatsbesuch des Bundeskanzlers in Polen für eine unschöne Optik gesorgt, sondern man wollte sich außerdem diese publikumswirksame Maßnahme⁹² wohl für den Intensivwahlkampf aufheben.

Im Flüchtlingsdiskurs hatte die politische Elite noch versucht, die durch die Zahl, Kosten, Aufteilung etc. entstandenen »Probleme« hervorstreichend, sodaß in ihren Äußerungen semantische Informationen den Ton angaben. Fragen der Interpretation des Problems und ihrer Lösungsmöglichkeiten standen im Vordergrund. Im Osttouristendiskurs verschob sich das Schwergewicht der Aussagen auf die ästhetische Information.⁹³ Der kognitive Botschaft der oben zitierten Aussage des Bundeskanzlers etwa zielte darauf ab, in der Bevölkerung die emotionale Haltung gegenüber den Osttouristen zu verändern. Der Satz des Bundeskanzlers transportierte keine inhaltliche, aber eine eindeutige politische Information.

Daß ein Phänomen wie der »Polenschwarzmarkt« einen derart kraftvollen Diskurs hervorbringen konnte, erscheint auf dem ersten Blick wenig verständlich. Was über den Flüchtlingsdiskurs gesagt wurde, gilt in stärkerem Ausmaß für den Schwarzmarktdiskurs: er stellt – sieht man von den Anrainern ab – ein konstruiertes Problem dar. Die Kosten für die Überwachung des Schwarzmarktes waren volkswirtschaftlich teurer als der daraus resultierende Nutzen. Trotzdem wurde der Schwarzmarkt zum Objekt zweier Wellen von xenophoben Diskursen. Im März benützte die NKZ den »Mexikoplatz«, um das Ausländerthema am Kochen zu halten, als das Interesse an »Kaisersteinbruch« erlahmte.

Im Juni diente der Schwarzmarkt der SPÖ, um deutliche Signale an die Kernwählerschichten in Wien abzuschicken. Der »Schwarzmarkt« schien sich nach Meinung der SPÖ-Strategen dafür zu eignen, die von der Politik der Wiener SPÖ verunsicherten Kernwählerschichten in Hinblick auf die Wahlen im Oktober zu beschwichtigen. Die Wiener SPÖ hatte in den späten 80er Jahren eine teilweise progressive Ausländerpolitik verfolgt (z.B. kommunales Wahlrecht, Wohnbeihilfe für Ausländer). Mit der Öffnung der Grenzen sah vor allem Planungsstadtrat

92 Im Juni 1990 waren 77% für und 23% gegen die Einführung einer Visumpflicht für polnische Staatsbürger. Vgl. Plasser/Ullram, 1991, 316.

93 zur Unterscheidung von semantischer und ästhetischer Information, vgl. Edelman, 1990, 96–97

Swoboda die Chance, nach jahrzehntelanger demographischer Stagnation in Wien, den Trend durch die Förderung der Ansiedlung von Ausländern umzukehren. Dem Zentralsekretariat der SPÖ schien diese Linie angesichts der bevorstehenden Nationalratswahlen als wenig erfolgversprechend, sodaß die SPÖ zeitgerecht vor den Sommerferien mit eindeutigen Aussagen eine Neupositionierung in der »Ausländerfrage« vornahm. Indem die SPÖ den Schwarzmarkt zu einem Problem der öffentlichen Sicherheit machte, durfte sie angesichts des vorprogrammierten Erfolgs der Polizei darauf hoffen, ihre Imagewerte in den issues »Ausländer« und »Sicherheit« zu verbessern, ohne damit die Ansiedlungspolitik Swobodas zu stören.

Der Schwarzmarktdiskurs alleine wäre wohl zu schwach gewesen, jene Intensität zu entwickeln, es bedurfte der Verbindung mit dem Sicherheitsdiskurs. Die ungenügende Schlagkraft des Schwarzmarktthemas dürfte auch SPÖ-Zentralsekretär Cap bewußt gewesen sein, denn er verknüpfte den von der SPÖ Anfang Juni erneut losgetretenen Schwarzmarktdiskurs mit der Ausländerkriminalität: *»Von den Polen würde nicht nur der Schwarzmarkt beliefert, sondern bei ihnen sei auch die höchste Kriminalitätsrate zu verzeichnen«* (J.Cap, NKZ, 1.6.90).

Mit der Kriminalisierung von Flüchtlingen hatte der Sicherheitsdiskurs seinen Anfang genommen, in beiden Wellen des Schwarzmarktdiskurses diente er zur Unterstützung. Der Diskurs über die Arbeitsbewilligungen für Flüchtlinge hatte den Sicherheitsdiskurs dominant gemacht. Der im Juni aufblühende Kriminaltouristendiskurs stellte insofern eine Novität dar, als in ihm erstmals die innere Sicherheit isoliert angesprochen wurde, während dies zuvor immer im Zusammenhang mit anderen Themen geschah. Für die steigende Kriminalität nach der Ostöffnung wurden pauschal die »Osttouristen« verantwortlich gemacht. Der erleichterte Grenzübertritt führte, wie es der FPÖ-Bundesgeschäftsführer formulierte, zur *»Hochsaison für Kriminaltouristen«* (G.Rumpold, Standard, 25.4.90).

Der Begriff »Kriminaltourismus« tauchte erstmals im September 1989 in den österreichischen Printmedien auf. Ausdrücklich wurde bei der Ersterwähnung im Kurier auf einen Artikel in der Fachzeitschrift »Der Kriminalbeamte« Bezug genommen, in dem der Autor die liberalen Rechtsreformen, die einseitig die Täter begünstigen, sowie besagten »Kriminaltourismus« für die »explosionsartige Steigerung« der Kriminalität verantwortlich machte.⁹⁴ Wurde der Begriff im Herbst 1989 noch unter Anführungszeichen gebraucht, so waren im Juni 1990, als der Kriminaltourismuskurs seinen Höhepunkt erreichte, diese einfachen Instrumente der Distanzierung aus den Zeitungstexten verschwunden. Anders als etwa der »Schwarzmarktdiskurs«, dessen zeitliches Aufkommen ebenso genau markiert werden kann wie die Personen, die ihn auslösten, ist dies beim Kriminaltourismuskurs nicht möglich.

94 vgl. Dearing, 1993, 182.

Der Kriminaltourismuskurs konnte sich zu einem Dauerthema entwickeln, als unter diesem Begriff zwei verschiedene Phänomene subsumiert wurden: Kleinkriminalität und organisierte Kriminalität. Der Diskurs setzte organisierte Banden- und Kleinkriminalität ein und lastete beide den Osttouristen an. Vor allem in der Haltung der SPÖ kam dies zum Ausdruck. Ihr Lösungsvorschlag für die ansteigende Kriminalität bestand in der Wiedereinführung der Visumpflicht für Osteuropäer, im speziellen für polnische Staatsbürger. So forderte Zentralsekretär Cap die Visumpflicht für Polen und Tschechen (1.6.), während sie Bundeskanzler Vranitzky auf Polen beschränken wollte (6.6), was wiederum FPÖ-Obmann Haider zu wenig war, der sie auf alle Osteuropäer ausdehnen wollte (8.6.)

Die Forderungen von SPÖ und FPÖ nach Einführung der Visumpflicht hätte ausschließlich die Osttouristen getroffen. Als Mittel zur Bekämpfung der Bandenkriminalität ist die Visumpflicht jedoch ungeeignet. Professionell organisierte Verbrecherbanden werden von Reisepässen, Dokumenten, Visa etc. in ihrer Tätigkeit kaum einschränkt; ihnen stehen die Ressourcen zur Verfügung, sich diese nach Bedarf zu produzieren. Im Gegensatz zu SPÖ und FPÖ lehnte die Volkspartei die Einführung der Visumpflicht ab, und forderte stattdessen die »*strengere Auslegung der bestehenden Gesetze*« und gegen »*Kriminaltourismus, Schwarzarbeit und Schwarzhandel*« (H.Kukacka, Kurier, 16.6.90). So sollte man nach Meinung des Klubobmanns der ÖVP »*Abschiebung und Aufenthaltsverbote viel rigoroser als bisher ... verhängen*« (F. König, NKZ, 12.6.90), wovon wiederum die organisierte Kriminalität wenig betroffen gewesen wäre.

Der Sicherheitsdiskurs weist eine merkwürdige Problemwahrnehmung auf. Die Gruppe der Osttouristen wurde kriminalisiert, während das organisierte Bandenwesen kaum im Diskurs vorkam. Die Kriminalisierung der Osttouristen konnte darauf aufbauen, daß in der euphorischen Phase nach der Grenzöffnung diese Gruppe mit Eigenschaften belegt wurde (arm, staunend etc.), die sowohl für eine positive wie auch negative Bewertung offenstanden. Nachdem sich die Stereotypen verfestigt hatten, brauchten – wie schon zuvor im Flüchtlingsdiskurs – die Vorzeichen nur umgedreht zu werden, um für einen anderen Diskurs verwendbar zu sein. Diese Vertrautheit mit dem konstruierten Bild der Osttouristen dürfte ebenso wie ihre Sichtbarkeit im Straßenbild mit dazu beigetragen haben, daß sich der Diskurs an der Kategorie der Osttouristen aufhängte. Zudem wäre es für die SPÖ und ihren Innenminister unklug gewesen, mit dem organisierten Bandenwesen einen Problembereich zu thematisieren, in dem die Polizei wenig erfolgreich war. Die Konzentration auf die Osttouristen machte es einfacher, eine Erfolgsbilanz vorzuweisen.

Daß die Ausländerkriminalität gerade 1990 in den Blickwinkel der Öffentlichkeit geriet, ist wenig überraschend. Ausländerkriminalität wird dann zu einem besonderen Problem, wenn die Ausländerpolitik (Beschäftigungs- und Einwanderungspolitik etc.) als Ganzes umstritten ist. Der Diskurs über Ausländerkriminalität wird dabei auch dort, wo sachlich und

unvoreingenommen argumentiert wird, auf einem Niveau geführt, das der Komplexität des Themas kaum entspricht.

- 1) Dem Begriff der Ausländerkriminalität wohnt ein wenig beachteter »subtiler Diskriminierungsmechanismus«⁹⁵ inne. Sie erscheint als Spezialfall – ähnlich wie die Kriminalität Jugendlicher oder von Frauen, da diese besonders irritierend für die bestehende Ordnung wirken. Während inländischen, erwachsenen Männer zugestanden wird, vor dem Strafgesetz zu versagen, spiegelt der Diskurs über die Kriminalität dieser Gruppen die Auseinandersetzung um die Beziehungen zwischen den Geschlechtern, Generationen und Gemeinschaften wider. Selbst eine wissenschaftliche Betrachtung der Ausländerkriminalität basiert somit a priori auf dem herausgehobenen Status einer Sondergruppe und trägt zur Kriminalisierung dieser Sondergruppe bei.⁹⁶
- 2) Der steigenden Kriminalitätsrate einer sozialen Gruppe geht meist die gesellschaftliche Kriminalisierung dieser Gruppe voraus. Die steigende Kriminalitätsrate einer Subgruppe korrespondiert mit ihrer geänderten gesellschaftlichen Wahrnehmung. Gesellschaftliche Krisen bringen üblicherweise auch »Kriminalitätsrekorde« mit sich, wobei diese zu beträchtlichen Teilen aus einem steigenden Anzeigenverhalten resultieren. So kam es etwa im Zuge der Jugendbewegung ab Ende der 60er Jahre zum massiven Anstieg der Jugendkriminalitätsrate, der als Reflex auf die sozialen Auseinandersetzungen zu sehen ist. Nach deren Abflauen gingen Kriminalisierung und Kriminalitätsrate der Jugend wieder stark zurück.⁹⁷
- 3) Statistiken der In- und Ausländerkriminalität können nicht einfach einander gegenübergestellt werden, da sie den unterschiedlich hohen Männeranteil nicht berücksichtigen. Ein Beispiel aus dem Jahr 1981 soll dies illustrieren: in diesem Jahr lag die Kriminalitätsbelastung⁹⁸ der Gesamtbevölkerung bei 4.800, bei jugoslawischen und türkischen Gastarbeitern bei 4.900, womit die statistisch gerechtfertigte Schlußfolgerung gezogen werden kann, daß Ausländer krimineller als Inländer sind. Zieht man jedoch nur die Männer heran, so zeigt dieselbe Statistik ein anderes Bild. Die Kriminalitätsbelastung aller in Österreich lebenden Männer lag bei rund 8.000, während die der Gastarbeiter bei 6.700 lag, womit der gegensätzliche Schluß gezogen werden muß.⁹⁹
- 4) Inländische und ausländische Wohnbevölkerung haben nicht dieselbe Alters-, Geschlechts- und Einkommensstruktur. Da jedoch die Kriminalitätsbelastung signifikante Unterschiede zwischen den Geschlechtern, Generationen und Einkommensschichten aufweist (Männer,

95 vgl. Pilgram, 1993, 17–18.

96 vgl. Pilgram, 1992, 174–175.

97 vgl. ebd. 185–187.

98 Die Kriminalitätsbelastung drückt die Zahl der nach der STPO verurteilten Täter pro 100.000 Einwohner aus.

99 vgl. Pilgram, 1986, 357.

Jüngere und Ärmere haben eine vergleichsweise höhere Kriminalitätsbelastung) hat dies auch Rückwirkungen auf die Ausländerkriminalität. »Würde die österreichische Bevölkerung allein im Alter- und Geschlechtsaufbau der Ausländerbevölkerung im Lande gleichen, wäre eine um rund 40 Prozent höhere Kriminalitätsbelastung der Inländer die Folge.«¹⁰⁰ Das Merkmal »Ausländer« ist somit *kein* Kriminalitätsrisikofaktor.

Behält man diese grundsätzlichen Einwände im Kopf, lassen sich über die Kriminalität der ausländischen Wohnbevölkerung in Österreich folgende zusammenfassende Aussagen machen:¹⁰¹

1. Die durchschnittliche Kriminalitätsbelastung ist bei Ausländern geringer als bei Österreichern. Es läßt sich auch kein signifikant größeres Risiko bei Jugendlichen und nichterwerbstätigen Angehörigen von Ausländern feststellen.
2. Die Kriminalitätsbelastung der Ausländer erreichte ihren Höhepunkt in den frühen 70er Jahren und fiel seither stark ab, um Ende der 80er Jahre erneut anzusteigen.
3. Mit der Ausnahme Ladendiebstahl sind Ausländer im Bereich der Vermögensdelikte weniger oft Gegenstand polizeilicher Ermittlungen als Inländer, was u. U. darauf zurückzuführen ist, daß Migranten, die in der Regel ihre wirtschaftliche Existenz über Arbeit und Einkommen aufbauen wollen, Eigentumsnormen eher akzeptieren.
4. Gewaltdelikte sind bei Gastarbeitern häufiger, was damit zusammenhängen dürfte, daß sie in einer fremden Welt mangels gesellschaftlicher Achtung versuchen, Statusbedrohungen mit inadäquater Gewalt zu beantworten.¹⁰²

Eine Ausnahme stellt der Ladendiebstahl dar. Hier sind Ausländer, vor allem Osttouristen, tatsächlich überproportional vertreten. Das Strafdelikt Ladendiebstahl weist seit Mitte der 70er Jahre kontinuierliche Steigerungen auf, die vor allem auf Rationalisierungsmaßnahmen im Handel zurückzuführen sind, die die Zahl des pro Verkaufseinheit tätigen und überwachenden Personals stark reduzierte. Die Steigerungsrate zwischen 1987 und 1991 paßte sich dem Trend an. Was jedoch ins Auge fällt, ist der sprunghafte Anstieg der Ladendiebstähle zwischen 1989 und 1990, der sich auf Wien, Niederösterreich und das Burgenland konzentrierte. Der gesamtösterreichische Anstieg der gemeldeten Ladendiebstähle zwischen 1988 und 1990 (+4761) ist zu beinahe 90% auf das gesteigerte Anzeigenvolumen in diesen drei Bundesländern

100 Pilgram, 1992, 177.

101 vgl. Pilgram, 1986, 363–365. – Hanak, 1993.

102 vgl. Steinert, 1993, 78.

zurückzuführen (+4147). Mit der Zunahme der Ladendiebstähle stieg auch der Anteil der Ausländer an den Tatverdächtigen, der sich zwischen 1988 und 1990 verdoppelte.¹⁰³

Die Touristen aus den ehemaligen Ostblockstaaten waren weiters dem Vorwurf ausgesetzt, den Ladendiebstahl organisiert zu betreiben. Tatsächlich läßt sich in der offiziellen Kriminalstatistik feststellen, daß der § 130 StPO (gewerbsmäßiger Bandendiebstahl) seit 1989 wesentlich häufiger Anwendung fand. Nach einer Novelle der StPO vom August 1990 konnten Ladendiebstähle sofort verhandelt werden; beging der Ladendieb jedoch seinen Diebstahl außerhalb der gerichtlichen Amtsstunden, also etwa am späten Nachmittag oder am Samstag, mußte er freigelassen werden. Um dies zu verhindern, griff die Polizei auf § 130 StPO zurück, der es ermöglichte, den Ladendieb länger festzuhalten.¹⁰⁴

Trotz der Verdoppelung des Ausländeranteils an den Ladendieben entsprachen die Steigerungsraten der Ladendiebstähle zwischen 1987 und 1991 (+32%) denen der vorangegangenen Vergleichszeiträume. Anders als in den Vierjahresabständen zuvor, geht der Anstieg seit 1987 fast ausschließlich auf das Konto von Ausländern. Doch nicht nur das: die stark ansteigende Zahl ausländischer Ladendiebe kompensierte den Rückgang inländischer Ladendiebe bei weitem. Österreichweit ging die absolute Anzahl der inländischen Ladendiebe zwischen 1988 und 1990 um rund 2.000 zurück: allein in Wien wurden 1990 rund 600 Inländer weniger wegen Ladendiebstahls angezeigt. Waren die Österreicher und Österreicherinnen, zumindest was das »Kavaliersdelikt« Ladendiebstähle betrifft, »braver« geworden?

Ein solcher trendumkehrender Läuterungsprozeß der österreichischen Konsumenten erscheint trotz Aufklärungs- bzw. Abschreckungskampagnen der Handelskonzerne und trotz verbesserter Überwachungstechniken wenig plausibel. Viel wahrscheinlicher ist anzunehmen, daß der gestiegene Anteil ausländischer bzw. der Rückgang österreichischer Ladendiebe auf geänderte Gewohnheiten des Verkaufspersonals zurückzuführen ist. So dürfte es üblich sein, gegen Ausländer generell Anzeige zu erstatten, während man es Inländern eher erspart.¹⁰⁵ Ausländer, sofern sie als solche zu erkennen waren, dürften sich zudies einer speziellen Aufmerksamkeit des Personals erfreut haben. Die Konzentration auf ausländische Kunden führte daher zu einer strukturellen Vernachlässigung der Inländer, die diesen im konkreten Fall wohl nicht ungelegen kommen dürfte. Eine oben zitierte kriminalsoziologische Weisheit wurde somit wieder einmal bestätigt: die Kriminalisierung einer Gruppe steigert auch deren (statistische) Kriminalität.

Wie sehr der Sicherheitsaspekt 1990 alle anderen Bereiche in den Schatten stellte, läßt sich auch an der Verwendung der Kategorien »Schwarzarbeiter« und »Illegaler« ablesen. Schon ein Blick auf die Häufigkeitstabellen zeigt, daß vornehmlich ein Diskurs über »Illegale« geführt wurde. »Illegaler« wurden doppelt so häufig verwendet wie »Schwarzarbeiter«. Trotz inhaltlicher

103 vgl. Tabellen 14 und 15.

104 vgl. ebd. 188–189.

105 vgl. Dearing, 1993, 192.

Überschneidungen sind sie auf unterschiedlichen Ebenen beheimatet. Der Begriff des »Schwarzarbeiters« beschreibt ein Arbeitsverhältnis, der Begriff des »Illegalen« stellt eine rechtliche Kategorie dar. Die Einschätzung des »Schwarzarbeiters« ist ambivalent: einerseits schädigt seine Tätigkeit den Staat und schafft eine Verzerrung des Wettbewerbs, andererseits erspart sich der Schwarzarbeitgeber erhebliche Kosten. Dem volkswirtschaftlichen Schaden zum Trotz ist der Wert des »Schwarzarbeiters« für den privaten Schwarzarbeitgeber unbestritten. Der Illegale hingegen ist funktionslos: er stellt ausschließlich einen Gesetzesbruch und damit ein Sicherheitsrisiko dar. Der Illegale ist der funktionslos, unbekannt und unkontrolliert im Staat Lebende. Illegale werden daher auch in den Medien meist als anonyme Masse beschrieben. Für den einzelnen Illegalen, dessen Namen, Herkunftsland und Aufenthaltsdauer man kennt, wird bezeichnenderweise dieser Begriff selten gebraucht. Ein namentlich bekannter Illegaler scheint seinen Schrecken verloren zu haben; er gilt als »Schwarzarbeiter«, »illegaler Arbeiter« oder als »U-Boot«.

4. Zur Codierung von Ausländerfeindlichkeit

Ausländerfeindliche Diskurse entwerfen das Bild zweier Gruppen, die durch eine konstruierte Grenze voneinander getrennt sind. Jeder Gruppe werden bestimmte Eigenschaften zugeschrieben, wobei die in-group mit positiven Attributen, die out-group hingegen mit negativen Merkmalen bedacht wird. Die Grenzziehung geschieht willkürlich und betrifft nicht alle Ausländer im gleichen Maße. Ausländer, die dieselbe Sprache sprechen, denselben Teint der Haut aufweisen oder demselben »Kulturkreis« angehören (sollen), finden meist Aufnahme in der in-group.

Die Innenwelten der Wir- und Sie Gruppe werden mit metaphorischen und allegorischen Symbolen ausgestaltet, wobei Gegensatzpaare in Form eines binären Codes gebildet werden. Die »Wir-Welt« ist eine Oase der Sicherheit und Ordnung, während die »Sie-Welt« ein Bild des Chaos und der Unsicherheit darstellt:¹⁰⁶

Boot	–	Meer (rauh, stürmisch,)
Insel	–	–”–
Haus	–	Eindringling, unerwünschter Gast
Damm	–	Flut, Welle, Überschwemmung
Körper	–	Krankheiten, Bazillus, Gift

Dieser binäre Code kann auch umgedreht werden. Ausländer bekommen durch ihnen zugeschriebene exotische, fast immer im Bereich der nonverbalen Kommunikation liegenden Fähigkeiten, sei es im Kochen, im Tanzen oder in der Sexualität, eine positive Bewertung,

106 vgl. Link, 1993, 338.

während die eigene in-group negativ beschrieben wird. Die Konstruktion von Differenz bleibt jedoch bestehen.¹⁰⁷ Stereotypen ersetzen hier wie dort die Realität.

Die wiederholte Verwendung der Begriffe dient dazu, die Bedrohung durch Ausländer Wirklichkeit werden zu lassen. Indem die negativen Phantasien konkretisiert werden, werden sie für den Einzelnen verständlich. Da die Begriffe allesamt aus der Alltagspraxis stammen, führt dies meist dazu, daß sie unhinterfragt bleiben. K.Theweleit machte darauf aufmerksam, daß die negativen Affekte wie Angst, Ekel, Haß etc. in bezug auf die (ungeordnete) Masse auf den eigenen Körper zu beziehen sind. »Das öffentliche Erscheinen (von) ... Massen ist eine Folge von Dambrüchen. Es bedroht auch die eigenen Dämme, als bräche die Körpergrenze der Männer durch den ›Einfluß‹ der äußeren Massen zusammen; die eigene innere Masse ›zerfließt‹ in die äußere – die äußere wird zur Verkörperung des ausgebrochenen eigenen Inneren. Der Mann wird ›überschwemmt‹.«¹⁰⁸

Im Alltag werden Ausländer von den Inländern üblicherweise als einzelne Individuen oder als Kleingruppen wahrgenommen. Als Einzelpersonen, als Familie etc. werden Ausländer kaum als gefährlich oder bedrohlich angesehen. Die »Flut«-Metaphern dienen dazu, den einzelnen Ausländer zu entsubjektivieren und ihn zum Bestandteil einer umfassenden Gefahr zu machen: einer »Flut«, einer »Überschwemmung« etc.

4.1 Der offen fremdenfeindliche Diskurs

Der offen ausländerfeindliche Diskurs entzieht sich den Mühen, die eine oberflächliche Differenzierung und eine Verschleierung der eigenen Ansichten mit sich bringen. Die im Diskurs offen zu Tage tretende Fremdenfeindlichkeit basiert zum wesentlichen Teil auf Vorurteilen, also auf verfestigten, immobilen kognitiven Konzepten, die zur Verarbeitung von Informationen dienen. Das Wahrgenommene wird durch das Altbekannte strukturiert und Neues in vorhandene Kategorien eingeordnet.

Über diese psychologische Funktion hinaus dient der fremdenfeindliche Diskurs zur Gruppenstabilisierung. Indem der in-group eine fremde out-group gegenübergestellt wird, lassen sich Interessengegensätze in der in-group überdecken. Dies macht den fremdenfeindlichen Diskurs – ob offen oder nicht – besonders geeignet zur Instrumentalisierung durch die Politik.¹⁰⁹

Diskurse über Minderheiten entwickeln sich um drei Hauptmotive herum:

107 vgl. Hall, 1989, 919–921.

108 Theweleit, 1987, 8.

109 vgl. Wodak/Matouschek/Januschek, 1993, 14–17.

Differenz

Ethnozentristische Diskurse stellen den Begriff der »Kultur« und der »kulturellen Differenz« in den Mittelpunkt. Da Ausländer nicht zum indigenen Volk gehören, das als »natürliche Gemeinschaft, durch Abstammung und geschichtliche Entwicklung verbunden ... (eine) gemeinsame Sprache und Kultur entwickelt und ... gemeinsame Wesenszüge« aufweist,¹¹⁰ besitzen sie eine eigene Identität und eine eigene Heimat, in der sie auch bleiben sollten. Es sollte u.a. auch der Grundsatz gelten, daß »grundsätzlich und soweit wie möglich der Betrieb zum Arbeiter wandern soll und nicht umgekehrt.«¹¹¹

Der Ausländerdiskurs 1990 konzentrierte sich noch zu stark auf den Flüchtlingsbegriff, als daß eine umfassende Diskussion über kulturelle Differenz geführt wurde. Die nun angeführten Beispiele sind daher in erster Linie für das Jahr 1990 repräsentativ.

a) »Ausländer kommen in Massen, sie besitzen keine eigene Individualität«

Die Entsubjektivierung des Fremden gehört – wie bereits oben beschrieben – zu den wohl wichtigsten Stereotypen der Ausländerfeindlichkeit. Erst die Entindividualisierung ermöglicht jene Wir-Sie Diskurse, die für eine ausländerfeindliche Argumentation so wichtig sind.

»Endlose Kolonnen von Autobussen und PKW's polnischer Provenienz. ... Dann quillt es heraus. Zunächst Männlein und Weiblein aus Bussen und Autos« (NKZ, 3.4.1990).

Deutlich kommt in diesen drei Sätzen die Verachtung der Massen durch den Autor M.Janee zum Ausdruck. Die Massen rufen Angst hervor, Begrenzungen zählen nicht mehr: alles fließt: die Kolonnen sind *endlos*, Touristen *quellen* aus Bussen. Keine Männer und Frauen sind nach Österreich gekommen, sondern nur mindere Kreaturen: *Männlein* und *Weiblein*.

b) »Ausländer stören durch ihre Anwesenheit die gewohnte Ordnung«

Durch die Aufhebung der Visumpflicht für ungarische und polnische Staatsbürger im Jahr 1988 wurde es für Bürger beider Staaten einfacher in Österreich einzukaufen. Seit dieser Zeit etablierte sich ein öffentlicher Diskurs, der an der bloßen Anwesenheit von Osttouristen ansetzte (»Magyarhilferstraße«).¹¹²

»Wir brauchen keine Salami-, Schnaps- und Zigarettenhändler auf unseren Straßen« (F.Vranitzky, Standard, 12.6.1990).

110 Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs, 1985, 3/14.

111 Villacher Deklaration der FPÖ, 1988, III.

112 vgl. ebd. 44–45.

Der Bundeskanzler thematisiert weder eine von Schwarzhändlern ausgehende Gefahr noch den durch sie entstehenden volkswirtschaftlichen Schaden. Der eigentliche Schwerpunkt liegt wohl auf den letzten drei Worten des Satzes *»auf unseren Straßen.«* Ausländische Schwarzhändler sind nur so lange ein Problem, solange sie in der Öffentlichkeit zu sehen sind.¹¹³

»Es handelt sich hier um Leute aus Ländern, denen man die Abstammung ansieht und man fürchtet dadurch Rückgänge im Rahmen des Fremdenverkehrs« (J. Ratzenböck, Standard, 10.3.1990).

Wie bei der Aussage des Bundeskanzlers, wird allein die Anwesenheit von Flüchtlingen, die offensichtlich nicht zum Kulturkreis des Traungaus gehören, zum Problem gemacht.

c) »Ausländer haben eine andere, niedrigere Kultur«

Die Darstellung von Fremden als kulturell minderwertige Wesen gehört zum Standardrepertoire jedes ethnozentristischen Diskurses. Durch die Fixierung auf den Flüchtling sind Beispiele für die Darstellung der kulturellen Minderwertigkeit der Osteuropäer nur vereinzelt zu finden:

»Auf Autobahnraststätten campieren ganze Familien. Dort sieht man die ökosoziale Unterbringung« (P.Marizzi, Kurier, 8.9.1990).

Osteuropäische Touristen machen nicht wie ihre westeuropäischen Artgenossen auf Autobahnstationen Rast, um sich vom Streß des Autofahrens zu erholen. Sie *campieren* dort wie Nomaden mit der *ganzen Familie*, ohne sich um den Dreck zu kümmern, den sie zurücklassen. Während Marizzi noch verklausuliert Ausländer mit Schmutz und Dreck in Zusammenhang bringt, sind NKZ und Kurier direkter:

»Im angrenzenden Gemeindebau ... verrichten Unbekannte ihre Notdurft in Kellern und Grünanlagen« (P.Gnam, NKZ, 9.9.90).

Im Rahmen der Berichterstattung über eine Protestaktion von Asylwerbern gegen die im Flüchtlingslager Traiskirchen herrschenden hygienischen Zustände, beschäftigte sich der Kurier in einer Reportage mit diesem Thema, dessen Titel stark an einen Ausflug erinnert (»Ein Tag im Flüchtlingslager Traiskirchen«):

»Die Gänge sind riesige Schlafzimmer. Deshalb schlafen 2219 Frauen, Männer und Kinder bunt gemischt.... Am Boden liegen Billa-Sackerl, Blechnäpfe, Orangenschalen, Klopapierrollen. An den Wänden Aufschriften: »Go West«. ... Die Luft riecht nach Schweiß

¹¹³ Als durch gemeinsame Aktionen der Schwarzmarkt vom Mexikoplatz auf das relativ unbewohnte Gebiet des Messegeländes abgedrängt wurde, verschwand das Thema aus den Zeitungen. Vgl. Karazman-Morawetz/Pigram, 1993, 152.

und Essen. Im Auffanglager sitzen die Flüchtlinge zusammengepfercht auf ihren Reisetaschen oder direkt auf dem Boden, der alle paar Stunden desinfiziert wird« (Kurier, 14.3.90).

Obwohl der Kurier in derselben Ausgabe von den unwürdigen Verhältnissen schreibt, unter den die Asylwerber zu leben haben, drückt der Autor durch seine Wortwahl seinen Ekel über die Menschen aus, die dort zu leben haben: Die Gänge sind »riesige Schlafzimmer« – hätte es sich um einen Lokalaugenschein in einem Spital gehandelt, wäre wohl von Gangbetten die Rede gewesen. Männer, Frauen und Kinder schlafen »bunt gemischt«. Die Phantasie des Autors ging vielleicht in eine andere Richtung, sonst hätte er in Erwägung gezogen, daß es sich hier u.U. um Familien handeln könnte. Das Durcheinander in den Betten setzt sich auch am Boden fort: Plastikmüll, Blech, organischer Müll und Papier liegen unsortiert nebeneinander. Menschen, die Abfalltrennung als Gradmesser zivilisatorischer Überlegenheit halten, werden daraus gewisse Schlußfolgerungen zu ziehen wissen. Jene werden wohl auch die an die Wand geschriebene Parole als Drohung ansehen. Der vorletzte Satz bringt pure Körperlichkeit: »Schweiß« und »Essen«. Offenbar dürfte der Autor im Unterbewußtsein vor der logischen Konsequenz zurückgeschreckt haben; er bezieht nämlich den Gestank nicht auf die Menschen, sondern auf die sie umgebende Luft. Dafür wird der Autor im letzten Satz wiederum direkt, seine Vokabeln (»zusammengepfercht«, »direkt auf dem Boden sitzen«) könnten auch aus einem Bericht über Massentierhaltung stammen – wenngleich das dort übliche Mitleid mit den gequälten Kreaturen hier abgeht. Allerdings macht der letzte Relativsatz auch klar, daß der Autor in Flüchtlingen keine Tiere, sondern Träger von Bazillen sieht.

d) »Ausländer bringen Krankheiten ins Land«

Bereits der letzte Satz des obigen Zitats spricht einen weiteren Bereich des Vorurteilsdiskurses an: die Verbindung von Fremden und Krankheiten. Dieses Stereotyp besitzt in der europäischen Geschichte eine lange Tradition: wann immer Seuchen ausbrachen, wurde es für Minderheiten, für die »Fremden« in der eigenen Gesellschaft, gefährlich.¹¹⁴

»... weil die Bevölkerung vor Einwanderermassen, vor dem Einschleppen von Krankheiten und einem Anstieg der Kriminalität ganz einfach Angst hat« (P.Gnam, NKZ, 15.3.90).

Die Angst vor dem Einschleppen von Krankheiten fokussierte sich ausschließlich auf die Rumänen. Dabei konnte auf dem Mitleidsdiskurs mit Rumänien aufgebaut werden, in dem das desolate rumänische Gesundheitssystem eines der wichtigsten Themen war.

e) »Ausländer sehen anders aus«

Neue AZ: »Wenn die Flüchtlinge blond und blauäugig wären, gäbe es dann weniger Probleme?«

¹¹⁴ vgl. Girard, 1992, 23–38.

Ratzenböck: »Ja, sicher. Das Problem wiegt doch viel schwerer, wenn die auch anders ausschauen.« (Neue AZ, 10.3.1990)

Der oberösterreichische Landesvater versteht und akzeptiert die rassistischen Hierarchien in der Bevölkerung.

Devianz

Auch die Darstellung devianten Verhaltens verweist auf den Wir-Sie Diskurs. Es trägt wesentlich zur Solidarisierung der in-group gegen die out-group bei.

a) »Ausländer sind kriminell«

Die Assoziierung von Ausländern und Kriminalität wäre wohl eine eigene Arbeit wert; es ist daher aus Gründen des Umfangs nötig, sich an dieser Stelle lediglich mit wenigen Zitaten zu begnügen.

»Damit der Schwarzmarkt ausgeräuchert wird, müßte man hinter jeden Ausländer einen Polizisten stellen« (P.Gnam, NKZ, 31.3.90).

Die Gleichung von Ausländer = Schwarzhändler wird nicht einmal geringfügig relativiert. Zudem stellt hier der Schwarzhandel ein derart schwerwiegendes Delikt dar, sodaß es notwendig ist, ihn »auszuräuchern«.

»Wir haben also die südamerikanischen Mafiosi bei uns, die sich auf Taschendiebstahl spezialisiert haben und in eigenen Ausbildungskursen .. ah/Ausbildungscamps in Italien bei der Mafia den Grundkurs A bekommen, bevor sie nach Österreich entlassen werden. Wir haben Polen, die sich auf den Autodiebstahl organisiert konzentrieren. Wir haben die Bürger aus dem ehemaligen Jugoslawien, die bei Wohnungseinbrüchen Experten sind und sollten sie einmal einen Schlüssel verlieren, holen sie die, damit sie rasch in ihre Wohnung hineinkommen. Wir haben Türken, die im Heroinbereich hervorragende Organisationen aufgezogen haben und wir haben die Russen, die in Fragen/ im Bereich der Erpressung und des/der Raubüberfälle nachweisbar die Experten heute darstellen« (Jörg Haider, 19.11.92).¹¹⁵

Wenige Wochen vor dem Start des Ausländervolksbegehrens der FPÖ wurde diese Aussage Jörg Haiders als Beleg dafür genommen, daß »diskriminierende Aussagen, die bisher noch mit verschiedensten argumentativen Strategien kaschiert wurden oder werden mußten, ... heute – so scheint es – bereits offen und in aller Schärfe gemacht werden.«¹¹⁶ Diese These, daß das Ausländervolksbegehren der FPÖ von Jänner 1993 zu einer Radikalisierung des

115 Zit. nach Wodak/Matouschek/Januschek, 1993, 38.

116 ebd.

Ausländerdiskurses führte, mag stimmen. Vertreter dieser These können jedoch nicht die Aussage des freiheitlichen Parteiobmanns als Beleg heranziehen. Was Haider 1992 vor Polizeibeamten von sich gab, war nur die ausgeschmückte Version eines Satzes, dessen Copyright beim damaligen Sicherheitssprecher der ÖVP W.Ettmayer liegt:

»Südamerikaner (haben sich) auf Scheck und Kreditkartenbetrug spezialisiert, Osteuropäer auf Autodiebstähle, Jugoslawen auf Wohnungseinbrüche und die Mafia auf Geldwäsche« (W.Ettmayer, NKZ, 27.5.90).

Konkurrenz

Man könnte annehmen, daß ein Konkurrenzdiskurs, wo rationale sozio-ökonomische Interessen von Einheimischen und Ausländern auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt einander gegenüberstehen, weniger auf Stereotypen basiert als dies beim Differenz- und Devianzdiskurs der Fall ist. Diese Annahme trifft jedoch keineswegs zu. Im Rahmen eines offenen ausländerfeindlichen Diskurses bieten sich genügend Anknüpfungspunkte zu Vorurteilen und Stereotypen. Das wohl wichtigste Stereotyp ist die pauschalierende Darstellung von Flüchtlingen als »Wirtschaftsflüchtlinge«:

»Rumänen sind eindeutig Wirtschaftsflüchtlinge« (J. Cap, Kurier, 10.3.90).

»Alle, die sich an den Grenzen anstellen, machen das aus rein wirtschaftlichen Überlegungen« (J.Haider, Standard, 2.4.90).

»Jetzt kommen die Leute, die sich wirtschaftlich etwas erhoffen. Da sind viele darunter, die schon mit einer Anleitung einreisen, wie sie hier etwas ausnützen können« (P. Marrizzi, Kurier, 3.6. 90).

Marrizzi ging in seiner Aussage über Cap und Haider hinaus. Er sah in den »Wirtschaftsflüchtlinge« nicht bloß Menschen, die ohne politisch verfolgt zu werden, sich in Österreich eine Verbesserung ihres Lebensstandards erwarteten, sondern er brachte sie mit dem »Sozialschmarotzerdiskurs« in Verbindung. Die Verschiebung des Diskurses über »Wirtschaftsflüchtlinge« hin zum »Sozialschmarotzerdiskurs«, der auch eine Form des Devianzdiskurses darstellt, hatte rund um die Ereignisse von Kaisersteinbruch eingesetzt. Zuvor wurde den »Wirtschaftsflüchtlingen« im wesentlichen ein Etikettenschwindel zum Vorwurf gemacht. Typisch für diese Stufe der Diskussion war etwa folgende Aussage:

»Der Bevölkerungsschwund soll durch Einwanderung von Wirtschaftsflüchtlingen bekämpft werden« (W.Ettmayer, Standard, 18.1.90).

Später verlagerte sich der Schwerpunkt der Argumentation auf die Ausnützung des Sozialstaates durch die Flüchtlinge:

»In Regierungskreisen wird die Maßnahme, mit Geldern für Flüchtlinge restriktiver umzugehen, damit begründet, daß die 170.– Taggeld für Asylwerber – vor allem aus Rumänien – ein Anreiz sind, nach Österreich zu kommen« (P.Gnam, NKZ, 9.3.90).

Die freiheitliche Partei verknüpfte den Sozialschmarotzdiskurs mit Stereotypen des privaten Diskurses:

»FPÖ-Parteibmann Haider kritisierte die lockere Bewilligungspraxis bei Kinderbeihilfen für ausländische Arbeitskräfte. Sie bräuchten nur die Bestätigung eines Bürgermeisters aus dem Balkan vorzulegen, daß sie 10 Kinder hätten« (NKZ, 12.5.90).

Es war vor allem die ÖVP, die den Sozialschmarotzdiskurs benutzte, um die von ihr und der Wirtschaft angestrebte Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylwerber durchzusetzen:

»Flüchtlinge können sich schon in aller Herrgottsfrühe an den Strand legen, weil sie ja nicht arbeiten können und dürfen«. (Klubobmann der ÖVP–ÖÖ Scheuba, Standard, 17.5.90).

Dieses Argument stellt nichts anderes dar, als eine Adaptierung des bekannten Vorwurfs an Arbeitslose oder Frühpensionisten, daß sie über zuviel Freizeit verfügen würden. Ähnlich alt ist auch das Stereotyp, daß das Arbeitslosengeld verantwortlich für Arbeitslosigkeit sei. Der Sozialsprecher der ÖVP verwendete es dennoch, um den Vorteil des Saisoniermodells vor Augen zu führen, das geringere Sozialkosten verursachen würde:

»Man muß davon ausgehen, daß der Anstieg der Ausländerarbeitslosigkeit mit den Verlockungen des Arbeitslosengeldes zusammenhängt. Um diesen Anspruch konsumieren zu können, würden gefeuerte Ausländer möglichst lange im Land bleiben« (Feuerstein, Kurier, 3.5.1990).

E.Balibar stellte die These auf, daß der zukünftige Rassismus sich nicht primär dadurch charakterisieren lassen wird, daß er bestimmte »Rassen« oder Nationalitäten als minderwertig ansehen wird, sondern dadurch, daß er in allen Rassen und Nationen die »Minderwertigen« fallen lassen wird.¹¹⁷ Noch hält der Sozialschmarotzdiskurs an nationalistischen Grenzziehungen fest. Ob er damit allerdings nicht mehr als einen Moment der Ungleichzeitigkeit darstellt, während sich als moderne Form eine Art »meta-ethnische Biomeritokratie«¹¹⁸ entwickelt, wird die Zukunft zeigen.

In diese Kerbe schlägt zumindest ein Kommentar im Kurier zur Einführung der Visumpflicht für polnische Staatsbürger im September 1990:

117 vgl. Balibar, 1989,.

118 Hauff, 1992, 422.

»Ein eher verschwiegener Grund war, daß die Fleißigsten unter den Gästen aus Polen den Wiener Arbeitsmarkt auf den Kopf stellten. Ihr Fleiß hatte zur Folge, daß schlecht ausgebildete oder wenig fleißige Inländer plötzlich keine Jobs hatten und viele Gastarbeiter, die mit ihren Familien in Wien leben, erbarmungslos auf die Straße gesetzt wurden« (Kurier, 6.9.90).

4.2. Der ausländerfeindliche Rechtfertigungsdiskurs

Während ein Kennzeichen des privaten Diskurses darin besteht, daß ausländerfeindliche Meinungen, Einstellungen und Vorurteile meist ungefiltert und explizit ausgesprochen werden können, herrschen im öffentlichen Raum andere Gesetze. Der öffentliche ausländerfeindliche Diskurs kann meist nicht auf die Rechtfertigung des ausländerfeindlichen Standpunktes verzichten, während dies im privaten Diskurs oft unterbleiben kann. Den Ort des Diskurses bestimmt die Sprache. Dieser Regel kann man nur mit der Strafe des Tabubruchs entgehen.¹¹⁹ Wie beim offenen ausländerfeindlichen Diskurs, gibt es auch beim Rechtfertigungsdiskurs stereotype Methoden, mit denen Ausländerfeindlichkeit legitimiert wird. Die einzelnen Methoden treten dabei selten in reiner Form auf, sondern werden, um eine größere Wirkung zu erreichen, meist miteinander verbunden. Beispiele aus der österreichischen Medienberichterstattung illustrieren die Vielfalt der Rechtfertigungsstrategien.

a) Rationalisierung

Rationalisierungen sind eines der häufigsten Mittel, ausländerfeindliche Einstellungen und Handlungen zu rechtfertigen. Die Verwendung von Zahlen bietet den Schein der Objektivität und Seriosität. Eine zurückhaltende neutrale Sprache verstärkt dies weiter. In den Printmedien dient neben der oben behandelten Heranziehung von Zahlenmaterial auch die Berufung auf reale oder erfundene Alltagswelten zur Rationalisierung.

»Ist es purer Fremdenhaß, wenn die Österreicher da und dort lieber In- als Ausländer wollen. ...Was nützt mir der netteste ausländische Taxifahrer, wenn er – just ist es mir so dieser Tage erst passiert – nicht weiß, wo in Wien die Gersthoferstr. ist? Was nützt mir der willigste tschechische Heizungsinstallateur – auch das habe ich unlängst einmal erlebt – wenn ich ihm nicht klarmachen kann, wo ich die Radiatoren hin haben möchte« (»Staberl«, NKZ, 9.4.90).

An Hand zweier (mit einiger Wahrscheinlichkeit fiktiver) Beispiele versucht »Staberl«, die größere Nützlichkeit von Inländern gegenüber Ausländern darzustellen. Er geht über die bloße Rationalisierung hinaus, indem er das Nutzenkalkül bereits als Begründung für die »Inländerfreundlichkeit« der Österreicher anführt.

119 Das Tabubrechende in der Rhetorik Jörg Haiders besteht meist darin, daß bei ihm Sprache und Öffentlichkeit einfach nicht synchronisiert werden.

»Fast jeder Wiener kennt bereits jemanden, dem das Geldbörsel gezogen, das Auto aufgebrochen oder die Wohnung geplündert worden ist. Es wachsen die Angst und leider auch der Haß. Sollen wir uns bewaffnen? fragten Bürger angesichts der sprach- und reaktionslosen Politiker« (Kurier, 5.9.1990).

Ausländerfeindlichkeit wird hier rationalisiert, indem sie als »natürliche« Reaktion der Inländer auf Verbrechen von Ausländern dargestellt wird. Die Argumentation basiert wiederum auf behaupteten Alltagserlebnissen.

b) Opfer-Täter Umkehr

Im Diskurs über Ausländerkriminalität oder um die Kosten der Flüchtlingsunterbringung wird Ausländerfeindlichkeit dadurch legitimiert, als die Österreicher zum ausgenützten »Opfer« hochstilisiert und Ausländer zu Tätern gemacht werden:

»Prinzipiell steht die Bevölkerung den vielen Asylanten positiv gegenüber, gäbe es da nicht zahlreiche ›schwarze Schafe‹, die paradoxerweise auch nach ihrer Verurteilung noch immer den Schutz des österreichischen Wohlfahrtsstaates genießen« (NKZ, 8.4.90).

Dieses Spiel des Vertauschens der Positionen von Täter und Opfer gehört zu den Lieblingsstrategien des freiheitlichen Parteiobmanns Haider.¹²⁰ Exemplarisch kommt sie etwa in folgendem Satz zum Ausdruck

»Die, die zuerst gehen, sind die Gewinner« (Jörg Haider, 2.4.1990).

Die Verlierer sind nicht nur die in der Heimat Zurückbleibenden, sondern in erster Linie die Österreicher.

c) Verharmlosung/Leugnung

Wichtigstes Argument zur Verharmlosung der Ausländerfeindlichkeit war die Rolle Österreichs anlässlich der Flüchtlingswellen 1956, 1968 und 1980.

»Eine zwar geringere aber dafür nie nachlassende Belastung jedoch, wie wir sie jetzt erleben, strapaziert die Gutwilligkeit der Menschen viel mehr. Das soll nicht heißen, daß es in Österreich nicht ein beträchtliches Maß an Fremdenhaß gäbe. Aber das ist eine böartige Minderheit, wie sie überall zu finden ist« (H.Rauscher, Kurier, 7.3.90).

120 Goldmann/Krall/Ottomeyer, 1992, 20–24. beschreiben Haiders Methoden an Hand der kollektiven Freisprechung der Weltkriegsgeneration.

Dieser kurze Ausschnitt vereint Opfermythos (*»nie nachlassende Belastung«*), Normalisierung (*»überall zu finden«*), um die Ausländerfeindlichkeit in Österreich zu verharmlosen. Ausländerfeindlichkeit wird von Rauscher als eine Art überall anzutreffender pathologischer Konstante (*»böartige Minderheit«*) interpretiert.

»In Oberösterreich gibt es keine Fremdenfeindlichkeit. Erst durch die Massierung von Flüchtlingen in einem kleinen Ort fördert man die Ausländerfeindlichkeit« (J.Ratzenböck, Neue AZ, 10.3.1990).

Der Oberösterreicher ist also an sich nicht fremdenfeindlich, erst die »massierten« Flüchtlinge machen ihn jedoch dazu.

d) Normalisierung

Die Normalisierung der Ausländerfeindlichkeit ist eine Sonderform der Verharmlosung. Das Vorhandensein von Fremdenfeindlichkeit in anderen Staaten wird zur Rechtfertigung der eigenen Xenophobie verwendet.

»Die sogenannte Ausländerfeindlichkeit grassiert in ganz Europa, überall hat man Angst vor einer Überschwemmung durch die Fremden« (P.Gnam, NKZ, 19.6.90).

Ein solcher Satz legitimiert die Ausländerfeindlichkeit, indem er ihr Alltäglichkeit unterstellt. Die konkrete Wortwahl signalisiert zudem, daß Ausländerfeindlichkeit eine Seuche sei, die durch den Erreger »Fremde« übertragen wird.

e) Verzerrung

Eines der wichtigsten und einfachsten Mittel, den eigenen Standpunkt zu rechtfertigen, ist wohl das Aufstellen falscher Behauptungen:

»Wir nehmen der Einfachheit halber jeden auf« (*»Staberl«*, NKZ, 21.4.90).

Obwohl Lügen wie diese relativ einfach zu widerlegen sind, können sie durchaus erfolgversprechend sein, denn sie zwingen den Gegner im Diskurs in die Defensive. Bevor er überhaupt zur Darstellung seiner Sicht kommt, muß er erst auf diese eingehen, sie zurückweisen und richtigstellen.

Die Strategie der Verzerrung will durch eine Zuspitzung der gegnerischen Position den Schein erwecken, daß nur die Wahlmöglichkeit zwischen zwei Alternativen existiert, wobei eine Option durch die übertriebene Darstellung von vornherein als falsch, unrealistisch etc. ausscheiden soll.

»Ein Faschist ist auch derzeit gar bald jeder, der gegen die uneingeschränkte Aufnahme von asozialen Gastarbeitern ist« (»Staberl«, NKZ, 16.5.90).

Die Zuspitzung nimmt den Wir-Sie-Diskurs wieder auf. Die Konstruktion einer alle als Nazis diffamierenden out-group, soll den Zusammenhalt der »gegen die uneingeschränkte Aufnahme von asozialen Gastarbeitern« eintretenden Menschen zustandebringen.

f) Sündenböcke

Die Erkenntnis, daß sich Sündenböcke hervorragend zur Ablenkung von Problemen und den eigentlichen Schuldigen eignen, ist nicht gerade neu, aber nichts desto trotz, immer noch ein gern verwendetes Instrument. Im privaten Diskurs hilft die Kreation von Sündenböcken mit, sich von Aggressionen bzw. Schuldgefühlen zu reinigen und diese auf andere zu projizieren, während die Eliten Sündenböcke vor allem als Ablenkungsmanöver einsetzen. Allerdings sind die Beispiele für diese Strategie im Jahr 1990 relativ rar. Wie schon die quantitative Analyse zeigte, wurden Ausländer zu dieser Zeit noch nicht für die Probleme im Bildungs- und Wohnbereich verantwortlich gemacht.

g) Abwertung

Die Diffamierung von Ausländern beginnt bereits mit ihrer Entsubjektivierung. Indem man Ausländern ihre Individualität abspricht und sie als Masse, Flut etc. definiert, wird das Tor für den weiten Bereich negativer Zuschreibungen geöffnet. Die Abwertung des anderen ist eine nicht allzu neue Methode, sich einer sachlichen Argumentation zu entziehen. Da auf die Beschreibung von Ausländern als kriminell, das Sozialsystem ausnützend, ohnehin bereits des öfteren eingegangen wurde, erscheint eine erneute Wiederholung an dieser Stelle nicht mehr nötig.

»Doch da ihr Land die Chancen auf eine bessere Zukunft hat, laufen sie als ›Flüchtlinge‹ in Scharen davon, um sich im vermeintlich so paradiesischen Westen aushalten zu lassen« (»Staberl«, NKZ, 18.4.90).

»Viele dieser sogenannten Flüchtlinge (sind) vor der Not ihrer Heimatländer geflohen ... und (haben) ihre Landsleute im Osten im Stich gelassen daß solchen Ausländern bei uns nicht unbedingt Sympathie entgegenschlägt (sic!), kann man verstehen« (P.Gnam, NKZ, 7.5.90).

Beide Zitate können als Ergänzung zum ökonomischen Rechtfertigungsdiskurs, der u.a. nicht müde wird, die negativen Folgen der Auswanderung für die Herkunftsländer zu betonen, gewertet werden.

4.3 Der ökonomistische Begründungsdiskurs

Der Ausländerdiskurs 1990 wurde vor allem unter dem Flüchtlingsbegriff geführt. Eine diesem Begriff angemessene Debatte, hätte demnach um die völkerrechtliche und moralische Verpflichtungen Österreichs Flüchtlinge aufzunehmen, kreisen müssen. Davon konnte jedoch keine Rede sein, wie die quantitative Analyse ergab. Stattdessen dominierten im Diskurs die Problemfelder »Menge«, »Unterbringung« und »Kriminalität«. Appelle an die Genfer Konvention oder an die liberale Tradition der österreichischen Flüchtlingspolitik spielten demgegenüber nur eine bescheidende Rolle.

Die dominante Diskursform war neben dem offenen Vorurteilsdiskurs der ökonomische Begründungsdiskurs. Die auf Nutzenmaximierung abzielende ökonomische Sprache scheint Vorurteile, Ressentiments etc. auszuschließen. Die Rationalisierung stellt jedoch, wie schon oben beschrieben, eine häufig verwendete Form der Rechtfertigung ausländerfeindlicher Einstellungen dar. »Innerhalb vorgeblich problemadäquater und systemisch geschlossener Begründungssprachen und ihren Sprach- und Begriffssystemen, werden fremdenfeindliche Einstellungen und Handlungen durch einen äußerst subtilen Mechanismus legitimiert.«¹²¹

Hinter den im Rahmen des Flüchtlingsdiskurses auf scheinbar rationale Art verarbeiteten ökonomischen Problemlagen, lassen sich nicht nur einfach fremdenfeindliche Einstellungen verbergen, sondern der ökonomistische Begründungsdiskurs stellt für manche fremdenfeindlichen Diskurse die Basis dar, auf der sie aufbauen können und auf die sie zur Rechtfertigung zurückkommen können.

- Der »Sozialschmarotzerdiskurs« wäre kaum erfolgreich zu führen gewesen, hätte man nicht zuvor aus Flüchtlingen Wirtschaftsflüchtlinge gemacht und die durch die Asylwerber anfallenden Kosten thematisiert.
- Jede restriktive Einwanderungspolitik läßt sich mit den ökonomischen Argumenten rechtfertigen, daß die inländischen Arbeitsplätze geschützt werden müssen, daß die Wohnungsprobleme verschärft würden oder noch allgemeiner, daß der soziale Standard gefährdet werden würde.
- Die Einführung der Visumpflicht wurde damit legitimiert, daß damit der Schwarzhandel gestoppt und die Schwarzarbeit eingedämmt werden könnte.
- Die Betonung der Wichtigkeit des gemeinsamen Wiederaufbaus der osteuropäischen Ökonomien kann insofern weitergeführt werden, als Flüchtlinge ihre Heimat in Stich lassen etc.

121 vgl. Wodak/Matouschek/Januschek, 1993, 281.

Erst die Gleichstellung von Flüchtlingen mit Wirtschaftsflüchtlingen ermöglicht die Problematisierung anderer Bereiche. So läßt sich der ökonomische Begründungsdiskurs leicht mit einem moralisierenden Diskurs verbinden, der den Flüchtlingen die Verletzung zentraler, konservativer Werte (Heimat, Pflicht) zum Vorwurf macht.

»... Wirtschaftsflüchtlinge kritischer zu beleuchten seien, weil sie ohne Zwang emigrieren und bei der Beseitigung der wirtschaftlichen Probleme ihrer Länder nicht mithelfen« (Beschluß des CV zur Ausländerfrage, NKZ, 4.4.90).

Da Flüchtlinge eigentlich Wirtschaftsflüchtlinge sind, ist es nur legitim, wenn sie für ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen.

»Flüchtlinge nicht ins Lager, sondern sie sollen arbeiten« (J.Höchtl, Standard, 18.6.90).

Der Nutzen der Flüchtlinge für Österreich ist gering, sie kosten lediglich Geld. Einwanderer hingegen sind notwendig:

»200.000 Menschen hereinkommen, mit denen wir nichts anfangen können« (P.Marrizzi, NKZ, 14.4.90).

»Ich will nicht Zehntausende Ostbürger holen, die unseren Leuten Jobs und Wohnungen wegnehmen, ... sondern tüchtige Facharbeiter, die wir uns selbst aussuchen« (H.Zilk, Kurier, 22.3.90).

Der Vollständigkeit halber sei noch der ebenfalls 1990 vorkommende ökologische Begründungsdiskurs der Ausländerfeindlichkeit erwähnt. Die Verbindung des Umweltschutzgedankens mit dem Ausländerdiskurs unterstreicht die Flexibilität der fremdenfeindlichen Diskurse. Der ökologische Begründungsdiskurs stellt wiederum eine Erfindung der SPÖ dar.

»Weiters forderte SPÖ-Zentralsekretär Cap eine Umweltmaut für stinkende ausländische PKW's« (Standard, 1.6.1990).

Umweltschutz war der issue, der 1990 aus der Sicht der Bevölkerung oberste politische Priorität genoß,¹²² weshalb sich die SPÖ bemühte, Kompetenz in diesem Bereich zu gewinnen.

122 vgl. Plasser/Müller, 1995, 20.

4.4 Ausländerfeindlichkeit unter umgekehrten Vorzeichen: der Mitleidsdiskurs

Das dominante Thema der Medienberichterstattung war seit den Weihnachtsfeiertagen 1989 der Sturz des kommunistischen Regimes in Rumänien. Die Berichterstattung in den Printmedien und im ORF zeichnete dabei von den Verhältnissen in Rumänien ein relativ einheitliches Bild:

- 1) die Beschreibung der Rumänen als zermürbtes, gedemütigtes, gefoltertes, verarmtes, hungerndes ... Volk,
- 2) die Darstellung des Ceausescu-Regimes als alleiniger Sündenbock,
- 3) die positive Selbstdarstellung durch eine demonstrative Hilfsbereitschaft.¹²³

Während der Mitleidsdiskurs in dieser Phase vordergründig dazu führte, daß die Spendenfreudigkeit rund um die Weihnachtsfeiertage beachtliche Dimensionen annahm, etablierten sich in ihm bereits Elemente des ab März 1990 folgenden rumänenfeindlichen Diskurses:

- Durch die Klassifizierung des Lebens in Rumänien als eigentlich lebensunwürdig, wurden später die Meldungen über Massen auswanderungswilliger Rumänen um so glaubwürdiger.
- Vor dem Hintergrund der immer wieder beschriebenen Armut Rumäniens war es um so einfacher, rumänische Asylwerber zu reinen Wirtschaftsflüchtlingen zu machen.
- Durch die Konzentration auf das Ceausescu Regime als alleinigen Sündenbock der wirtschaftlichen Misere und politischen Unterdrückung, konnte Rumänien nach dem Sturz Ceausescus als freies Land angesehen werden.¹²⁴

Obwohl das Mitleid eine Vorbedingung für uneigennützig Hilfe darstellen kann und somit eigentlich positiv zu bewerten ist, birgt das Mitleid zahlreiche Gefahren. Jeder Mitleidsdiskurs, deutlich wird dies auch bei Behinderten und alten Menschen, konstruiert den Bemitleideten als ein hilfsbedürftiges »Opfer«, das sich von der »Normalität« unterscheidet. Moralische Kriterien sagen uns jedoch, daß diesen geholfen werden soll, wofür als Gegenleistung lediglich Dankbarkeit erwartet wird. Gleichzeitig wird davon ausgegangen, daß dem »Opfer« nicht so weit geholfen werden kann, daß es wieder in die »Normalität« integriert werden kann. Da eine umfassende Hilfe also nicht möglich erscheint, bleibt statt Trost nur Mitleid für das »Opfer«. Da das Mitleidsobjekt auf fremde Hilfe angewiesen ist, führt dies oft dazu, daß ihm nicht nur die

¹²³ vgl. Wodak/Matouschek/Januschek, 1993, 27–28.

¹²⁴ vgl. ebd. 84–95.

generelle Fähigkeit zu eigenständigem Handeln, sondern auch oft noch das Wissen um die eigenen Bedürfnisse abgesprochen wird. Durch eine solche Sicht wird das Objekt des Mitleids nun aber auch nie in die Lage gelangen, als gleichberechtigt angesehen zu werden.

Zudem kollidiert das Mitleid permanent mit dem Prinzip der Maximierung des Eigennutzens. Während Hilfsbereitschaft durchaus mit dem Eigennutzprinzip in Einklang zu bringen ist, (z.B. Imageaufwertung, Umwegrentabilität, Steuerabsetzbarkeit ...) bestimmt sich die Hilfsbereitschaft aus Mitleid, aus der Not des Bemitleidenden, des »Opfers«. Da aber z.B. die Not der Rumänen in umfassendem und effektivem Ausmaß nur durch eine beträchtliche Reduktion eigener Bedürfnisse zu beseitigen ist, wird beim »mitleidenden« Menschen über kurz oder lang das Mitleidsprinzip beinahe immer dem Eigennutzprinzip unterliegen. Da eine solche Abkehr vom Mitleid gesellschaftlich diskreditiert ist, wird der gute, mitleidende Mensch nach rationalen Gründen suchen, die diesen Meinungsumschwung hin zum Eigennutzprinzip vor sich und vor anderen rechtfertigen. Eine der Möglichkeiten besteht üblicherweise darin, dem Bemitleideten die Schuld an seiner Situation zu geben und sein Unglück als gerecht darzustellen.

Mitleid und Verachtung sind daher keine absoluten Gegensatzpaare, so wenig wie sich Mitleidsdiskurs und rassistischer Diskurs ausschließen: »Wer den Mitleidsdiskurs führt, hat es nicht nötig, rassistisch zu argumentieren, weil sich dies von selbst einstellt. Man kann den Mitleidsdiskurs niemanden vorwerfen. Er ist die letzte Zuflucht des sich selbst verleugnenden Rassismus.«¹²⁵

4.5 Gegendiskurse

Akteure, die versuchen, Gegendiskurse zur Ausländerfeindlichkeit zu initiieren, haben es schwer.¹²⁶ Verweisen sie moralisierend auf Rechte, die den Ausländern zustehen, setzen sie sich dem Vorwurf aus, die unterprivilegierten Inländer zu vergessen. Betonen sie die Bedeutung von Ausländerrechten als Maßstab für die Qualität der Demokratie, laufen sie in Österreich Gefahr, überhört zu werden. Leugnen sie die Unterschiede zwischen Aus- und Inländern oder versuchen sie, diese Differenz positiv zu bewerten, so legen sie dem dieselbe »Ticketmentalität« zugrunde, wie diejenigen, die von einer »Wut auf Differenz«¹²⁷ getrieben werden. Versuchen sie rational und sachlich zu bleiben, müssen sie sich klar darüber sein, daß sich viele Argumente auch zur Rechtfertigung von Ausländerfeindlichkeit eignen. Kritisieren sie die Ausländerfeindlichkeit der Eliten, ändert dies nichts an der Ausländerfeindlichkeit der Bevölkerung.

125 Wodak/Matuschek/Januschek, 1993, 96.

126 vgl. Hauff, 1991.

127 Horkheimer/Adorno, 1991, 217.

Nicht nur wegen dieser Fallstricke spielten Gegendiskurse 1990 kaum eine Rolle.¹²⁸ Die einseitige Medienberichterstattung hatte ein Klima geschaffen, das nur wenige Institutionen (Kirchen, Grüne, Menschenrechtsorganisationen etc.) ermutigte, öffentlich gegen die Ausländerfeindlichkeit aufzutreten. Der Mut, Stellung zu beziehen, war jedoch meist nicht von Erfolg gekrönt; in den drei untersuchten Zeitungen wurde man meist überhört. Gegendiskurse hatten in den Medien meist nur bei allzu offen vorgetragener Ausländerfeindlichkeit eine Chance auf Veröffentlichung (z.B. Marrizzi: »Das Boot ist voll«, Ratzenböck: »Ausländer, denen man die Abstammung ansieht.« etc.). In der NKZ hatten Gegendiskurse kaum eine Möglichkeit, zitiert zu werden. Die Kronen Zeitung zog es vor, sich diese selbst zu konstruieren.

5. Protagonisten von Ausländerdiskursen

5.1 Die Zeitungen

Die Berichterstattung zum Ausländerthema der drei untersuchten Zeitungen unterschied sich zwar weniger in Quantität als in Schwerpunktsetzung, Inhalt und Intension. Es erscheint plausibel, davon auszugehen, daß die zeitungsspezifische Aufbereitung eines intensiv diskutierten Themas ihre »Spuren« in der Bevölkerung hinterläßt: Dauer, Häufigkeit und Intensität der Berichterstattung zur »Ausländerfrage« dürften bei den Lesern der einzelnen Zeitungen zu einer unterschiedlichen, medial vermittelten Problemsicht bzw. Realitätssicht geführt haben. Tatsächlich lassen sich Unterschiede in der Sicht der Leserschaft der einzelnen Zeitungen wiederfinden.¹²⁹ Der Anteil der Leser, die laut Studie »Ausländerangst« zeigen, liegt bei Prestigeblättern (Standard, Presse) bei 16%, beim Kurier bei 21% und bei Lesern von NKZ und der 1990 noch nicht existierenden Täglich Alles bei 43%. Die Unterschiede lassen sich in jeder untersuchten soziodemographischen Subgruppe feststellen, sodaß die Variable »Lesegewohnheit« als erklärende herangezogen werden kann.¹³⁰ Obwohl diese Unterschiede angesichts des komplexen Verhältnisses zwischen Medien und Publikum noch keinerlei kausale Beziehung ausdrücken, deuten die Daten auf »Verstärker- und Kultivierungseffekte« durch die Medien hin.¹³¹

Im Ausländerdiskurs 1990 fungierte die *Neue Kronen Zeitung*¹³² weniger als »Parteiorgan der FPÖ«¹³³ denn als Stimme des Innenministeriums. Den Aussagen des Innenministers oder seines Sekretärs wurde in der NKZ mehr Raum als in den beiden anderen Zeitungen gewidmet. Die wohlwollende Haltung gegenüber dem Ministerium hatte sich rund um »Kaisersteinbruch«

128 Nur knapp 7% der Nennungen der »Problemfelder« traten für die moralische Verpflichtung Österreichs ein, Flüchtlinge aufzunehmen, nicht einmal 2% betonten den langfristigen Nutzen der Einwanderung. Vgl. Tabelle 10

129 vgl. Plasser/Ullram, 1992.

130 vgl. ebd. 10–11.

131 vgl. ebd. 23.

132 vgl. auch Tabelle 11 (Anhang)

133 Bailer/Neugebauer, 1993, 344.

gezeigt, wo sich die NKZ, im Gegensatz zu Kurier und Standard, mit Kritik am Innenminister und seinen Beamten auffallend zurückhielt. Der Politik des Innenministeriums brachte die NKZ meist Verständnis entgegen. So argumentierte P.Gnam, daß es für das Ministerium unmöglich sei, den Schwarzmarkt »auszuräuchern«, denn dazu »müßte Innenminister Löschnak hinter jeden Ausländer einen Polizisten stellen« (NKZ, 31.3.90).¹³⁴

Auffällig ist die geringe Präsenz von freiheitlichen Politikern. Während SPÖ- oder ÖVP-Politiker wiederholt in der NKZ zu Schlagzeilenehren kamen, gelang dies 1990 nicht einmal dem freiheitlichen Parteiohmann.¹³⁵ Aussagen von FPÖ-Politikern wurden meist knapp, kommentarlos und in indirekter Rede wiedergegeben – besonders ausländerfeindliche Stellungnahmen niederrangiger FPÖ-Funktionäre hingegen konsequent negiert. Anders verhält es sich bei ausländerfeindlichen Aussagen von Politikern der Regierungsparteien; über jene wurde ausführlich und (meist) in der direkten Rede berichtet. Dieses Spiel hat offenbar Methode und die Methode macht Sinn: die sich dahinter verbergende Dialektik ist dieselbe, warum Renegaten im anderen Lager so protegiert werden: George Orwell, Arthur Koestler etc. wären etwa als Kritiker des Stalinismus wohl nie so berühmt geworden, wären sie Mönche oder Börsenspekulanten gewesen.

Da offene Ausländerfeindlichkeit in der Öffentlichkeit negativ bewertet wird, versuchte die NKZ ihre Berichterstattung in das Gewand der legitimen Interessenvertretung der Inländer zu kleiden.¹³⁶ In Reportagen, die die Stimmung der Bevölkerung wiedergeben sollten, fehlten allzu ausländerfeindliche Statements. Während etwa der Standard die Haß- und Gewaltphantasien mancher Bewohner von Kaisersteinbruch ungeschminkt wiedergab: z.B. »An Strom eini, dann kommt keiner raus« (Standard, 7.3.90) fand sich in der NKZ keine Aussage, die das Bild der Bewohner Kaisersteinbruchs als Normalbürger, die durch die bevorstehende Ankunft von 800 Asylwerbern zur »Selbstverteidigung« gezwungen wurden, in ein anderes Licht gerückt hätte.

Der von der NKZ bestrittene Rechtfertigungsdiskurs¹³⁷ läßt sich in einem Satz mit 27 Wörtern zusammenfassen: »Tagtäglich bekommen die Österreicher von den linken Predigern zu hören, daß der ausländerfeindlich sei, der diesem Flüchtlingsstrom unter dem Motto hereinspaziert nicht bedingungslos Tür und Tor öffne« (P.Gnam, NKZ, 24.3.90).

1. Die Konstruktion einer in-group: Die »Österreicher«

134 Auf die Achse Innenministerium – NKZ – Wiener Bürgermeister beim Beginn des Schwarzmarktdiskurses wurde bereits hingewiesen.

135 Von Jänner bis September 1990 werden insgesamt sechs Mal Politiker der Regierungsparteien in Schlagzeilen genannt, wobei jeweils zwei Mal Innenminister Löschnak und Außenminister Mock zitiert wurden. Vgl. Wodak/Matouschek/Januschek, 1993, 367–385.

136 Hoffmann/Even, 1984, 22–25. haben dies an Hand von Leserbriefen an deutsche Zeitungen ausführlich analysiert.

137 vgl. Wodak/Matouschek/Januschek, 1993, 260–271.

2. Die Konstruktion einer out-group: »linke Prediger«
3. Die Behauptung der Macht dieser out-group: »tagtäglich ... zu hören, daß der ausländerfeindlich sei, der ...«
4. Das Aufstellen von übertriebenen Behauptungen dieser out-group: »hereinspaziert, bedingungslos Tür und Tor öffne«
5. Die Übertreibung bzw. die Beschreibung irrealer Szenarien: »Flüchtlingsstrom«

Ein sechstes Merkmal, das in diesem Satz nicht vorkommt, gehört ebenfalls zum Standardrepertoire des Rechtfertigungsdiskurses der Kronen Zeitung:

6. Die Darstellung der Haltung der in-group als legitim.

Diese sechs Merkmale fanden sich in den meisten Kommentaren des Kolumnisten »Staberl« und von P. Gnam. Beide bemühten sich einen »Wir-Diskurs« zu führen, indem sie eine in-group durch eine verzerrte, übertriebene und verallgemeinerte Wiedergabe von Vorwürfen einer out-group konstruierten. »Wir Österreicher sind erst einmal lauter hartgesottene Nazis und Faschisten! Zweitens unbelehrbare Antisemiten, die sich bockig geweigert haben, die ihnen zugewiesene Trauerarbeit des Be- und Gedenkens auszuführen. Drittens sind sie voller Fremdenhaß. So wollen uns seit geraumer Zeit manche Leute sehen« (»Staberl«, NKZ, 24.3.90). Die Mitglieder der out-group wurden im selben Kommentar als Vaterlandsverräter dargestellt: »Ankläger und Österreichbeschimpfer, ... Österreichverteufler, so schamlos heucheln sie, die fortschrittlichen Herrschaften«. Gleichzeitig wurde behauptet, daß die Mitglieder dieser out-group mächtige Positionen im Staat einnehmen: »der grüne Abgeordnete Wabl«/»der Leitartikler einer hiesigen Zeitung« (»Staberl«) »die Linken – im ORF und anderswo«/»die ›fortschrittliche‹ AZ/die Grünen« (Gnam).

Die NKZ beschrieb die Flüchtlinge als »asoziale Tachinierer oder ehemalige Securitate Agenten« (»Staberl«, NKZ, 25.3.90), die »den Österreichern zwangsweise ...in die Wohnung« gesetzt worden waren, wodurch »Ausländerfeindlichkeit geradezu provoziert« worden sei (Gnam, NKZ, 24.3.90). »Diese Regierung trägt Schuld daran, daß der Fremdenhaß fröhliche Urständ feiert, weil die Bevölkerung vor Einwanderermassen, vor dem Einschleppen von Krankheiten und einem Anstieg der Kriminalität ganz einfach Angst hat« (Gnam, NKZ, 15.3.90). Aus der Sicht der NKZ war Ausländerfeindlichkeit eine verständliche Reaktion auf die Bedrohung durch Ausländer und den mit ihnen ins Land kommenden Gefahren.

Neben aktuellen Stimmungsberichten informierte die NKZ über die Migration auch in nüchterner Weise, wobei sich die Zeitung auf Statistiken und Aussagen von »Experten« bzw. »Mitarbeitern des Ministeriums« etc. berief. Die Grenzen zwischen Information und Kommentar verfließen

dabei – der Informationsteil der Kronen Zeitung ist eben nicht dazu da, einen Sachverhalt »ausgewogen« darzustellen. Die verbreiteten Zahlen, so weit es sich um Statistiken handelte, stimmten meist, jedoch wurden sie aus dem Zusammenhang gerissen und oft unkommentiert vorgestellt.

Neben dieser Verfälschung durch Unterlassung gab es auch Fälle der aktiven Manipulation. So berichtete die NKZ am 8.3.90 (den Tatsachen entsprechend), daß dem Innenministerium jeder Flüchtling, der sich in der Bundesbetreuung befindet, täglich etwa 170,- ÖS kosten würde, womit der monatliche Aufwand für einen Asylwerber bei rund 5000,- lag. Tags darauf waren aus den für das Innenministerium anlaufenden Kosten 170,- Taggeld für jeden Flüchtling geworden: »In Regierungskreisen wird die Maßnahme, mit Geldern für Flüchtlinge restriktiver umzugehen, damit begründet, daß die 170,- Taggeld für Asylwerber ›vor allem aus Rumänien‹ ein Anreiz sind, nach Österreich zu kommen« (NKZ, 9.3.90).

Die Faktenverliebtheit diente der NKZ zur Rationalisierung der Ausländerfeindlichkeit. Die Berufung auf Zahlen, Statistiken, Experten etc. erfüllte die Funktion, den Argumenten einen objektiven Charakter zu geben. Der Standard notierte ein Beispiel für die Verwendung solcher Rationalisierungen im privaten Diskurs der Bevölkerung:

Frau: »5.800,- S kriegen die und meine Großmutter bekommt eine Mindestrente von 4.600,- Schilling.«

Standard: »Und wenn die Asylanten in Wahrheit nur 400,- Schilling im Monat bekommen?«

Frau: »Dann können wir auswandern, dann stehlen sie uns alles.«

Konnte man zunächst den Eindruck gewinnen, daß die Frau auf Ungerechtigkeiten im Sozialsystem aufmerksam machen wollte, so verließ sie mit ihrer Replik auf die Richtigstellung des Reporters den Gerechtigkeitsdiskurs und wechselte über zur pauschalen Kriminalisierung der Flüchtlinge.¹³⁸

Ein weiteres Beispiel für die Problematik, dem ausländerfeindlichen Diskurs mit rationalen Argumenten zu begegnen, sei noch erwähnt. Als die Bundesregierung Mitte März 1990 eine 5.000,- S Sperre erließ, die man zur Einreise nach Österreich vorweisen mußte, wurde dies u.a. damit begründet, daß damit dem Flüchtlingsdiskurs zwei Argumente genommen werden sollten: Zahl und Kosten der Asylwerber. Diese Maßnahme erscheint vom Standpunkt einer instrumentellen Vernunft durchaus sinnvoll. Eine 5000,- ÖS Sperre würde jene ärmeren rumänischen Asylwerber davon abhalten nach Österreich zu kommen, denen der Vorwurf gemacht wurde, das österreichische Sozialsystem auszunützen. Die Hoffnung, mit dieser Maßnahme auch den fremdenfeindlichen Diskurs einzudämmen, erfüllte sich nicht. Am Tag

138 vgl. auch Löwenthal, 1990, 22–23, der eine ähnliche Diskussion als Beispiel für die Unterscheidung zwischen diffusem, irrationalen Protest und einer aufgeklärt, reformorientierten Haltung verwendet.

nach der Einführung der 5.000,- Sperre schrieb »Staberl«: *»Zu einem solchen Betrag konnten wohl nur Spitzbuben kommen, illegale Devisenhändler etwa, wenn nicht gar Rauschgifthändler oder Diebe. Die haben wir dann einreisen lassen – die Ehrlichen haben wir wieder zurückgeschickt«* (NKZ, 16.1.1990). Aus einem ökonomischen Kosten-Nutzen-Diskurs war ein Sicherheitsdiskurs geworden.

Die Ausländerberichterstattung des *Kuriers*¹³⁹ war ambivalent. Zwischen der Darstellung im Politik- und Chronikteil sind deutliche Unterschiede festzustellen. Dominierte im Politikteil (vor allem in den Kommentaren des Chefredakteurs H. Rauscher) ein humaner, vorurteilsfreier Umgang mit Ausländern, so wurde im Chronikteil, und besonders in den Kolumnen »Menschlich gesehen« von K. Makaritzer, auf den Vorurteilsdiskurs zurückgegriffen.

Für die Berichterstattung des *Kurier* war eher eine Entdifferenzierung als eine Differenzierung typisch. Zu sehr dominiert das Bemühen, weder Befürworter und Gegner einer liberalen Ausländerpolitik vor den Kopf zu stoßen. Dort, wo der *Kurier* einen scheinbar differenzierten Standpunkt einnahm, versuchte er lediglich, typischerweise im Sinne einer »Ja, aber ...« Argumentation, ausgewogen zu sein. Dabei brachte der *Kurier* Argumente miteinander in Verbindung, die auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt sind. Offenbar führte die Angst, Leser zu verärgern, im Politikteil des *Kurier* zur inhaltlichen Beliebigkeit, wo für jeden Geschmack etwas zu finden war:

Einerseits lehnte der *Kurier* eine restriktivere Asylpolitik ab: *»Österreich ist ein wohlhabendes Land, eine großzügige Flüchtlingspolitik ist Teil seiner internationalen Rolle«* (*Kurier*, 7.3.90), außerdem profitierte Österreich von Flüchtlingen, denn *»Österreich hat einen starken Bedarf an Arbeitskräften«* (*Kurier*, 10.3.90), aber gleichzeitig stellte er fest: *»Wir können nicht jeden nehmen«* (ebd.). Ein außenpolitisches und ein volkswirtschaftliches Argument wird verwendet, um die Wichtigkeit einer liberalen Flüchtlings- bzw. Migrationspolitik zu unterstreichen; eine Platitude wird als Argument dagegen herangezogen.

Ähnlich gewunden argumentierte der *Kurier* über die Ausländerfeindlichkeit in Österreich. Er attestierte, *»daß es in Österreich ... ein beträchtliches Maß an Fremdenhaß (gibt). Aber das ist eine böartige Minderheit, wie sie überall zu finden ist«* (*Kurier*, 7.3.90). Der *Kurier* ersetzte dabei den verbreiteten Begriff Ausländerfeindlichkeit durch den schärferen Begriff »Fremdenhaß«, um ihn im folgenden Satz wieder zurückzunehmen: der »Fremdenhaß« wird auf eine überall zu findende Minderheit reduziert, die sich wegen ihrer Böartigkeit überdies von selbst disqualifiziert. Die Intension dieser Steigerungen mag die gleiche sein, die die NKZ dadurch erreichen wollte, indem sie die Ausländerfeindlichkeit bagatellierte. Die Formulierungen der *Kuriers* machen es seinen Lesern leicht, sich von Ausländerfeindlichkeit

139 vgl. auch Tabelle 12 (Anhang)

freizusprechen. Frei nach Sartre, lautete die vom Kurier ausgesandte Botschaft: Der Ausländerfeind ist immer der andere.

Dabei sollte sich (laut Kurier) eine offene und ehrliche Flüchtlingspolitik auch in der Sprache niederschlagen. »Was wir ... tun können, ist heuchlerisches Herumreden bleiben lassen. Erstens, was heißt ›Wirtschaftsflüchtlinge?‹ ›Sind Leute aus dem Osten, die endlich einmal ein Stück Obst kaufen können wollen, Wirtschaftsflüchtlinge?‹« (Kurier, 10.3.90) Zunächst verwirft der Kurier explizit die Unterscheidung zwischen Wirtschafts- und politischem Flüchtling, um sie indirekt im nächsten Satz zu bestätigen.

In weiterer Folge unterließ es der Kurier, aus dem Gesagten Schlußfolgerungen zu ziehen. Wenn Österreich ausländische Arbeitskräfte benötigte, wie der Kurier wiederholt behauptete, und wenn er die Aufspaltung des Flüchtlingsbegriff als »heuchlerisch« ablehnte, wäre es nur konsequent gewesen, eine verstärkte Einwanderung zu fordern, was der Kurier jedoch unterließ.

Vom sich verantwortungsbewußt gebenden Diskurs des Politikeil hebt sich der Diskurs des Chronikeil ab. Vor allem in den täglichen Kolumnen von Kurt Makaritzer wird in unterschiedlichsten Argumentationszusammenhängen immer wieder auf Stereotypen zurückgegriffen, wie sie schon in der NKZ verwendet wurden, so daß ich mir ein genaueres Eingehen ersparen kann. Auch Makaritzer arbeitet mit verzerrenden Übertreibungen (»Flüchtlingsflut«, »invasion«, »lawine«, ...), Stereotypen (»Man befürchtet auch eine Steigerung der Kriminalität«) und denunziert diejenigen, die Ausländerfeindlichkeit anprangern (»Aus der bequemen Lehnstuhlperspektive ist es leicht, diese Haltung der Burgenländer (= der Bewohner von Kaisersteinbruch, P.Z.) zu kritisieren, ihnen Ausländerfeindlichkeit, Hartherzigkeit, Intoleranz vorzuwerfen« (Kurier, 6.3.90.).

Während inhaltlich kaum Divergenzen zwischen Kurier und Kronen Zeitung auszumachen sind, fallen die konkreten Formulierungen im Kurier zurückhaltender aus. Zur Erinnerung: während Kritiker der Ausländerfeindlichkeit dies – laut Kurier – aus der »bequemen Lehnstuhlperspektive« tun – machen sie es laut NKZ, weil sie »Österreichhasser« sind. Für diese (verbal) zivilisierte Form der Ausländerfeindlichkeit lassen sich auch andere Beispiele in den Kommentaren Makaritzers finden. »Trotzdem ist die schrankenlose Aufnahme von Flüchtlingen, wie sie da und dort gefordert werden, auf Dauer weniger zielführend als Unterstützung für die Heimkehr von Asylanten. Einen Aderlaß von Abertausenden meist jungen und zum Teil gut ausgebildeten Rumänen könnte die Wirtschaft des Krisenstaates nicht verkraften« (Kurier, 16.3.90).

Hier zeigt sich wiederum die Flexibilität des ausländerfeindlichen Diskurses. Die jungen, als Wirtschaftsflüchtlinge kommenden Männer, die für die NKZ eine Gefahr darstellen, werden im Kurier zu gut ausgebildeten Facharbeitern, die ihrem Land beim Um- und Aufbau der

Volkswirtschaft abgehen. Die daraus resultierende Schlußfolgerung ist trotz der unterschiedlichen Argumentation von »Staberl« und Makaritzer dieselbe: Ausländer sollen dort bleiben, wo sie sind.

Der *Standard*¹⁴⁰ hebt sich in *Berichten* und Kommentaren des Ausländerthemas deutlich von NKZ und Kurier ab. Die relevanten tagespolitischen Themen werden wiedergegeben, die fremdenfeindlichen Äußerungen werden dabei kritisch kommentiert.

Im Gegensatz zu den anderen beiden untersuchten Zeitungen informierte der Standard bereits vor Kaisersteinbruch von Problemen im Zusammenhang mit Ausländern. So berichtete er etwa unter der spöttischen Schlagzeile »*Die Angst der Dorfes vor den bösen Fremden*« vom Widerstand Salzburger Dorfbewohner gegen die Anwesenheit von kurdischen Flüchtlingen in ihrem Ort (Standard, 31.1.90). Derartige Reportagen, die meist vor Ort distanzierend über konkrete Manifestationen von Ausländerfeindlichkeit berichteten und ungeschminkt den privaten Vorurteilsdiskurs der Bevölkerung wiedergaben, waren im Standard häufig zu finden.

Die Wiedergabe des privaten Diskurses im Standard läßt manches in einem anderen Licht erscheinen. Während der Demonstrationen von Kaisersteinbruch, die NKZ und Kurier als Manifestationen von berechtigten Ängsten und verständlichem Ärger der Bevölkerung beschrieben, drückte die Zitatauswahl des Standards anderes aus. »*Das Gemeindeoberhaupt sieht in den baulichen Mängeln ... noch eine Chance ›das Unglück abzuwehren‹. ... Der Vorschlag des Ministeriums, die Anlagen herzurichten ... erscheint aber auch nicht in ihrem Sinne: ›Dann werden wir sie überhaupt nimmer los*« (Standard, 6.3.1990).

Der Autor drückte hier indirekt seine Ansicht aus, das die Bürger von Kaisersteinbruch eigentlich überhaupt keine ausländischen Flüchtlingen in ihrer Gemeinde untergebracht haben wollten, daß sie sich aber, »*um nicht unglaubwürdig zu werden*« (der Kaisersteinbrucher Bürgermeister laut Kurier, 9.3.90) gezwungen sahen, zumindest einige Flüchtlinge aufzunehmen.

In seinen Kommentaren setzte der Standard immer wieder Ironie ein, um sich von der Ausländerfeindlichkeit abzugrenzen. So berichtete er als einzige Zeitung unter dem Titel »*Der Herr Oberrat und die Bergtürken – Löschnak ließ im türkischen Innenministerium die Kurdenfrage erkunden: Es geht ihnen prächtig*« (Standard, 19.3.90) von den Bemühungen des österreichischen Innenministeriums, sich ein Bild von der Menschenrechtssituation im kurdischen Teil der Türkei zu machen, wobei der abgesandte Beamte sich ausschließlich auf Informationen des türkischen Innenministeriums verließ ...

140 vgl. auch Tabelle 13 (Anhang)

5.2 Die Parteien

Ausländerfeindlichkeit als gesellschaftliche Verhaltens- und Bewußtseinsweise ist weder etwas spezifisch Österreichisches noch etwas historisch Neues. Das, was das Jahr 1990 so bedeutsam macht, ist die erstmalige (wahl)politische Bedeutung der »Ausländerfrage«. 1987 hatte die FPÖ im Wahlkampf für die Wiener Gemeinderatswahlen erfolglos versucht, mit dem Ausländerthema Wählerstimmen zu gewinnen. Im Gegensatz zu früheren ausländerfeindlichen Wellen war die »Ausländerfrage« 1990 zum ersten Mal ein wichtiger politischer issue, der einen Monat vor der Nationalratswahl für 9% der Österreicher und für 20% der Wiener ein für die persönliche Wahlentscheidung besonderes wichtiges Thema darstellte. In Wien lag das Ausländerthema damit an zweiter Stelle.¹⁴¹

Nun spricht viel dafür, daß die politischen Parteien für die Bedeutung des Ausländerthemas in hohem Maße mitverantwortlich sind. Die den Ausländerdiskurs auslösenden Ereignisse um Kaisersteinbruch, waren mehr als eine Art »Betriebsunfall«, der das unprofessionelle Krisenmanagement der Regierung und des Innenministeriums bloßstellte. Viel spricht dafür, daß das Innenministerium den Konflikt mit der Bevölkerung von Kaisersteinbruch bewußt vom Zaun brach.

Die Parteien forcierten zunächst das Ausländerthema, um bestimmte Interessen durchzusetzen. Ausländer bzw. präziser Flüchtlinge waren das Vehikel, das sich angesichts der steigenden Ausländerfeindlichkeit in der Bevölkerung idealerweise zum Transport dieser Interessen anbot. War die SPÖ bereit, den Bedürfnissen und Vorstellungen des Innenministeriums zu folgen, so übernahm die ÖVP Forderungen ihres Wirtschaftsflügels. Zur Umsetzung waren beide Parteien bereit, offen ausländerfeindlich zu argumentieren. Derartige Strategien waren der Freiheitlichen Partei fremd. Sie benutzte das Ausländerthema in der Debatte um die Aufteilung der Asylwerber primär dazu, die Widersprüchlichkeiten und Unzulänglichkeiten der Regierungsparteien zu thematisieren, indem sie extremere Versionen der Haltungen der Regierungsparteien vertrat.

Anfang Juni geriet die Ausländerthematik in den Sog des Vorwahlkampfs. Die SPÖ versuchte mit eindeutig ausländerfeindlichen Aussagen in dieser Frage Kompetenz zu signalisieren. Dies war ihr so wichtig, daß sogar der Bundeskanzler in die »Niederungen« der Tagespolitik hinabstieg. Die SPÖ machte damit Ausländer endgültig zu einem Wahlkampfthema, als nun auch die anderen Parteien dazu gezwungen wurden, sich in dieser Frage zu positionieren:

- Die ÖVP spielte 1990 die Rolle eines Nachzüglers. Im Juni reagierte sie erst rund zwei Wochen, nachdem die SPÖ mit dem ausländerfeindlichen Vorwahlkampf begonnen hatte.

141 vgl. Plasser/Ullram, 1991, 317.

Die Volkspartei lehnte die von der SPÖ geforderte Visumpflicht für polnische Staatsbürger ab, gleichzeitig machte sie klar, daß auch sie für eine restriktive Ausländerpolitik eintrat.

- Die Freiheitliche Partei, die zu diesem Zeitpunkt von sich aus noch keinen Ausländerdiskurs begonnen hatte, versuchte nun, sich als die initiativ Kraft zu präsentieren, die, wie Parteiobermann Haider meinte, »die Altparteien vor sich her treibe«. Doch selbst noch in dieser Phase ging die Partei nicht weiter, als die widersprüchlichen Haltungen der beiden Regierungsparteien hervorstreichen. Einen Tag nachdem der Bundeskanzler für die Einführung der Visumpflicht für Polen eingetreten war, reichte die FPÖ dafür einen Fristsetzungsantrag im Parlament ein. Die Freiheitlichen hielten sich an die Grenzen des vorgegeben Diskurses. Im Gegensatz zur SPÖ versuchten sie nicht, neue Themen auf die Agenda zu setzen.

Auch in der Phase des Intensivwahlkampfes im September war es wiederum die SPÖ, die sich besonders um das Ausländerthema bemühte. Sie befürwortete die Sicherung der Grenze durch Bundesheersoldaten und trat für die Visumpflicht für polnische Staatsbürger ein. Die ÖVP folgte ihr in beiden Punkten. Erst jetzt setzte die Wahlwerbung der FPÖ in Wien intensiv auf das Ausländerthema, während sie sich in den anderen Bundesländern auf ihre klassischen Themen Korruption, Mißwirtschaft etc. konzentrierte.

Die SPÖ sah sich seit den ausgehenden 80er Jahren vor allem in der Wiener Partei mit einer zunehmenden Ausländerfeindlichkeit in ihrer Stammwähler- und Funktionärsschicht konfrontiert, der sie anfangs noch offensiv entgegensteuern wollte. Glaubt man einer von der SPÖ in Auftrag gegebenen Meinungsumfrage war die Ausländerfeindlichkeit ihrer Klientel weniger von rassistischen oder ethnozentrischen Stereotypen als von sozialen Ängsten gekennzeichnet.¹⁴² Nun legitimiert ein solcher Befund noch keineswegs eine restriktivere Ausländerpolitik, allerdings macht er sie aus Sicht der Partei verständlicher, vor allem wenn man berücksichtigt, daß die SPÖ mit Recht davon ausgehen konnte, daß die FPÖ über die Forcierung der »Ausländerfrage« versuchen würde, in Kernwählerschichten der Sozialisten einzubrechen. Die Antizipation der Haltung der FPÖ erklärt jedoch nicht, warum die SPÖ es für nötig ansah, den Ausländerdiskurs durch die gezielt eingesetzte Wiedergabe von Vorurteilen und Stereotypen anzuhetzen.

Die von Spitzenfunktionären der SPÖ gemachten Aussagen gingen über die Beruhigung der Stammwählerschichten weit hinaus. Zwar hatte sich seit dem Frühjahr 1990 das öffentliche Klima deutlich verändert – im Juni erhielt jede abgefragte diskriminierende Maßnahme gegen Ausländer eine mehrheitliche Zustimmung bei Meinungsumfragen¹⁴³ – doch läßt sich das Interesse der SPÖ am Wahlkampfthema Ausländer auch damit erklären, daß die Partei von

142 vgl. Profil, 7/90, 26.

143 vgl. Plasser/Ullrich, 1991, 316.

Gerichtsverfahren gegen ehemalige Spitzenpolitiker (Sinowatz/Gratz/Blecha) und ehemals Nahestehenden (Udo Proksch) ablenken wollte. Als im Frühsommer 1990 zudem die Diskussion um die Gehälter des steirischen AK-Präsidenten und Nationalratsabgeordneten Rechberger ausbrach und den Wahlkampf der SPÖ überschattete, lag es im Interesse der Partei, sich in anderen Themenbereichen zu profilieren, um sich vom Image der »Skandalpartei« zu lösen. Konsequenterweise war der Hauptgegner der SPÖ auf dem Feld der Ausländerpolitik nicht die FPÖ, sondern die Volkspartei, wobei man sich damit auch die Ziehung einer klaren, aber wenig plausibel zu erklärenden Trennlinie zu den Freiheitlichen ersparte.

Wie man aus der zeitlichen Distanz weiß, war diese Strategie kurzfristig erfolgreich – die SPÖ konnte bei den Wahlen von Oktober 1990 den Abstand zur ÖVP vergrößern, mittelfristig förderte sie damit jedoch den Aufstieg der FPÖ. Die Geister, die die SPÖ rief, wurde sie nicht mehr los. Den Freiheitlichen gelang es in der Folge nicht nur das »Ausländerproblem« im Jänner 1993 mit ihrem Ausländervolksbegehren zum zweitwichtigsten politischen issue zu machen, sondern sie konnten sich auch als Partei mit der höchsten Kompetenzzuschreibung in der »Ausländerfrage« profilieren.¹⁴⁴

Anders als SPÖ und FPÖ zog sich die ÖVP beim Übergang zur wahltaktischen Instrumentalisierung des Ausländerthemas zurück und überließ Sozialisten und Freiheitlichen das Feld. Dieser Rückzug der Volkspartei findet auch seinen Niederschlag in der vermuteten Problemlösungskompetenz durch die Bevölkerung – zwischen Juni und September überholte die FPÖ hierin die Volkspartei. Es scheint, als habe die ÖVP nach dem Ende der Diskussion um die Arbeitsmöglichkeiten für Asylwerber ihr Interesse am Ausländerthema verloren. Das Desinteresse der Volkspartei beruhte möglicherweise auf der Einschätzung, daß die Ausländerfeindlichkeit eine Reaktion bestimmter sozialer Gruppen auf die ausländische Konkurrenz auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt etc. sei, der die Wähler der ÖVP nicht ausgesetzt seien. Trotz der Dominanz des Sicherheitsaspektes verzichtete die Volkspartei 1990 auf die wahltaktische Instrumentalisierung der Ausländerfrage, die, wie man neuerdings bei ihr sieht, problemlos mit einer konservativen Ideologie in Einklang zu bringen ist.

Noch einfacher war die Ausländerfeindlichkeit in das Programm der Freiheitlichen Partei zu integrieren. Für eine Partei wie die FPÖ, die nach dem Krieg als Sammelbecken ehemaliger Nationalsozialisten (wobei sich das ehemals ausschließlich auf die Mitgliedschaft zur NSDAP bezieht) gegründet worden war, Konservatismus und Deutschnationalismus als ihre tragenden ideologischen Säulen begriff und die sich erfolgreich Umbauversuchen in eine liberalere Richtung widersetzte, stellen Ausländer an sich schon ein Problem dar. Das Ausländerthema bot sich zudem als Gelegenheit, mit populistischen Argumenten diffuse Ängste und Ressentiments in der Bevölkerung für sich zu instrumentalisieren.

144 vgl. Uram/Müller, 1995, 20–26.

Für die Freiheitliche Partei stellte das Ausländerthema jedoch mehr als nur eine bloße Abrundung der eigenen Themenpalette dar. Es bot die Möglichkeit für den elektoralen Einbruch tief in verunsicherte Kernwählerschichten der SPÖ bei einer gleichzeitig engeren Bindung deutschnationaler Stammwähler an die Partei. Die 1990 ihren Anfang nehmende Forcierung des Ausländerthemas löste in der FPÖ einen Umbau aus, der das Bild der Partei inhaltlich und personell deutlich verändern sollte und der auch deutliche Umschichtungen in der Wählerschaft nach sich zog.¹⁴⁵

Der Wandel der FPÖ von einer Partei, die sich ab 1986 als innovative, jugendlich-dynamische Kraft präsentierte, zu einer Partei, die Ressentiments und Ängste ihrer (teilweise veränderten) Klientel mobilisierte und nützte, machte das Ausländerthema zu einem der wichtigsten Gründe, die FPÖ zu wählen. Vom Bedeutungsanstieg der »Ausländerfrage« profitierten schon 1990 vor allem die Freiheitlichen.¹⁴⁶ Dabei konnte sich die FPÖ die Mühen des agenda-settings ersparen; diese Arbeit erledigten für sie die SPÖ und die Boulevardmedien, allen voran die NKZ.

Die FPÖ konnte sich darauf verlassen, von der Bevölkerung am ehesten mit Ausländerfeindlichkeit in Verbindung gebracht zu werden; dafür hatten nicht nur Äußerungen von niederrangigen Parteifunktionären gesorgt, dafür stand auch die Tradition der Partei. Die langwierige Diskussion um die quotenmäßige Aufteilung der Asylwerber bot dem Parteiobmann noch einmal die Möglichkeit, die Haltung seiner Partei zu verdeutlichen. Die Positionierung der FPÖ war offenbar so eindeutig, daß es die Parteispitze unterlassen konnte, offen ausländerfeindlich zu argumentieren. Von der damaligen Spitzentrioika der FPÖ – Parteiobmann Haider, Klubobmann Gugerbauer und Generalsekretärin Schmidt – fehlen auch im Intensivwahlkampf 1990 ausländerfeindliche Aussagen wie sie SPÖ-Spitzenpolitiker machten. In den drei untersuchten Zeitungen war während des Intensivwahlkampfes nur ein ausländerfeindliches Statement des Parteiobmanns zu finden: der Satz, daß »*falsch verstandene Humanität Kriminalität züchte*« (Standard, 12.9.90). Dieser war von ihm erstmals im April (Standard, 2.4.90) verwendet und später in ähnlicher Weise vom ÖVP-Abgeordneten Graff gebraucht worden.

Die öffentlichen Äußerungen der Spitzenfunktionäre der FPÖ gingen 1990 von Inhalt und Wortwahl noch nicht über diejenigen von Vertretern der beiden Regierungsparteien hinaus. Begriffe wie »Überfremdung« und »Umvolkung« waren damals noch nicht Bestandteil des Vokabulars der Freiheitlichen Partei. Aussagen der Spitzenrepräsentanten der FPÖ waren von denen der Regierungsparteien kaum zu unterscheiden.¹⁴⁷ Die sich von der SPÖ deutlich abhebende verbale Zurückhaltung der freiheitlichen Spitzenfunktionäre in der »Ausländerpolitik« verschaffte der FPÖ nicht nur Lob und Anerkennung mancher Journalisten (z.B. P.M.Lingens),

145 vgl. Plasser/Ullrich, 1995, 474–485.

146 vgl. Plasser/Ullrich, 1991, 318.

147 Zur Ähnlichkeit von SPÖ, ÖVP und FPÖ vgl. auch Foehn, 1/1995, 7–8.

sondern stellte auch eine geeignete Strategie dar, den Wandel der Partei ohne größere Reibungsverluste abzusichern. Hätte die FPÖ bereits 1990 derart offen ausländerfeindlich argumentiert, wie sie es für die Werbung zum Ausländervolksbegehrens 1992/93 tat, hätte dies möglicherweise bereits 1990 zur Spaltung der Partei geführt, mit einiger Sicherheit jedoch zum Verlust der damals für die Partei noch schwer ersetzbaren liberaleren Wählersegmente. Diese Gefahr umging die FPÖ, indem sie nicht nur eine personelle Arbeitsteilung, sondern auch eine geographisch unterschiedliche Schwerpunktsetzung im Wahlkampf vornahm. Lediglich in Wien wurde die »Ausländerfrage« intensiv im Wahlkampf abgehandelt, während in den anderen Bundesländern, wo der issue von deutlich geringerer Bedeutung war, die FPÖ ihre alten Themen wie Privilegien, Skandale, Erneuerung etc. forcierte. Auch in Wien wurde jedoch Wert darauf gelegt, daß die Ausländerfeindlichkeit nicht in der plumpen Weise der SPÖ vorgetragen wurde – lediglich der Wiener Gemeinderat R. Pawkowicz stellte hier eine Ausnahme dar. Ausländerfeindlichkeit wurde in verschlüsselte Slogans gepackt (»Wien darf nicht Chicago werden«) und für die öffentliche Präsentation wurden Politiker aus der zweiten Reihe der Wiener FPÖ eingesetzt: z.B. NR H. Partik-Pable und eben R. Pawkowicz. Im Gegensatz zu den damaligen Großparteien behielt die Freiheitliche Partei ihre ausländerfeindliche Linie konsequent bei. Dies gab ihr u.a. die Chance, auf die Inkonsistenzen in der Politik der Regierung hinzuweisen, d. h. SPÖ und ÖVP wegen angeblicher Ausländerfreundlichkeit bloßzustellen.¹⁴⁸ Trotz aller Affinitäten in den Aussagen von Politikern von SPÖ und FPÖ machte dies den fundamentalen Unterschied zwischen beiden Parteien aus. Während es in der SPÖ interne Kritiker der restriktiven Ausländerpolitik gab, sind parteiinterne Kritiker der freiheitlichen Ausländerpolitik nicht zu finden. Während die SPÖ bis vor kurzem meinte, daß eine ausländerfeindliche Politik in ihrem politischen Interesse läge, entwickelte sich die FPÖ zu einer Partei, für die Ausländerfeindlichkeit zu einem zentralen und unverwechselbaren Bestandteil ihrer Identität wurde. »Aber Verknüpfung unterscheidet sich sehr von Identität.«¹⁴⁹

6. Zusammenfassung

Der Ausländerdiskurs 1990 war eine Reaktion auf die plötzlich offenen Grenzen zu den ehemals realsozialistischen Staaten, weshalb er auch vor allem in den angrenzenden Regionen Österreichs geführt wurde. Die Objekte des Diskurses waren beinahe ausschließlich Osteuropäer: rumänische Flüchtlinge, polnische Schwarzhändler etc., Ausländer aus anderen Gegenden der Welt (etwa Türken, Jugoslawen), spielten hingegen eine untergeordnete Rolle. Die Fixierung auf Osteuropa blieb nicht ohne Effekt auf die diskutierten Themen. Migration von

148 Im Wahlkampf setzte die FPÖ das, was sie unter Ausländerfreundlichkeit verstand – offen in Inseraten – gegen die SPÖ ein: »Die SPÖ hat am 30.6.1989 im Wiener Landtag beantragt, daß alle *Ausländer* nicht wie bisher nach *zehn*, sondern schon *nach vier Jahren* österreichische Staatsbürger werden können. Die *SPÖ* hat auf ihrem Parteitag am 23.4.88 beschlossen, das *Wahlrecht für alle Ausländer* in Wien einzuführen. Wir meinen, es solle kein Ausverkauf von Staatsbürgerschaft und Wahlrecht stattfinden.« (Fett im Original).

149 Hall, 1989, 915.

Osteuropa nach Österreich war vor 1989 vornehmlich Flüchtlingsmigration. Mit dem Sturz der realsozialistischen Regime und dem Übergang zu liberalen Demokratien waren im Bewußtsein der Bevölkerung die Gründe für die Gewährung von politischem Asyl weggefallen. Die dennoch ansteigenden Flüchtlingszahlen widersprachen dieser Sicht. Für die Auflösung dieser Diskrepanz boten sich zwei Wege an: entweder, indem man den tatsächlichen Sieg der Demokratie in Osteuropa bezweifelte, womit weiterhin Gründe und Bedarf für das Asylrecht vorhanden gewesen wäre, oder, indem man den Flüchtlingen ihren Flüchtlingscharakter absprach.

Der während der Grenzöffnung laufende Diskurs hatte in dieser Frage bereits eine Vorentscheidung getroffen. In ihm waren die Euphorie über den Sieg der Demokratie, Hand in Hand gegangen mit der Darstellung Osteuropas als verarmte, abgewirtschaftete Volkswirtschaften mit unsicherer Zukunft. Auf der Basis der Verbindung von politischer Euphorie und ökonomischen Pessimismus war ein ausländerfeindlicher Flüchtlingsdiskurs ein logisches Resultat.

Das Innenministerium hatte durch sein gebetsmühlenartiges Hinweisen auf ein Flüchtlingsproblem einen wohl nicht unwesentlichen Anteil daran, daß diese Sicht zur Bevölkerung durchsickern und rund um »Kaisersteinbruch« ihren Durchbruch feiern konnte. Mit »Kaisersteinbruch« war nicht nur ein Problem des Innenministeriums zum allgemeinen Problem in der sogenannten »Ausländerfrage« geworden, sondern darüber hinaus war auch die Problemsicht des Innenministeriums zur dominanten Sicht geworden. Das Innenministerium, das zuvor für Fragen der Ausländerpolitik nicht zuständig gewesen war, hatte sich zu einer zentralen Agentur der österreichischen Fremdenpolitik entwickelt. Ab nun beschäftigten Fragen der inneren Sicherheit den Diskurs von Medien und Politik.

Der Sicherheitsdiskurs lenkte die nach der Grenzöffnungen entstandene Unsicherheit der Bevölkerung auf die Ausländer: das Ansteigen der Kriminalität im Jahr 1990 war u.a. ein Resultat der vorhergehenden Kriminalisierung der Ausländer.

Nachdem die »Ausländerfrage« einmal politisches Gewicht erhalten hatte, sah sich die SPÖ in Hinblick auf die bevorstehenden Nationalratswahlen gezwungen, »Profil« zu zeigen. Die SPÖ konnte dieser Versuchung um so weniger widerstehen, als sie hoffen konnte, mittels einer ausländerfeindlichen Politik nicht nur die Kernwählerschichten in Wien zurückzugewinnen, sondern auch von den Skandalen um maßgebliche Funktionäre der Partei ablenken zu können. Gerade weil die SPÖ in der Ausländerpolitik vor 1990 eine andere Haltung eingenommen hatte, mußten die öffentlichen Aussagen ihrer Spitzenfunktionären besonders eindeutig ausfallen. Die strategische Instrumentalisierung der Ausländerfeindlichkeit durch die Sozialdemokratie verhinderte nicht nur einen ausgedehnten Gegendiskurs zur Ausländerfeindlichkeit, sondern trug nachhaltig zur Etablierung eines »Ausländerproblems« in Österreich bei. Wäre es die FPÖ

die einzige Partei gewesen, die einen ausländerfeindlichen Diskurs geführt hätte, wäre er kaum in dieser Intensität, mit Sicherheit jedoch nicht mit dieser Eindeutigkeit geführt worden.

Während das Verhalten der politischen Parteien in der »Ausländerfrage« nicht den eigentlichen Erwartungen entsprach, paßte sich die Berichterstattung der Zeitungen an die Klischees an. Die Kronen Zeitung präsentierte Ausländerfeindlichkeit meist am unverhülltesten und extremsten, der Kurier wurde hin und her gerissen zwischen dem Schielen nach Auflage, den Moralvorstellungen und den Interessen der Herausgeber. Nur der Standard hob sich durch eine kritische Berichterstattung gegenüber der Ausländerfeindlichkeit von den anderen Zeitungen ab.

An der Struktur des Ausländerdiskurses überraschen zwei Befunde: erstens das rasante Tempo mit dem die politischen Akteure von der Tabuisierung der Ausländerfeindlichkeit zum offenen Vorurteilsdiskurs überwechselten und zweitens das weitgehende Fehlen von Gegendiskursen. Daß Ausländer in diesem Diskurs lediglich Objekte, aber fast nie Subjekt des Diskurses waren, darf jedoch niemanden überraschen.

Tabellenanhang

- Tabelle 1:** Asylwerber in Österreich 1945–1990
- Tabelle 2:** Ablehnungsquoten von Asylanträgen
- Tabelle 3:** Ausländeranteil der österreichischen Wohnbevölkerung (Volkszählungen 1951–1991)
- Tabelle 4:** Ausländeranteil der einzelnen Bundesländer nach der Volkszählung 1991
- Tabelle 5:** Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in Österreich
- Tabelle 6:** Anteil türkischer und jugoslawischer Staatsbürger an der Ausländerbeschäftigung
- Tabelle 7:** Häufigkeit der Artikel in NKZ, KURIER, STANDARD (Jänner – September 1990)
- Tabelle 8:** Anteile der Kategorien und Felder in der Zeitungsberichterstattung
- Tabelle 9:** NKZ (Jänner 1990–September 1990)
- Tabelle 10:** KURIER (Jänner 1990–September 1990)
- Tabelle 11:** STANDARD (Jänner 1990–September 1990)
- Tabelle 12:** Angezeigte Ladendiebstähle in Österreich 1975–1991
- Tabelle 13:** Ladendiebstähle in der österreichischen Ostregion 1988–1990

Tabelle 1: Asylwerber in Österreich 1945 –1990

	Gesamt	davon aus		CSSR	Ungarn	Bulgarien	Türkei
		Polen	Rumän.				
1947	113.425						
1956	170.679				156.361	32	
1957	58.585				46.365	46	
1968	7.362	183	259	4.176	812	124	
1969	9.831	206	575	6.530	1.005	138	
1970	3.085	207	156	1.192	1.161	166	
1980	9.259	2.181	1.023	3.241	1.043	109	120
1981	34.557	29.091	1.316	2.196	1.225	108	35
1982	6.314	1.870	737	1.975	922	86	54
1983	5.868	1.823	502	1.651	961	74	39
1984	7.208	2.466	501	1.941	1.229	126	31
1985	6.724	662	890	2.333	1.642	96	56
1986	8.639	568	2.329	2.147	2.220	92	163
1987	11.406	670	1.460	2.705	4.689	93	408
1988	15.790	6.670	2.134	1.728	2.610	176	644
1989	21.882	2.107	7.932	3.307	364	1.218	3.263
1990	22.789	132	12.199	176	44	1.167	1.862
1991	27.306	19	7.506	12	6	951	2.252
1992	16.238	10	2.609	10	–	1.026	1.251
1993	4.744	17	293	16	9	541	342

Quelle: Statistisches Handbuch der Republik Österreich, 1991, 52. – Republik Österreich 1945–1995, 30.

Tabelle 2: Ablehnungsquoten von Asylanträgen

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
28%	54%	15%	35%	54%	55%	64%	69%	73%	81%	92%

Quelle: Journal für Sozialforschung 31/1991, 100.

Tabelle 3: Ausländeranteil der österreichischen Wohnbevölkerung (Volkszählungen 1951–1991)

	1951	1961	1971	1981	1991
Wohnbevölkerung	6,933.905	7,073.807	7,491.526	7,555.338	7,795.786
davon Ausländer	322.598	102.159	211.896	291.448	517.690
in %	4.65%	1.44%	2.83%	3.86%	6.64%

Quelle: Republik Österreich 1945–1995, 33.

Tabelle 4: Ausländeranteil der einzelnen Bundesländer nach der Volkszählung 1991

	Gesamt	davon Ausländer	in %
Burgenland	270.880	7.788	2.88
Kärnten	547.798	17.072	3.12
Niederösterreich	1,473.813	67.519	4.58
Oberösterreich	1,333.480	71.259	5.34
Salzburg	482.365	37.992	7.87
Steiermark	1,184.720	30.268	2.55
Tirol	631.472	45.058	7.13
Vorarlberg	331.472	44.082	13.3
Wien	1,539.848	196.652	12.77

Quelle: ÖSTAT, 1993, 18.

Tabelle 5: Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in Österreich

	Wien	+/-	Österreich	+/-
1970	41.919		111.919	
1973	k.A.		226.801	+ 114.882
1980	79.268		174.712	- 52.089
1983	67.445	- 11.823	145.347	- 29.365
1984	63.382	- 4.063	138.710	- 6.637
1985	65.008	+ 1.626	140.206	+ 1.496
1986	68.766	+ 3.758	145.963	+ 5.757
1987	68.466	- 300	147.382	+ 1.419
1988	69.679	+ 1.213	150.915	+ 3.533
1989	74.028	+ 4.349	167.381	+ 16.466
1990	87.172	+ 13.144	217.611	+ 50.229
1991			266.461	+ 48.850
1992			273.884	+ 7.423
1993	87.172	+ 13.144	277.511	+ 3.627

Quelle: ÖSTAT, 1995, 81.

Tabelle 6: Anteil türkischer und jugoslawischer Staatsbürger an der gesamten Ausländerbeschäftigung

	Österreich	davon Jugoslawen	in %	davon Türken	in %	Gesamt- anteil
1980	174.712	115.215	65.95	28.244	16.17	82.12
1983	145.347	89.278	61.42	27.563	18.96	80.38
1984	138.710	83.144	59.94	27.725	19.99	79.93
1985	140.206	82.015	58.50	29.101	20.76	79.26
1986	145.963	83.681	57.33	31.272	21.42	78.75
1987	147.382	82.503	55.98	32.646	22.15	78.13
1988	150.915	83.108	55.07	34.205	22.67	77.74
1989	167.381	90.836	54.27	39.200	23.41	77.68
1990	217.610	110.504	50.78	50.555	23.23	74.01
1991	266.461	129.144	48.47	57.541	21.59	70.06
1992	273.884	133.576	48.77	55.637	20.31	69.08
1993	277.511	140.531	50.64	54.503	19.64	70.28

Quelle: Republik Österreich, 1995, 81.

Tabelle 7: Arbeitsbewilligungen für Ausländer

	Total	Ersterteilung	davon: 2.Gen.	davon Saisonal
1986	50.818	18.034	1.828	***
1987	46.812	15.252	1.968	***
1988	52.089	17.390	1.220	***
1989	77.869	37.221	653	24.346
1990	175.254	103.395	627	26.270
1991	169.491	62.642	44	17.601
1992	144.491	57.866	7	20.372
1993	96.682	37.664	***	15.835
1994	75.855	27.138	***	***

Quelle: Sozialministerium

Tabelle 8: Ausländerarbeitskräftepotential und – Arbeitslosigkeit nach Bundesländer (Ende 1990)

	Ausländer-potential	unselbständig Erwerbstätige	vorgemerkte Arbeitslose	Arbeitskräftepo- tential (+/- 1989)
B	3.866	3.371	495	+112,7 %
K	7.905	6.274	1.631	+ 40,4 %
NÖ	37.358	32.682	1.631	+ 62,6 %
OÖ	36.060	32.312	4.496	+ 73,0 %
S	21.712	20.775	3.748	+ 34,2 %
ST	16.713	13.468	937	+ 96,0 %
T	25.960	24.586	3.245	+ 44,9 %
V	22.211	21.138	1.374	+ 20,8 %
W	116.310	106.615	1.073	+ 40,1 %
Ö	288.095	261.401	9.695	+ 47,5 %

Quelle: Novotny, 1991, 42.

Tabelle 9: Häufigkeit der Artikel in NKZ, Kurier, Standard (Jänner –September 1990)

	Jän	Feb	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug	Sept	Sum
Flüchtling	15	10	109	66	55	24	16	16	33	344
Politischer Fl.	3	1	11	3	0	3	0	0	0	21
Wirtschaftsfl.	1	2	13	9	7	5	0	0	0	37
Zuwanderer	2	2	15	12	13	9	3	1	11	68
Gastarbeiter	2	4	5	15	26	16	4	9	3	84
Illegaler	11	9	10	10	4	10	9	7	33	103
Schwarzarb.	3	2	7	9	3	10	1	3	7	50
Osttourist	3	0	14	6	9	26	12	7	23	100
<i>Gesamt</i>	<i>40</i>	<i>30</i>	<i>184</i>	<i>130</i>	<i>117</i>	<i>103</i>	<i>45</i>	<i>43</i>	<i>110</i>	
Menge/Masse	7	0	49	26	20	42	17	12	30	203
Kosten	0	1	25	15	6	8	2	3	8	68
Wirtschaft	3	1	18	27	20	19	4	0	0	92
Arbeit	4	0	7	13	14	19	1	2	3	63
Unterbring.	5	3	72	31	35	18	5	8	22	199
Nutzen.	2	1	5	0	3	4	1	0	1	17
Schwarzmarkt	1	0	9	6	3	17	3	2	11	52
Kriminalität	10	7	26	22	13	39	12	12	23	164
Schule	0	1	2	1	6	1	0	0	5	16
Wohnen	0	0	0	0	0	1	3	6	6	14
Verpflichtung	2	0	17	5	9	11	4	2	8	58
<i>Gesamt</i>	<i>34</i>	<i>14</i>	<i>230</i>	<i>146</i>	<i>129</i>	<i>180</i>	<i>52</i>	<i>47</i>	<i>117</i>	

Tabelle 10: Anteile der Kategorien und Felder in der Zeitungsberichterstattung

	Gesamt	NKZ	Kurier	Standard
Flüchtling	42.63	36.20	42.39	48.36
Politischer Flüchtling	2.60	2.26	3.26	2.30
Wirtschaftsflüchtling	4.58	7.24	2.17	4.93
Zuwanderer	8.43	8.14	7.97	9.21
Gastarbeiter	10.41	4.98	9.05	15.79
Illegaler	12.76	15.84	13.41	10.20
Schwarzarbeiter	6.20	6.79	5.40	4.93
Osttourist	12.39	18.55	16.30	4.28
Menge/Masse	21.46	23.79	19.37	23.53
Kosten	7.19	9.66	5.13	5.88
Wirtschaft	9.73	6.55	10.26	11.45
Arbeit	6.66	5.52	6.27	7.74
Unterbringung	21.04	13.79	19.66	24.77
Nutzen	1.80	1.72	1.42	2.17
Schwarzmarkt	5.50	8.96	5.70	1.86
Kriminalität	17.34	23.79	21.94	10.84
Schule	1.69	2.07	2.28	1.24
Wohnen	1.48	2.41	1.42	1.24
Verpflichtung	6.13	1.72	6.55	9.24

Tabelle 11: NKZ (Jänner 1990–September 1990)

	Jän.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Sum.
Flüchtling	1	1	27	19	13	7	2	2	8	80
Politischer Fl.	0	0	3	1	0	1	0	0	0	5
Wirtschaftsfl.	0	0	6	3	3	4	0	0	0	16
Zuwanderer	0	1	2	3	6	3	2	0	1	18
Gastarbeiter	0	0	0	4	5	2	0	0	0	11
Illegaler	3	2	5	3	2	4	5	2	9	35
Schwarzarb.	0	2	5	4	1	1	0	1	1	15
Osttourist	1	0	8	2	2	10	5	4	9	41
<i>Gesamt</i>	5	6	56	39	32	32	14	9	28	
Menge/Masse	1	0	17	10	9	16	6	3	7	69
Kosten	0	0	8	9	4	1	2	1	3	28
Wirtschaft	0	0	4	9	3	2	1	0	0	19
Arbeit	0	0	3	6	3	3	0	0	1	16
Unterbring.	1	0	15	9	7	2	0	1	5	40
Nutzen	0	1	4	0	0	0	0	0	0	5
Schwarzmarkt	0	0	6	2	1	8	2	2	5	26
Kriminalität	2	3	12	12	8	15	4	6	7	69
Schule	0	0	1	0	2	0	0	0	3	6
Wohnen	0	0	0	0	0	0	1	3	3	7
Verpflichtung	0	0	0	0	1	0	1	0	3	5
<i>Gesamt</i>	4	4	70	57	38	47	17	16	37	

Tabelle 12: KURIER (Jänner 1990–September 1990)

	Jän	Feb	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug	Sept	Sum
Flüchtling	3	0	41	18	18	10	7	7	13	117
Politischer Fl.	3	1	4	0	0	1	0	0	0	9
Wirtschaftsfl.	0	1	4	0	0	1	0	0	0	6
Zuwanderer	1	1	7	2	0	5	0	1	5	22
Gastarbeiter	0	1	3	5	7	5	2	0	2	25
Illegaler	4	3	4	4	1	2	2	4	13	37
Schwarzarb.	2	0	1	1	1	5	0	1	4	15
Osttourist	1	0	6	2	7	11	5	2	11	45
<i>Gesamt</i>	<i>14</i>	<i>7</i>	<i>70</i>	<i>32</i>	<i>35</i>	<i>40</i>	<i>16</i>	<i>15</i>	<i>48</i>	
Menge/Masse	3	0	14	8	4	12	5	6	16	68
Kosten	0	1	5	2	2	5	0	0	3	18
Wirtschaft	0	1	5	10	9	10	1	0	0	36
Arbeit	0	0	1	6	6	9	0	0	0	22
Unterbring.	0	1	30	7	15	4	1	2	9	69
Nutzen	0	0	1	0	0	2	1	0	1	5
Schwarzmarkt	1	0	3	3	2	5	1	0	5	20
Kriminalität	5	3	13	6	5	18	7	8	12	77
Schule	0	1	0	0	2	1	0	0	4	8
Wohnen	0	0	0	0	0	0	2	2	1	5
Verpflichtung	0	0	9	1	3	6	2	0	2	23
<i>Gesamt</i>	<i>9</i>	<i>7</i>	<i>81</i>	<i>43</i>	<i>48</i>	<i>72</i>	<i>20</i>	<i>18</i>	<i>52</i>	

Tabelle 13: Standard (Jänner 1990–September 1990)

	Jän.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Sum.
Flüchtling	11	9	41	29	24	7	7	7	12	147
Politischer Fl.	0	0	4	2	0	1	0	0	0	7
Wirtschaftsfl.	1	1	3	6	4	0	0	0	0	15
Zuwanderer	1	0	6	7	7	1	1	0	5	28
Gastarbeiter	2	3	2	6	14	9	2	9	1	48
Illegaler	4	4	1	3	1	4	2	1	11	31
Schwarzarb.	1	0	1	4	1	4	1	1	2	15
Osttourist	1	0	0	2	0	5	2	1	3	13
<i>Gesamt</i>	<i>21</i>	<i>17</i>	<i>57</i>	<i>59</i>	<i>51</i>	<i>31</i>	<i>15</i>	<i>19</i>	<i>34</i>	
Menge/Masse	3	0	18	8	7	14	6	3	7	76
Kosten	0	0	9	4	0	2	0	2	2	19
Wirtschaft	3	0	9	8	8	7	2	0	0	37
Arbeit	4	0	3	1	5	7	1	2	2	25
Unterbring.	4	2	27	15	13	2	4	5	8	80
Nutzen.	2	0	0	0	3	2	0	0	0	7
Schwarzmarkt	0	0	0	1	0	4	0	0	1	6
Kriminalität	3	1	1	4	0	6	1	4	4	35
Schule	0	0	0	1	0	2	0	0	1	4
Wohnen	0	0	0	0	0	1	0	1	2	4
Verpflichtung	2	0	8	4	5	5	1	2	3	30
<i>Gesamt</i>	<i>21</i>	<i>3</i>	<i>75</i>	<i>46</i>	<i>41</i>	<i>52</i>	<i>15</i>	<i>17</i>	<i>30</i>	

Tabelle 14: Angezeigte Ladendiebstähle in Österreich 1975–1991

1975	5.946	
1979	10.622	+ 79%
1983	13.589	+ 28%
1987	18.143	+ 34%
1988	19.760	
1989	20.341	
1990	24.341	
1991	23.976	+ 32%

Quelle: Dearing, 1993, 185

Tabelle 15: Ladendiebstähle in der österreichischen Ostregion 1988–1990

	1988	Anteil	1989	Anteil	1990	Anteil
	Gesamt	Ausländer	Gesamt	Ausländer	Gesamt	Ausländer
Wien	6.399	24.8	7.595	37.1	7.780	48.3
Burgenl.	105	12.6	475	69.7	581	77.4
Niederöst.	2.643	29.3	3.716	46.3	4.933	63.9
Österreich	19.670	22.4	20.425	33.8	24.431	45.6

Quelle: ebd. 185

Literatur

- Altzinger, Wilfried (1992): Ost-West Migration ohne Steuerungsmöglichkeiten?, in: Althaler, Karl/Andrea Hohenwarter (Hg.): *Torschluß*. Wien.
- Arendt, Hannah (1989): Little Rock, in: dies., *Zur Zeit*. München.
- Bailer, Brigitte/Wolfgang Neugebauer (1993): Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus, in: *Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands: Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus*. Wien.
- Balibar, Etienne (1989): Gibt es einen »neuen Rassismus«?, in: *Das Argument* 175.
- Bauböck, Rainer (1994a): Gibt es ein Recht auf Einwanderung? Wien (Forschungsbericht des IHS 18).
- Bauböck, Rainer (1994b): Kulturelle Integration von Einwanderern, in: *Journal für Sozialforschung* 34.
- Bauman, Zygmunt (1995): *Moderne und Ambivalenz*. Frankfurt/M.
- Biff, Gudrun (1986): Der Strukturwandel der Ausländerbeschäftigung in Österreich, in: Wimmer, Hannes (Hg.): *Ausländerbeschäftigung in Österreich*. Frankfurt/Main New York.
- Brandl, Ulrike (1992): Die Europäisierung der Asylpolitik, in: Althaler, Karl/Andrea Hohenwarter (Hg.): *Torschluß*. Wien.
- Carens, Joseph (1995): Aliens and Citizens: The Case for Open Borders, in: Kymlicka, Will (Hg.): *The Rights of Minority Cultures*. New York.
- Cinar, Dilek/Hofinger, Christoph/Waldrauch, Harald (1995): Integrationsindex. Wien (Forschungsbericht des IHS, Reihe Politikwissenschaft 25)
- Coulon, Johannes (1991): *Ausländer im österreichischen Recht*. Wien.
- Dearing, Albin (1993): Der sogenannte Kriminaltourismus, in: Pilgram, Arno (Hg.): *Grenzöffnung, Migration, Kriminalität*. Baden-Baden.
- van Dijk, Teun A. (1992): Der Diskurs der Elite und seine Funktion für die Reproduktion des Rassismus, in: Institut für Migrations- und Rassismusforschung (Hg.): *Rassismus und Migration in Europa*. Berlin.

- Edelman, Murray (1988): Die Erzeugung und Verwendung sozialer Probleme, in: *Journal für Sozialforschung* 28
- Edelman, Murray (1990): *Politik als Ritual*. Frankfurt/M.
- Elfferding, Wieland (1992): Funktion und Struktur des Rassismus. Eine Theorieskizze, in: Autrata, Otger u.a.: *Theorien über Rassismus*. Berlin.
- Elias, Norbert (1988): *Über den Prozeß der Zivilisation* 2 Bd. Frankfurt/M.
- Faßmann, Heinz (1994): Funktion und Bedeutung der Arbeitsmigration nach Österreich, in: Althaler, Karl/Andrea Hohenwarter (Hg.): *Torschluß*. Wien.
- Faßmann, Heinz/Münz, Rainer (1994): Österreich, in: Heinelt, Hubert (Hg.): *Zuwanderungspolitik in Europa*. Opladen.
- Gächter, August (1994): Illusionen einer Einwanderungspolitik, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 20.
- Gärtner, Reinhold (1992): Gibt es einen neuen Rassismus in Österreich?, in: Althaler, Karl/Andrea Hohenwarter (Hg.): *Torschluß*. Wien.
- Gellner, Ernest (1995): *Nationalismus und Moderne*. Hamburg 1995.
- Gerhards, Jürgen (1992): Dimensionen und Strategien öffentlicher Diskurse, in: *Journal für Sozialforschung* 32.
- Gerlich, Peter (1991): Politische Kultur der Subsysteme, in: Dachs, Herbert u.a.: *Handbuch des politischen Systems Österreichs*. Wien.
- Girard, Rene (1992): *Ausstoßung und Verfolgung*. Frankfurt/M..
- Goldmann/Harald/Hannes Krall/Klaus Ottomeyer (1992): *Jörg Haider und sein Publikum*. Klagenfurt.
- Grussmann, Wolf Dietrich (1992): Die Entwicklung des österreichischen Ausländerrechts vor dem Hintergrund einer zunehmenden Harmonisierung der europäischen Asylpolitik, in: Althaler, Karl/Andrea Hohenwarter (Hg.): *Torschluß*. Wien.

- Hanak, Gerhard (1993): Ausländerprobleme und Grenzöffnungsfolgen im Spiegel von Tagesberichten der Wiener Polizei, in: Pilgram, Arno (Hg.): *Grenzöffnung, Migration, Kriminalität*. Baden-Baden.
- Hall, Stuart (1989): Rassismus als ideologischer Diskurs, in: *Das Argument* 178.
- Hauff, Wolfgang Fritz (1992): Zur Dialektik des Anti-Rassismus, in: Institut für Migrations- und Rassismusforschung (Hg.): *Rassismus und Migration in Europa*. Berlin.
- Hoffmann, Lutz (1994): Einwanderungspolitik und Volksverständnis, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 23.
- Hoffmann, Lutz/Herbert Even (1984): *Soziologie der Ausländerfeindlichkeit*. Weinheim und Basel.
- Horkheimer, Max/Theodor W. Adorno (1991): *Dialektik der Aufklärung*. Frankfurt/M.
- Januschek, Franz (1994): Jörg Haider und der rechtspopulistische Diskurs in Österreich, in: Tributsch, Gudmund (Hg.): *Schlagwort Haider*. Wien.
- Karazman-Morawetz, Ingrid/Pilgram, Arno (1993): Ostgrenzenöffnung als Gelegenheit – irreguläres Erwerbshandeln und seine Kontrolle, in: Pilgram, Arno (Hg.): *Grenzöffnung, Migration, Kriminalität*. Baden-Baden.
- Link, Jürgen (1992a): Normalismus und Neorassismus, in: *Das Argument* 195.
- Link, Jürgen (1992b): Über den Anteil diskursiver Faktoren an neorassistischen Proliferationen, in: Institut für Migrations- und Rassismusforschung (Hg.): *Rassismus und Migration in Europa*. Berlin.
- Lischke, Ursula/Karl Heinz Rögl (1993): Ein Durchhaus macht dicht – Zur Situation in Österreich, in: dies., (Hg.): *Multikulturalität*. Wien.
- Löwenthal, Leo (1990): *Falsche Propheten*. Frankfurt/M.
- Matuschek, Helga (1985): Ausländerpolitik in Österreich 1962–1985, in: *Journal für Sozialforschung* 25.
- Novotny, Ingrid (1991): Ausländerbeschäftigung in Österreich, in: *WiSO* 14.

Österreichisches Statistisches Zentralamt (ÖSTAT) (1991): Statistisches Handbuch der Republik Österreich. Wien.

ÖSTAT (1993): *Demographisches Jahrbuch*. Wien

ÖSTAT (1994): *Statistisches Jahrbuch 1993*. Wien.

ÖSTAT (1995): *Republik Österreich 1945–1995*. Wien

Parnreiter, Christof (1993): *Migration und Arbeitsteilung*. Wien.

Parnreiter, Christof (1994): Migrationspolitik im Wandel, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 23.

Pelinka, Anton (1990): *Zur österreichischen Identität*. Wien.

Pichelmann, Karl (1994): Arbeitsmarktkonsequenzen der Ostöffnung, in: *Informationen zur politischen Bildung* 8.

Pilgram, Arno (1986): Ausländerbeschäftigung und Kriminalität, in: Wimmer, Hannes (Hg.): *Ausländische Arbeitskräfte in Österreich*. Wien.

Pilgram, Arno (1992): Ausländerkriminalität – Soziologische Weltansicht und Angstwelten, in: Althaler, Karl/Andrea Hohenwarter (Hg.): *Torschluß*. Wien.

Pilgram, Arno (1993): Mobilität, Migration und Kriminalität – gegen die Vordergründigkeit kriminologischer Studien über Ausländer, in: Pilgram, Arno (Hg.): *Grenzöffnung, Migration, Kriminalität*. Baden-Baden.

Programm der FPÖ beschlossen am Salzburger Parteitag 1985.

Plasser, Fritz/Peter A.Ulram (1991): Die Ausländer kommen, in: *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 1990. Wien.

Plasser, Fritz/Peter A.Ulram (1992): Ausländerangst als parteien- und medienpolitisches Problem. (Forschungsbericht). Wien.

Plasser, Fritz/Peter A.Ulram (1995): Wandel der politischen Konfliktodynamik: Radikaler Rechtspopulismus in Österreich, in: Müller, Wolfgang C./Fritz Plasser/Peter A. Ulram (Hg.): *Wählerverhalten und Parteienwettbewerb*. Wien.

Rohrböck, Josef (1992): Asylpolitik und Asylgesetz in Österreich, in: Althaler, Karl/Andrea Hohenwarter (Hg.): *Torschluß*. Wien.

Schütz, Alfred (1971): *Collected Papers II*. hg. Arvid Brodersen. den Haag.

Steinert, Heinz (1993): Aneignen und fremd machen, in: Pilgram, Arno: *Grenzöffnung, Migration, Kriminalität*. Baden-Baden.

Theweleit, Klaus (1987): *Männerphantasien 2*. Reinbeck.

Villacher Deklaration der FPÖ (1988), in: *Neue Freie Zeitung 23/1988*.

Wils, Anna Babette/Heinz Faßmann (1994): »Stocks and Flows«, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 23*.

Wimmer, Hannes (1986): Zur Ausländerbeschäftigung in Österreich, in: ders., *Ausländerbeschäftigung in Österreich*. Frankfurt/Main New York.

Walzer, Michael (1993): *Sphären der Gerechtigkeit*. Frankfurt/M.

Wodak, Ruth/Bernd Matouschek/Franz Januschek (1993): Österreichs Einstellungen zu seinen ostmitteleuropäischen Nachbarn (Projektendbericht) Wien.

Wolfsgruber, Elisabeth (1994): Parteipolitischer Diskurs und Strategien in der Ausländer/innen/politik in Österreich 1989 bis 1993, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 23*.

Zeitungen/Zeitschriften

Foehn

Neue Kronen Zeitung

Kurier

Die Presse

Profil

Monatszeitung

Der Standard